

Die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme

B a c h e l o r a r b e i t

an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH),

Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen

zum Erwerb des Hochschulgrades

Bachelor of Laws (LL.B.)

Fachbereich Sozialverwaltung und Sozialversicherung

Studiengang Sozialverwaltung

vorgelegt von

Mareike Erazim

aus Döbeln

Meißen, 15.02.2019

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis	IV
1 Einleitung	1
2 Demografie.....	2
2.1 Begriffserklärung	2
2.2 Bevölkerungspyramiden	3
3 Analyse der demografischen Entwicklung	10
3.1 Demografische Ereignisse im 20. Jahrhundert	10
3.2 Heutige Entwicklungen und zukünftige Annahmen	13
4 Sozialversicherungssysteme in Deutschland.....	21
4.1 Ausgewählte Versicherungszweige und deren Merkmale	21
4.2 Voraussichtliche Auswirkungen des demografischen Wandels.....	24
4.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung	24
4.2.2 Gesetzliche Krankenversicherung	27
4.2.3 Soziale Pflegeversicherung	29
5 Expertenbefragung zum demografischen Wandel	32
5.1 Konzeption und Zielsetzung	32
5.2 Antworten der Parteien und Sozialversicherungsträger	33
6 Diskussion über Zukunftsperspektiven in den Sozialversicherungszweigen	40
6.1 Kritische Einschätzung der Ergebnisse.....	40
6.2 Fazit mit Ausblick	41
Literaturverzeichnis.....	V
Internetverzeichnis.....	VI
Gesetzesverzeichnis.....	X
Anlagen	XI
Eidesstattliche Versicherung.....	LXXXV

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AfD	Alternative für Deutschland
AOK Plus	Allgemeine Ortskrankenkasse für Sachsen und Thüringen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRV-MD	Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland
etc.	et cetera
FDP	Freie Demokratische Partei
i.V.m.	in Verbindung mit
PSG II	Zweite Pflegestärkungsgesetz
PV	Pflegeversicherung
RV	Rentenversicherung
SGB V	Sozialgesetzbuch, Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sozialgesetzbuch, Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung
SGB XI	Sozialgesetzbuch, Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.2-1: Bevölkerungspyramide Deutschland 1950	4
Abbildung 2.2-2: Verschiebung der Ein- und Ausbuchtungen in Deutschland	5
Abbildung 2.2-3: Deutschland 2019	8
Abbildung 2.2-4: Freistaat Sachsen 2019	9
Abbildung 3.1-1: Geburtenniveau im Laufe des 20. Jahrhunderts	10
Abbildung 3.2-1: Altersstruktur Deutschland 1990 - 2013	14
Abbildung 3.2-2: Altersstruktur Deutschland 2013 - 2060	16
Abbildung 3.2-3: Deutsche Bevölkerung in Altersgruppen	16
Abbildung 3.2-4: Vergleich Sachsen mit Deutschland 2060	20
Abbildung 4.2-1: Pflegebedürftige im demografischen Wandel	29

1 Einleitung

In Deutschland leben derzeit 82,9 Millionen Menschen (Stand 30.6.2018).¹ Die über 60-Jährigen nehmen dabei einen bedeutenden Teil der Bevölkerung ein, wobei die Zahl der unter 20-Jährigen stark sinkt. Schrumpfende Geburtenzahlen beeinflussen in der Bundesrepublik die Funktionsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme. Die Altersstruktur verschiebt sich massiv. Daraus ergeben sich Folgen vor allem für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.² Der demografische Wandel wird in der Bundesrepublik immer deutlicher und rückt Jahr für Jahr mehr in das Visier der Sozialversicherungspolitik.

Aufgrund dessen befasst sich die vorliegende Bachelorarbeit ausführlich mit der demografischen Entwicklung in Deutschland. Dabei soll untersucht werden, inwieweit sich der Wandel auf die Sozialversicherungssysteme, insbesondere im Hinblick auf die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung auswirkt. Dabei werden auch Maßnahmen aufgezeigt, um dieses Problem zu lösen. In der Arbeit wird an einigen Stellen Bezug zum Freistaat Sachsen genommen, um herauszufinden, inwiefern sich der deutsche Trend sich im Freistaat Sachsen widerspiegelt. Zudem werden Politiker und Sozialversicherungsträger nach ihrer Meinung gebeten, wie sie die Bevölkerungsentwicklung sehen, welche Probleme des demografischen Wandels sich in Bezug auf die Sozialversicherungen ergeben und was sie für mögliche Lösungsansätze zu dieser Thematik haben.

Ziel der Arbeit ist es, voraussichtliche Auswirkungen darzustellen sowie Reformvarianten kritisch zu analysieren.

Zu Beginn der Arbeit bedarf es einer Klärung des Begriffes der Demografie und es werden die Arten von Bevölkerungspyramiden näher erläutert. Im Hauptteil liegt der Schwerpunkt in der demografischen Entwicklung und wie sich dieser womöglich in den Sozialversicherungssystemen auswirkt. Dies stellt den größten Teil dieser Bachelorarbeit dar. Anhand einer Expertenbefragung werden diese Erkenntnisse abgerundet. Eine Diskussion über die Zukunftsperspektiven in den Sozialversicherungen mit anschließendem Fazit und Ausblick, schließt die Arbeit ab.

¹ vgl. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html>

² vgl. <http://www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all>

2 Demografie

2.1 Begriffserklärung

Das Wort „Demografie“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet im weitesten Sinn „Bevölkerungsbeschreibung“. Als Demografie bezeichnet man eine wissenschaftliche Disziplin.³

Sie befasst sich mit aktuellen Bevölkerungszahlen und zieht daraus Prognosen für die Zukunft.⁴ Demografie beschäftigt sich somit mit der Bevölkerungsentwicklung und deren Strukturen.⁵ Kriterien für die Zustandsbeschreibung der Bevölkerung sind vor allem die Geburtenrate, die Sterberate und die daraus entstehende Lebenserwartung sowie die Migration. Daraus wird abgeleitet, ob es zu einer Bevölkerungszunahme- oder abnahme kommt und wie die Bevölkerungsstruktur zukünftig aussehen wird.⁶

Die Geburtenrate sagt etwas über die Kinderzahl pro Frau im gebärfähigen Alter aus. In Deutschland liegt diese derzeit bei etwa 1,47. Wenn es um die Lebenserwartung geht, teilt sich diese in zwei Kategorien, zum einen in die durchschnittliche und zum anderen in die fernere Lebenserwartung. Ersteres bezieht sich auf Neugeborene und zweiteres analysiert die durchschnittliche Restlebenserwartung von älteren Menschen. Die prognostizierten Veränderungen in der Altersstruktur hängen vor allem von der Nettozuwanderung ab. Unter dieser versteht man die Zuwanderungen vermindert um die Abwanderungen.⁷

Die steigende Lebenserwartung und der daraus folgenden Überalterung der Gesellschaft sowie die Unterschiede zwischen stetig wachsenden und schrumpfenden Städten, Kreisen oder Regionen, stellen die Politik und die Wirtschaft vor große Herausforderungen.⁸ Diese Analyse ist deshalb unentbehrlich. Grund für die Ermittlung des Bevölkerungszustandes lässt sich somit leicht erklären. Sozialversicherungen, insbesondere die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung, beziehungsweise allgemein die Sozialpolitik, die Wohnungsbaupolitik sowie der Arbeitsmarkt müssen früh genug auf zukünftige demografische Entwicklungen reagieren. Da Unternehmen auch für die Zukunft planen müssen, ist die Demografie ebenso von größter Bedeutung.⁹

Demografen analysieren neben den bedeutenden Faktoren für Politik und Wirtschaft auch, wie hoch sich beispielsweise die Heirats- und Scheidungsraten bemessen.¹⁰ Des Weiteren befasst sich die Demografie mit der Bevölkerungsgeschichte sowie mit der

³ vgl. <http://www.demografie.sachsen.de/daten-und-fakten-4002.html>

⁴ vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demografie-demografisch>

⁵ vgl. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/demografie/demografie-node.html>

⁶ vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demografie-demografisch>

⁷ vgl. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels>

⁸ vgl. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/demografie/demografie-node.html>

⁹ vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demografie-demografisch>

¹⁰ vgl. <https://www.deutschlandinzahlen.de/tab/deutschland/demografie>

Bevölkerungsverteilung. Grundlage für die Ermittlung sind Statistiken. Die wohl bekanntesten Darstellungen sind die Bevölkerungspyramiden.¹¹

Langfristige Vorausberechnungen, die etwa über mehrere Jahrzehnte gehen, sind höchst unsicher. Dies liegt daran, dass Demografen nur anhand von Vergangenheitstrends Prognosen gestalten können, die in der Zukunft ganz andere Ausmaße annehmen können. Für die rückblickende Entwicklung gibt es genügend Quellen. Jedoch interessiert Wissenschaftler vor allem, wie die demografische Entwicklung in Zukunft aussehen wird. Dafür werden heutzutage umfangreiche Modellrechnungen betrieben. Aufgrund der Wichtigkeit der Demografie werden in Deutschland in regelmäßigen Abständen amtliche Bevölkerungsvorausberechnung durchgeführt, die sogenannte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Die Aktuellste ist momentan die 13. Ausgabe. Sie stammt aus dem Jahr 2015 und beruht auf den Daten aus 2013. Das Statistische Bundesamt ist hierbei für die Publikation zuständig. Alle zukunftsorientierten Modellrechnungen werden als Prognosen verstanden, was bedeutet, dass alle Erkenntnisse als „Wenn-dann-Aussagen“ interpretiert werden müssen.¹²

2.2 Bevölkerungspyramiden

„Die graphische Darstellung der Altersstruktur wird auch als Alterspyramide oder Bevölkerungspyramide bezeichnet, wobei die Altersstruktur getrennt nach Frauen und Männern auf zwei Seiten dargestellt wird.“¹³ Eine solche Bevölkerungspyramide besteht aus einer X-Achse und einer Y-Achse. Ersteres sagt etwas über die Anzahl der Menschen in einem Jahrgang aus. Hierbei wird meist von einer Skala in Höhe von je 100.000 Menschen ausgegangen. Die Y-Achse bestimmt das Lebensalter und ist im Zentrum der X-Achse vertikal angeordnet. Links der Y-Achse befinden sich die Männeranteile und rechts die Frauenanteile.¹⁴ Die jüngste Generation, beziehungsweise die Neugeborenen, sind am Fuße der jeweiligen Pyramide aufzufinden. Am Pyramidenkopf sind die ältesten Altersgruppen.¹⁵

„Der Begriff Alterspyramide ist aus den ersten derartigen Darstellungen entstanden, die pyramidenförmig aussehen, da hier die jüngsten Jahrgänge, die die Basis der Grafik bilden, die meisten Vertreter stellen und die Zahl der Angehörigen eines Jahrgangs mit zunehmenden Alter abnimmt.“¹⁶ Jedoch ist heutzutage die Bevölkerungsstruktur der meisten Industriestaaten, wie Deutschland, wegen der hohen Lebenserwartung und somit geringer Sterberate sowie der schrumpfenden Geburtenrate von der ursprünglichen Pyramidenform weit

¹¹ vgl. <http://www.demografie.sachsen.de/daten-und-fakten-4002.html>

¹² vgl. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels>

¹³ <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

¹⁴ vgl. ebd.

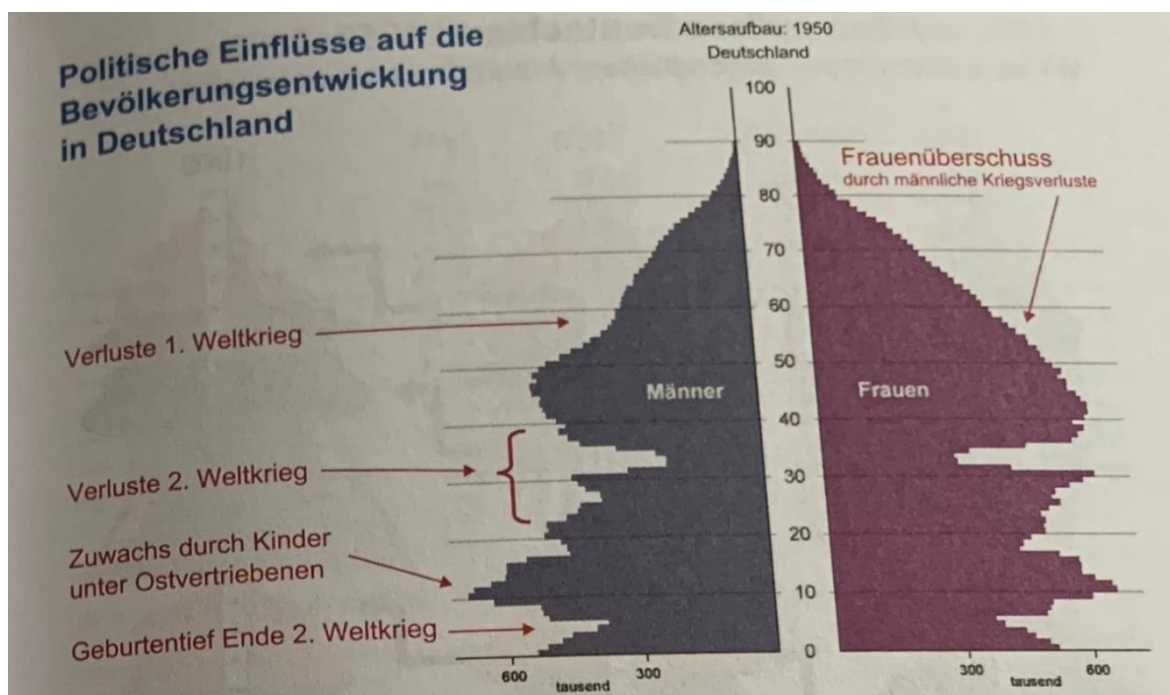
¹⁵ vgl. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bevoelkerungspyramide-31262>

¹⁶ <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

entfernt. Dennoch wird der Begriff angewandt. Die klassische Pyramidenform lässt sich, wenn überhaupt, noch in Entwicklungs- und Schwellenländern darstellen.¹⁷

Bevölkerungspyramiden dienen der Verdeutlichung von markanten Einschnitten.¹⁸ Aufgrund einer jeden Bevölkerungsgeschichte lassen sich bestimmte grafische Formen prognostizieren.¹⁹ Viele Bevölkerungspyramiden weisen also Veränderungen in Form von Ein- und Ausbuchtungen auf. Diese sind aufgrund von Hungersnöten, Seuchen, Kriege oder geburtenschwacher sowie geburtenstarker Jahrgänge entstanden. Ein gutes Beispiel für solche Verformungen stellt Deutschland 1950 dar. In der nachfolgenden Abbildung ist die Alterspyramide der Bundesrepublik 1950 vorzufinden.²⁰

Abbildung 2.2-1: Bevölkerungspyramide Deutschland 1950²¹



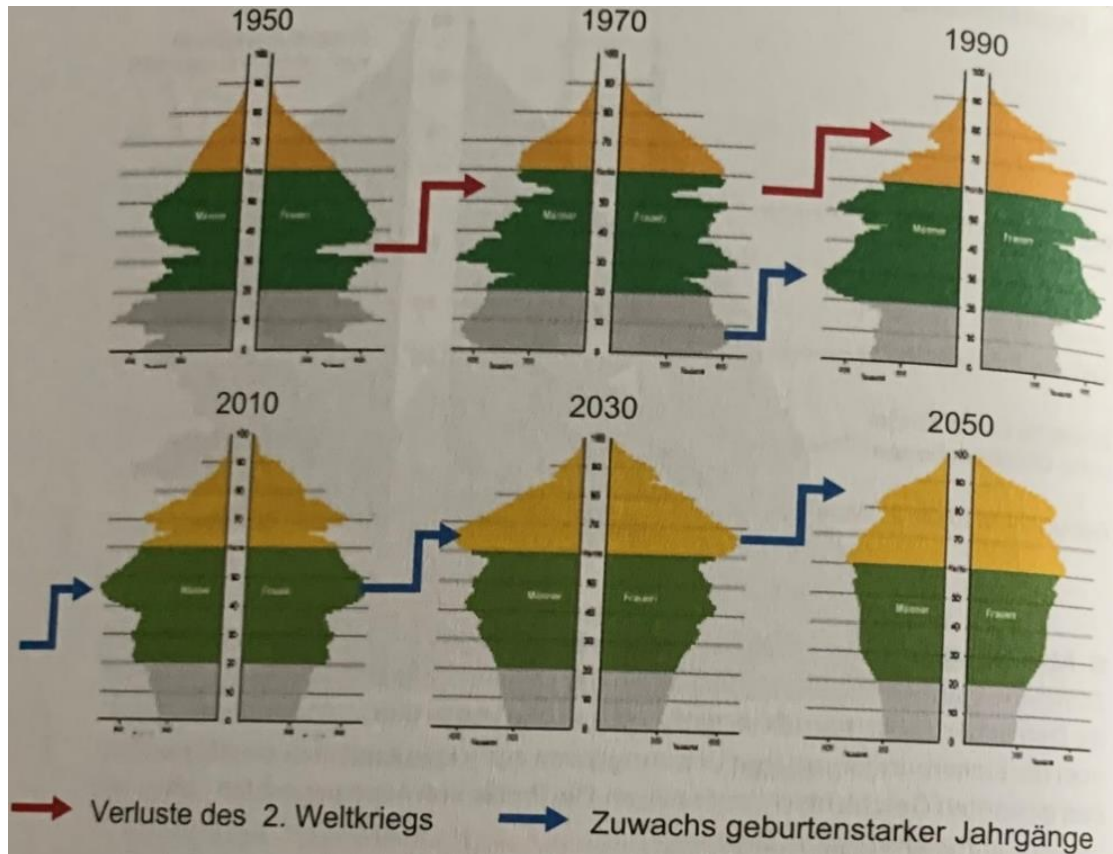
„Zerrissene Flanken markieren die Folgen der politischen Entscheidungen, mit denen die Deutschen nicht nur sich selbst, sondern viele Völker ins Unglück stürzten.“²² Wenn die Einbuchtungen mit Jahren belegt werden, zeigt sich an Hand der Pyramide die komplette deutsche Geschichte. Sie sind eine Art Stenogramm historischer Daten.²³

Kam es einmal zu Veränderungen, bleiben diese auch lang in der Pyramide enthalten. Sie verschieben sich lediglich von Jahr zu Jahr nach oben.²⁴ „Sie nehmen dabei zwar mindere Ausmaße an, weil die Sterblichkeit das Phänomen verebben lässt, beweisen aber

¹⁷ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>
¹⁸ vgl. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bevoelkerungspyramide-31262>
¹⁹ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>
²⁰ vgl. Kernig 2006, S. 31
²¹ ebd., S. 33
²² ebd., S. 33
²³ vgl. ebd., S. 33
²⁴ vgl. ebd., S. 31

gleichzeitig, wie einmal gegebene Einwirkungen über Dezennien hinweg berechenbare Konsequenzen nach sich ziehen. An den deutschen Alterspyramiden lässt sich das für die Zeitspanne eines ganzen Jahrhunderts trefflich zeigen.“²⁵

Abbildung 2.2-2: Verschiebung der Ein- und Ausbuchtungen in Deutschland²⁶



Hierbei wird sehr gut sichtbar, wie sich die demografischen Merkmale in der deutschen Altersstruktur von 1950 bis 2050 nach oben verlagern. Einbuchtungen können also bei ihrer Wanderung zum Kopf der Pyramide beobachtet werden. Jedoch verliert sich die Schärfe der Einkerbungen. Somit kann auch vorab verfolgt werden, wie sich die geburtenstarken Jahrgänge zur Pyramidenspitze entwickeln. Dennoch ist schon seit den 1980’er Jahren erkennbar, dass die Geburtenrate sinkt und die Gesellschaft zur Überalterung tendiert.²⁷

Alterspyramiden können für jede Bevölkerung erstellt werden. Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein von entsprechenden Daten und Angaben. Diese Art von Bevölkerungsstatistiken gibt es erst seit der Industrialisierung, auch wenn es im Laufe der frühen Vergangenheit Bevölkerungszählungen gab.²⁸ Welche Pyramidenformen es gibt, wird im folgenden Abschnitt analysiert.

²⁵ Kernig 2006, S. 31
²⁶ ebd., S. 34
²⁷ vgl. ebd., S. 34
²⁸ vgl. ebd., S. 31

Insgesamt gibt es sechs verschiedene Alterspyramiden.

Die erste Form wird als lineare oder auch klassische Pyramidenform betitelt.²⁹ Mathematisch korrekt, zeichnet sich dabei ein gleichschenkliges Dreieck ab.³⁰ „Ein nahezu lineares Abnehmen der Bevölkerungszahl je Altersgruppe mit steigendem Alter ergibt sich aus vielen geborenen Kindern und einer dauerhaften hohen Sterblichkeit über alle Altersstufen hinweg.“³¹ Dies bedeutet, dass entweder die Lebenserwartung aller geborenen Kinder niedrig ist oder die Kinderzahl pro Frau dezent abnimmt. Trotzdem liegt die Kinderzahl je Frau über 2,1. Diese Pyramidenform stellt zum Beispiel Indien dar. Ende des 19. Jahrhunderts sah die Bevölkerungsstruktur in Deutschland noch wie die klassische Pyramidenform aus.³²

Die zweite Art bezeichnet man als modifizierte oder verbreitete Pyramidenform³³, auch Pagodenform genannt.³⁴ „Bei einer konstant sehr hohen oder sogar steigenden Geburtenrate besitzt die Pyramide eine sich nach unten exponentiell verbreitende Basis.“³⁵ Dies ist jedoch nur bei einer niedrigen Lebenserwartung in Kombination mit einer zeitig einsetzenden Sterberate über alle Jahrgänge hinweg möglich. Afrika ist beispielsweise mit einer solchen Entwicklung in Verbindung zu setzen. Grundsätzlich zählen zu dieser Form entwicklungschwache Länder.³⁶

Die dritte Art³⁷ ist die Tannenbaumform beziehungsweise Tropfenform. Die Tannenbaumform hat eine geringe Geburtenrate, wobei die Altersgruppe von 15 Jahren eine Ausbuchtung darstellt. Die Altersgruppen ab circa 55 Jahren ziehen sich dann rasch zusammen. Daraus folgt eine sehr niedrige Lebenserwartung. Großstädte und vor allem deren Innenstädte weisen eine solche Pyramidenform auf. Dies lässt sich logisch schlussfolgern: In innerstädtischen Bezirken wird wenig für über 60-Jährige oder Familien angeboten. Vielmehr werden junge Leute förmlich von Innenstädten angezogen, da sie dort Universitäten besuchen können.³⁸

Die Bienenstockform³⁹ stellt die vierte Bevölkerungspyramide dar. Ihr Merkmal ist die langsam zusammenlaufende Altersstruktur. In sehr hohem Alter zieht sie sich sprunghaft zusammen. Für eine Bevölkerung stellt diese Form das absolute Ideal dar. Grund dafür ist, dass die Gesellschaft weder sinkt noch steigt. Um diese Pyramidenart zu erreichen, muss die Lebenserwartung hoch sein. Zudem muss die Geburtenrate ein dauerhaftes

²⁹ siehe Anlage 1 (Buchstabe a)

³⁰ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

³¹ ebd.

³² vgl. ebd.

³³ siehe Anlage 1 (Buchstabe b)

³⁴ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

³⁵ ebd.

³⁶ vgl. ebd.

³⁷ siehe Anlage 1 (Buchstabe f)

³⁸ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

³⁹ siehe Anlage 1 (Buchstabe c)

Ersatzniveau von 2,1 aufweisen sowie eine hohe aber erst spät einsetzende Sterberate vorliegen.⁴⁰ Unter dem Begriff Ersatzniveau versteht sich die Kinderzahl, die eine Frau beziehungsweise ein Paar im Durchschnitt erreichen muss, um die Bevölkerung zu erhalten.⁴¹ Insofern die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Kinderzahl konstant beibehalten, werden sie die Bienenstockform erreichen.⁴²

Die Glockenform⁴³ ist eine weitere Art der Bevölkerungsstruktur. Charakteristisch ist hierbei die wieder steigende Geburtenrate, wobei die Gesellschaft vorher eher niedrige Fertilitäts- und Mortalitätsraten aufwies. Deutschland befand sich in den 1960'er Jahren in einer solchen Alterspyramide. Ursache dafür war der derzeitige Babyboom.⁴⁴

Die letzte Form bezeichnet man als sogenannte Urnenform⁴⁵ oder auch überspitzte Zwiebelform. Diese Art zeichnet sich dadurch aus, dass eine schrumpfende Geburtenrate und ein Überhang der über 60-Jährigen vorliegt. Zudem erfahren die jüngeren Jahrgänge stetig von Jahr zu Jahr einen Rückgang. Diese Entwicklung betitelt sich oft als Überalterung. Dabei muss die Geburtenrate konstant niedriger als 2,1 Kinder pro Frau betragen und der Tod erst spät einsetzen. Die Lebenserwartung ist dabei hoch. Die altersspezifische Mortalität ist dennoch gleich. Diese Form stellt eine suboptimale Altersstruktur dar. Nicht ohne Grund wird sie als Urnenform betitelt. Im Extremfall schafft sich die Bevölkerung selbst ab.⁴⁶

Deutschland hatte sich lange Zeit gegen Einwanderung größeren Ausmaßes geweigert. Dazu kommt zudem die Fortpflanzungsverweigerung. Diese beiden Faktoren führten dazu, dass sich der Pyramidenfuß sich stark verschmälert und sich daraus die Urnenform abgezeichnet hat. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die Lage in der Bundesrepublik noch nicht so prekär wie etwa in Spanien oder Japan ist. In diesen Ländern sieht der Pyramidenfuß noch kritischer aus.⁴⁷

Da die Demografie enorme Fortschritte gemacht hat, konnte das statistische Bundesamt aufgrund seiner Bevölkerungsvorausberechnungen animierte Alterspyramiden erstellen. Diese dienen der genauesten Verfolgung der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland über ein ganzes Jahrhundert.⁴⁸ In der Bundesrepublik sieht die Alterspyramide für das Jahr 2019 wie folgt aus:

⁴⁰ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

⁴¹ vgl. <https://www.lernhelfer.de/schuelerlexikon/politikwirtschaft/artikel/bevoelkerungsentwicklung-und-globale-migration>

⁴² vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

⁴³ siehe Anlage 1 (Buchstabe d)

⁴⁴ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

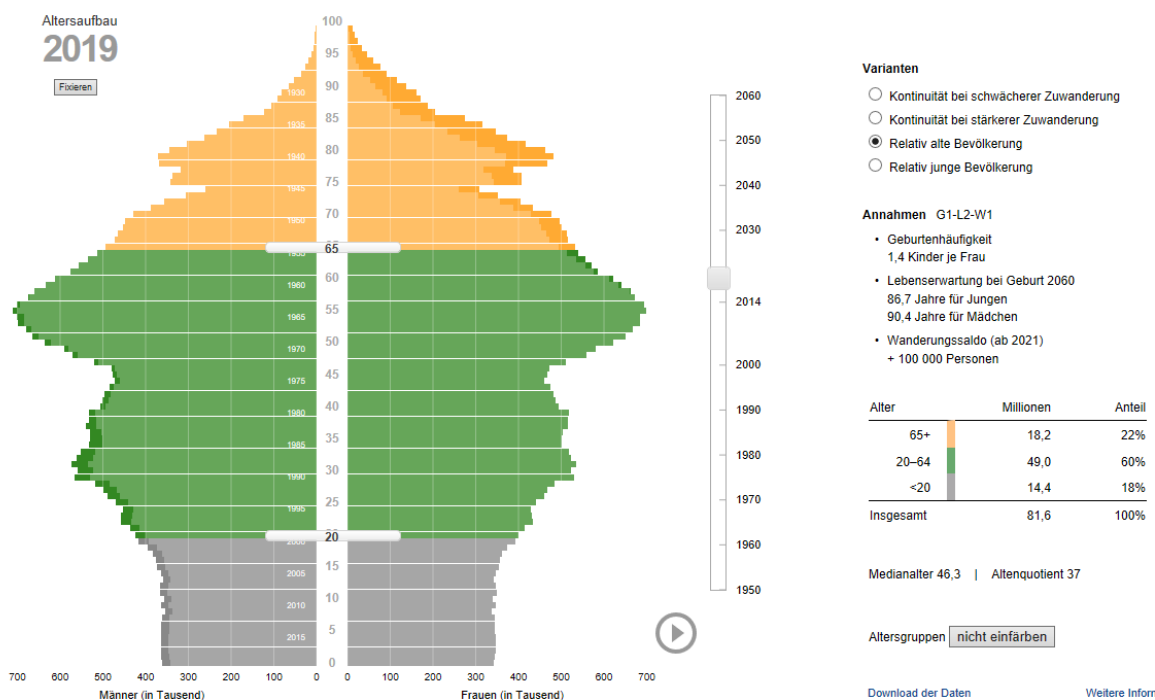
⁴⁵ siehe Anlage 1 (Buchstabe e)

⁴⁶ vgl. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>

⁴⁷ vgl. Kernig 2006, S. 36

⁴⁸ vgl. ebd., S. 87

Abbildung 2.2-3: Deutschland 2019⁴⁹



Die Pyramide stammt aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2015. Es ist die aktuellste Analyse, weshalb die Werte aus 2019 nur reine Schätzwerte darstellen. In dieser Abbildung wurde die Variante „relativ alte Bevölkerung“ gewählt, um die Demografie in Deutschland in seiner drastischsten Variante darzustellen. Hierbei wird von einem Geburtenniveau von 1,4 Kindern pro Frau ausgegangen.⁵⁰ Die Lebenserwartung in dieser Pyramide liegt bei neugeborenen Jungen im Jahr 2020 bei 79,1 Jahren. Mädchen werden hingegen durchschnittlich 84,1 Jahre.⁵¹ Die stärker gefärbten Bereiche sind jeweils als Frauen- beziehungsweise Männer-Überschuss zu deuten. Die unter 20-Jährigen bilden die kleinste Altersgruppe mit 14,4 Millionen Menschen, was 18 % der deutschen Bevölkerung entspricht. Die Bundesrepublik besteht aus 81,6 Millionen Menschen. Die erwerbstätigen Erwachsenen zwischen 20 und 64 Jahren stellen die größte Altersgruppe dar. Sie weisen einen Wert in Höhe von 49,0 Millionen Menschen auf, was 60 % der Bundesrepublik ausmacht. Die ältere Generation ab 65 Jahren und älter umfassen 18,2 Millionen Menschen. Daraus ergibt sich der zweithöchste Prozentsatz von 22 %.⁵² Daraus lässt sich schließen, dass im Jahr 2019 bereits mehr ältere als junge Menschen in Deutschland leben, die potenzielle Einzahler darstellen. Das deutsche Rentensystem beruht auf dem sogenannten „Drei-Generationenvertrag“. Aufgrund dieser Tatsache entstehen alarmierende Probleme. Es fehlt dadurch an nachrückenden Einzählern. Um gegen diesen Konflikt

⁴⁹ <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2019&g>

⁵⁰ vgl. ebd.

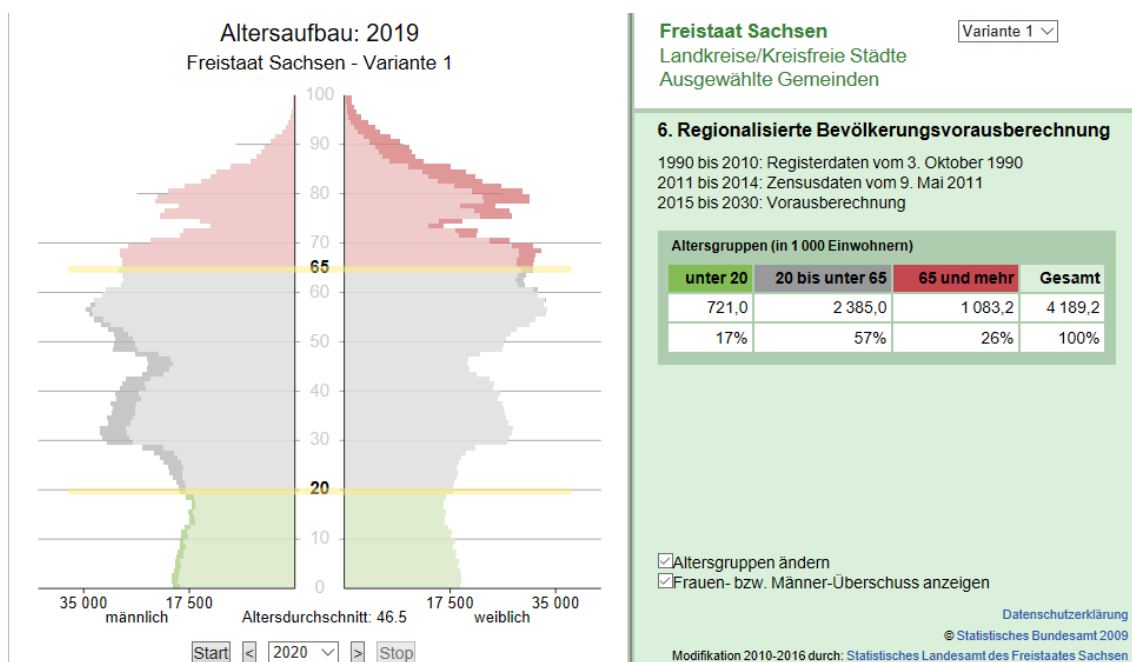
⁵¹ vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/273406/umfrage/entwicklung-der-lebenserwartung-bei-geburt-in-deutschland-nach-geschlecht/>

⁵² vgl. <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2019&v=3&g>

anzukämpfen, müssen einige Schritte in Zukunft angegangen werden.⁵³ Die Auswirkungen des demografischen Wandels, unter anderem auf die Rentenversicherung, werden später analysiert. Probleme in Hinblick auf die Kranken- und Pflegeversicherungen werden ebenfalls aufgezeigt.

Die Alterspyramide im Freistaat Sachsen verzeichnet einen ähnlichen Trend wie die Bundesrepublik. In der nachfolgenden Abbildung zeigt sich der Altersaufbau im Jahr 2019:

Abbildung 2.2-4: Freistaat Sachsen 2019⁵⁴



Die Bevölkerungspyramide wurde aufgrund der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2016 erstellt. Das oben gezeigte Jahr 2019 beruht demzufolge auch auf Vorausberechnungen. Die dunkler gefärbten Bereiche sind ebenfalls je als Frauen- beziehungsweise Männer-Überschuss zu deuten. Die Unter 20-Jährigen bilden die kleinste Altersgruppe mit 721.000 Menschen, dies entspricht 17 % der Sachsen. Der Freistaat Sachsen besteht aus rund 4,189 Millionen Menschen. Die erwerbstätigen Erwachsenen zwischen 20 und 64 Jahren stellen die größte Altersgruppe dar. Sie weisen einen Wert in Höhe von 2,385 Millionen Menschen auf, was 57 % des Bundeslandes ausmacht. Die ältere Generation ab 65 Jahren und älter umfassen 1,083 Millionen Menschen. Daraus ergibt sich der zweithöchste Prozentsatz von 26 %.⁵⁵ Daraus lässt sich ebenfalls schließen, dass im Jahr 2019 bereits mehr ältere als junge Menschen in Sachsen leben. Dies führt zum selben Problem wie in der ganzen Bundesrepublik.

⁵³ vgl. Kernig 2006, S. 36

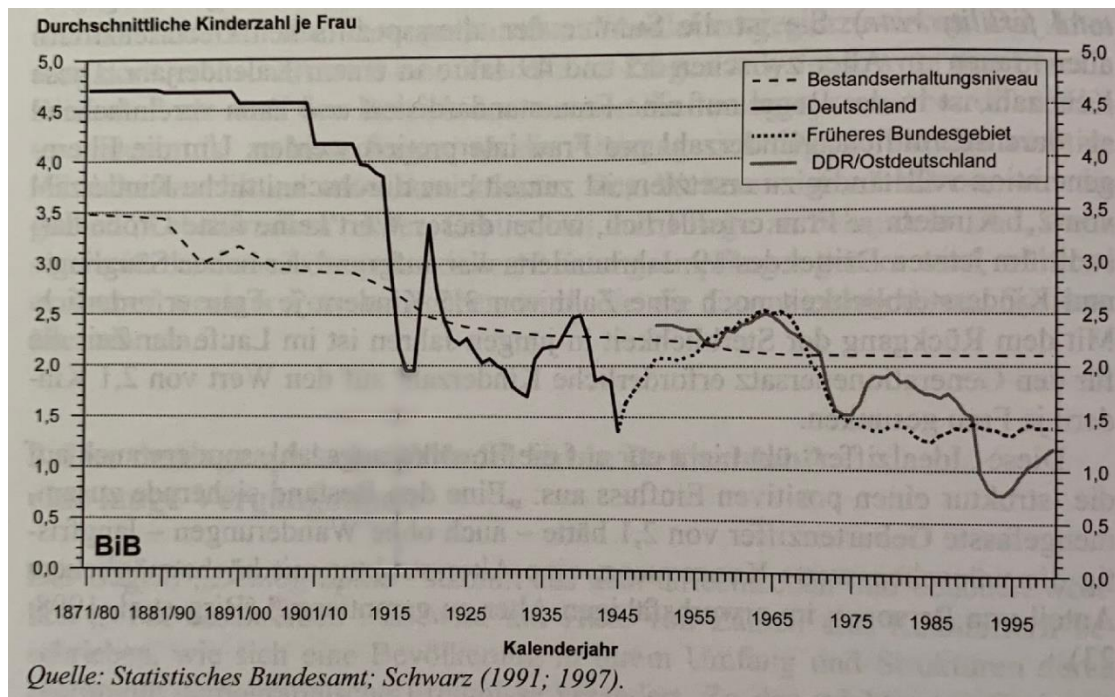
⁵⁴ <https://www.statistik.sachsen.de/Pyramide/fssa.html>

⁵⁵ vgl. ebd.

3 Analyse der demografischen Entwicklung

3.1 Demografische Ereignisse im 20. Jahrhundert

Abbildung 3.1-1: Geburtenniveau im Laufe des 20. Jahrhunderts⁵⁶



Die Abbildung zeigt deutlich, dass das Geburtenniveau schon langfristig seit einigen Jahrzehnten sinkt. Dennoch weist die Darstellung starke Schwankungen auf. Anfang des 20. Jahrhunderts sah die Geburtenrate alles andere als beängstigend aus. Das Geburtenniveau lag mindestens bei 4,0 Kindern pro Frau. Das damalige Bestandserhaltungsniveau betrug circa 3,5. Das Geburtenniveau lag also deutlich über den Anforderungen.⁵⁷

Seit 1916 konnte dieses Phänomen, bis auf vereinzelte Ausnahmen, nicht mehr bestätigt werden. Es kam zu einem enormen Abstieg des Geburtenniveaus. Ursachen hierfür waren vor allem die beiden Weltkriege von 1914 bis 1918 sowie von 1939 bis 1945 und die Weltwirtschaftskrise, die ihren Höhepunkt Ende der 20'er Jahre bis Anfang der 30'er Jahre hatte. Diese Tatsachen führten zu regelrechten Einbrüchen. Dennoch war zu erwarten, dass auf ein Geburtentief ein kurzzeitiges Geburtenhoch folgt. Die Frauen bekamen wieder Kinder, sobald sich deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Voraussetzungen verbesserten. Unter Bevölkerungswissenschaftlern spricht man hierbei von dem sogenannten „Timing-Effekt“. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist im früheren Bundesgebiet ein letztes Mal im 20. Jahrhundert ein Geburtenhoch zu erkennen. Mitte der 60'er Jahre erreichte der Timing-Effekt seinen Höhepunkt. Im Jahr 1964 lag das Geburtenniveau bei 2,64 Kindern pro

⁵⁶ Micheel, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 46

⁵⁷ vgl. ebd., S. 46

Frau. Das Bestanderhaltungsniveau belief sich auf circa 2,1. Dieser Erfolg ist als „Baby-Boom“ in die Geschichte eingegangen. Für diesen Boom gab es mehrere Gründe. Zum einen war der Wirtschaftsaufschwung für dieses Phänomen verantwortlich und auch zum anderen das „golden age of marriage“. Prägnant für diese Zeit waren die vielen Eheschließungen. Mehr als 90 % der unter-36-jährigen Frauen waren in den 1960'er Jahre verheiratet. Abschließend war auch das Rollenverständnis dafür zuständig. Die Rollen in der Partnerschaft waren klar verteilt. Der Mann ging arbeiten und die Frau kümmerte sich um den Haushalt und um die Kinder. Diese Lebensführung wird als „Ein-Ernährer-Modell“ bezeichnet. Nach dieser Zeit kam es in diesem Jahrhundert nicht mehr zu einem gravierenden Geburtenanstieg. Vielmehr ging die Geburtenrate deutlich zurück. Begünstigt wurde dies durch die Einführung der Anti-Baby-Pille und durch die liberale Gesetzesänderung von 1972, wo der Schwangerschaftsabbruch geregelt wurde.⁵⁸

Seit 1970 fror das Geburtenniveau in Westdeutschland auf 1,3 bis 1,4 ein. Schlussfolgerung: Das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 konnte nicht aufrecht gehalten werden. Die Geburtenrate lag erheblich darunter.⁵⁹ „In der DDR nahm die damalige Regierung den durch Schwangerschaftsabbruch ausgelösten Geburtenrückgang zum Anlass, mit familienpolitisch motivierten Maßnahmen (Gewährung von zinslosen Krediten für Ehepaare, Erhöhung des Kindergeldes etc.) einen Aufwärtstrend zu bewirken.“⁶⁰ Daraufhin stieg von 1975 bis 1980 das Geburtenniveau auf 1,94 wieder an. Der Wert beruht auf dem „Honecker-Buckel“. Dieses Ergebnis konnte dennoch nicht lang gehalten werden. Man sprach wiederholt vom „Timing-Effekt“.⁶¹

Als 1990 die Berliner Mauer fiel und die DDR zum Bundesgebiet beitrat, fanden gleichzeitig wirtschaftliche, soziale und politische Umwälzungen statt. Daraus folgte, dass die ostdeutsche Bevölkerung stark verunsichert war und daraufhin eine sehr niedrige Geburtenzahl in den neuen Bundesländern vorlag. In den Jahren 1993 und 1994 bezifferte sich die Geburtenrate auf 0,77 Kindern pro Frau. Demografen nennen dieses Phänomen „neue Kinderlosigkeit“, weil es grundsätzlich keine gravierenden Ereignisse wie Epidemien, Kriege oder ähnliches mit sich zieht. Vielmehr ist das Kinderkriegen freiwilliger und durch soziale Umstände schwieriger geworden. Die wachsende Kinderlosigkeit beruht auf bewiesenen Fakten. Zum einen ist das Erstheiratsalter der Frauen gestiegen. Von 1975 bis 2000 lag es in Westdeutschland bei 28,5 Jahren. Vorher wurde ein Alter von 22,7 festgestellt. Die neuen Bundesländer hatten im Jahr 2000 ein Alter von 28 Jahren, während im Jahr 1990 die Frauen mit 23,7 Jahren heirateten. Umso höher das Heiratsalter war, desto unwahrscheinlicher war eine Schwangerschaft mit späterer Geburt. Zum anderen stieg das Geburtsalter

⁵⁸ vgl. Micheel, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 46 f.

⁵⁹ vgl. ebd., S. 47

⁶⁰ ebd., S. 47

⁶¹ vgl. ebd., S. 47

der Mütter. Je älter die Frau war, desto schwieriger wurde die Befruchtung und die Geburt. Ein weiterer Grund ist die Partnerschaftssituation. Viele Frauen wollen keine Kinder, wenn sie sich nicht in der geeigneten Partnerschaft befinden. Ferner lässt sich die Kinderlosigkeit mit der beruflichen Karriere erklären. Es ist kompliziert, Kind und Beruf gleichzeitig zu meistern. Diese Vereinbarkeit wird selbst heute noch nicht in allen Berufszweigen gewährleistet.⁶²

Ein dauerhaft niedriges Geburtenniveau hat auf der einen Seite die Schrumpfung der Bevölkerung und auf der anderen Seite die Überalterung zur Folge. Schrumpfung deshalb, weil die geborenen Kinder nicht ausreichen, um deren Elterngeneration zu ersetzen. Der Alterungsprozess wird durch den Anstieg der älteren Bevölkerung in Gang gesetzt. Die demografische Alterung wird zusätzlich durch die enorme Erhöhung der Lebenserwartung und durch die hohen Altersstufen beschwert.⁶³

Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt bereits seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich an. Um 1950 betrug die Lebenserwartung für einen neugeborenen Jungen 64,6 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 68,5 Jahre. Bis Ende des 20. Jahrhunderts erhöhte sich diese bei Jungen um zusätzliche elf Jahre. Mädchen wurden sogar 12,9 Jahre älter als noch 1950. Verbesserte Lebensverhältnisse, wie Arbeits- und Wohnbedingungen, Hygienestandards oder auch bessere medizinische Versorgung sind Gründe für die dauerhaft steigende Lebenserwartung. Ein gesundheitsbewusster Lebensstil kann ebenso eine hohe Lebenserwartung mit sich ziehen. Allerdings hat jeder Mensch andere Chancen sehr alt zu werden. Dies ist stark von der sozialen Schicht abhängig.⁶⁴

Die demografische Entwicklung in Deutschland in Hinblick auf das Wanderungsverhalten weist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges gravierende Unterschiede in Bezug auf die Region auf.⁶⁵ „Im Zeitraum von 1950 bis 1990 waren insgesamt 22,1 Millionen Menschen (Deutsche und Ausländer) in das frühere Bundesgebiet zugewandert, die Zahl der Fortzüge betrug zur gleichen Zeit 16,4 Millionen, was einen Gesamtwanderungssaldo von 5,7 Millionen ergibt (Statistisches Bundesamt 2003a).“⁶⁶ Jedoch schwanken die Zahlen sehr. Je nach Rahmenbedingung und Ein- sowie Auswanderungsland steigt oder fällt die Wanderungszahl. Ebenso prägen Kriege sowie Naturkatastrophen das Wanderungsverhalten. Hohe Wanderungsgewinne waren nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland festzustellen. Bis 1961 bestand der Großteil der Zugewanderten aus Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen, von 1962 bis 1973 hauptsächlich Gastarbeiter und deren Familien. Auffallend war jedoch, dass mit Ende der 60'er Jahre ein temporärer Rückwanderingstrend wegen

⁶² vgl. Micheel, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 47 ff.

⁶³ vgl. ebd., S. 49

⁶⁴ vgl. ebd., S. 49 f.

⁶⁵ vgl. <http://www.deufamat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html>

⁶⁶ Micheel, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 50

einer wirtschaftlichen Rezession zu verzeichnen war. Es kam demzufolge zu einem dauerhaft veränderten Wanderungsverhalten. In wirtschaftlich schwächeren Jahren wies das Wanderungssaldo negative Zahlen auf. Ein massiver Anstieg an Zuzügen, infolge eines Konflikts im damaligen Jugoslawien, zeigte sich Anfang der 90'er Jahre. Dabei nahmen deutschstämmige Menschen sowie Aussiedler aus Osteuropa einen hohen Anteil ein.⁶⁷

In der damaligen DDR hingegen stagnierten und schrumpften die Bevölkerungszahlen sogar. Bevor 1961 die Berliner Mauer errichtet wurde, siedelten über eine Millionen DDR-Bürger in die BRD um. Bis zum Fall der Mauer flohen weitere zwei Millionen Menschen aus der DDR.⁶⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ohne die damaligen Zuwanderungszahlen die Überalterung sowie der demografische Schrumpfungsprozess rascher verlaufen wäre. Erklären lässt sich das anhand des Alters der zugewanderten Personen. Diese waren im Gegensatz zu der ansässigen Bevölkerung im Durchschnitt jünger. Der Alterungsprozess konnte dadurch verlangsamt werden.⁶⁹ Eine Veränderung der Pyramidenform ist dadurch dennoch nicht möglich gewesen.⁷⁰

3.2 Heutige Entwicklungen und zukünftige Annahmen

Um die heutige und zukünftige deutsche demografische Entwicklung bis zum Jahr 2060 zu analysieren, wird die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung herangezogen.

Die derzeit vorhandene 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung besteht aus den Bevölkerungsdaten bis zum Jahr 2013.⁷¹ Diese wiederum beruhen auf dem Zensus 2011.⁷² Die enorm hohe Zuwanderung 2014 und allenfalls 2015 hat seitdem den Bevölkerungsaufbau verändert. Inwiefern die Einwanderung auf den demografischen Trend Einfluss nimmt, kann momentan noch nicht eindeutig bewertet werden. Um einen neuen Entwicklungstrend zu bewerten, bedarf es einem längeren Betrachtungszeitraum. Demzufolge erachtet sich eine neue Bevölkerungsvorausberechnung als nicht sinnvoll.⁷³

Die Daten werden an zwei Varianten dargestellt. Die erste Variante zeigt den demografischen Trend bei kontinuierlicher schwacher Zuwanderung und die zweite Variante bei starker Zuwanderung. Die amtliche Bevölkerungsvorausberechnung ist dennoch keine

⁶⁷ vgl. Micheel, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 51

⁶⁸ vgl. <http://www.deufamat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html>

⁶⁹ vgl. Micheel, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 51

⁷⁰ vgl. <http://www.deufamat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html>

⁷¹ vgl. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/AktualisierungBevoelkerungsvorausberechnung.html>

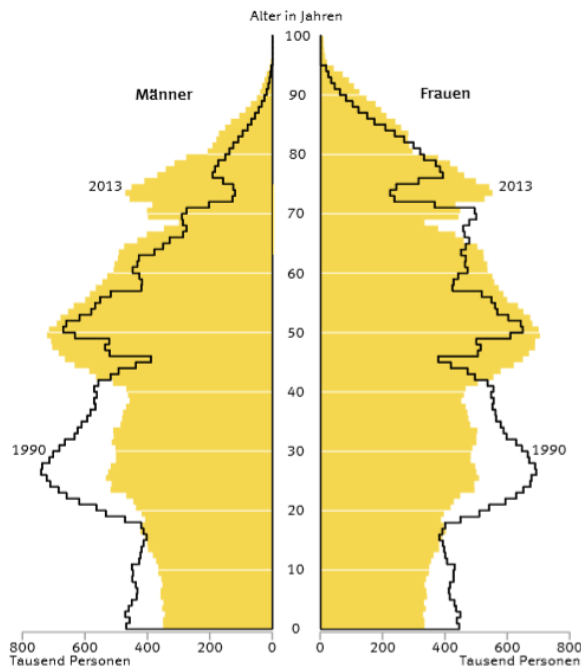
⁷² vgl. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile

⁷³ vgl. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/AktualisierungBevoelkerungsvorausberechnung.html>

Garantie dafür, dass die Zukunft bis zum Jahr 2060 so aussehen wird. Sie dienen lediglich der Verdeutlichung der Bevölkerungsstruktur- und zahl unter demografischen Voraussetzungen.⁷⁴

Der demografische Wandel lässt sich deutlich am Ausgangsjahr der Bevölkerungsvorausberechnung, 2013, darstellen. Der Altersaufbau zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 zeigt die Entwicklung von rund 20 Jahren sehr gut (Abbildung 3.2-1).⁷⁵

Abbildung 3.2-1: Altersstruktur Deutschland 1990 - 2013⁷⁶



Die Geburtenzahl ist kontinuierlich nach unten gegangen. Die Baby-Boomer-Generation steht kurz vor dem Renteneintrittsalter. Die Altersgruppe ab 70 Jahren bestand 1990 aus 8,1 Millionen Menschen, 2013 bereits 13,1 Millionen. Das Medianalter hat sich um acht Jahre gesteigert. Es ist also von 37 Jahren 1990 auf 45 Jahre gestiegen. Die Bevölkerungspyramide ist auch erkennbar symmetrischer geworden. Dies zeigt gut auf, dass Männer heutzutage ein höheres Lebensalter erreichen.⁷⁷

Von 2011 bis 2013 ist die Bevölkerungszahl in Deutschland weiter gestiegen. Zwischen den Jahren 2003 und 2010 kam es zwar zu einem Bevölkerungsrückgang, welcher jedoch durch die hohe Nettozuwanderung 2011, 2012 und 2013 unterbrochen wurde. Grundsätzlich bleibt das Problem des Bevölkerungsrückgangs erhalten. Es wirkt sich auf lange Sicht sogar noch stärker aus. Die Bundesrepublik bestand 2013 aus 80,8 Millionen Bürgern. Diese Zahl wird voraussichtlich in den nächsten fünf bis sieben Jahren noch ansteigen. Dies ist

⁷⁴ vgl. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile

⁷⁵ vgl. ebd.

⁷⁶ ebd.

⁷⁷ vgl. ebd.

von der Nettozuwanderung abhängig. Danach wird die Einwohnerzahl kontinuierlich abnehmen. Aus den Bevölkerungsdaten von 2013 geht hervor, dass ein Rückgang frühestens im Jahr 2023 stattfinden wird. Bei kontinuierlicher schwacher Zuwanderung (Variante 1) besteht Deutschland 2060 aus 67,6 Millionen Menschen. Bei kontinuierlich starker Zuwanderung (Variante 2) liegt die Einwohnerzahl bei 73,1 Millionen. Zusammenfassend zeigt sich dennoch, dass die Bevölkerungszahlen langfristig zurück gehen, da die Sterbeziffer die Geburtenziffer immer stärker übersteigt. Die Nettozuwanderung kann diesen demografischen Konflikt nicht dauerhaft schließen. Das seit mehr als vier Jahrzehnten stagnierend niedrige Geburtenniveau von 1,4 bedeutet gleichzeitig, dass die neuen Geburtenjahrgänge immer kleiner als die der Eltern ausfallen werden, insofern von ähnlichen Werten in der Zukunft ausgegangen wird. Die Geburtenzahl wird tendenziell weniger. Eine Geburtenrate von 1,6 Kindern pro Frau könnte den Trend zwar mindern, aber nicht stoppen. Die Sterbeziffer wird hingegen zunehmen, weil die Baby-Boomer-Jahrgänge, die sich momentan im mittleren Alter befinden, im Vorausberechnungszeitraum zur älteren Generation gehören werden, wo wiederum die Sterblichkeit größer ist. Die Differenz zwischen Geburtenzahl und Sterbefällen stellt die natürliche Bevölkerungsbilanz dar. Diese verzeichnet schon seit den 1970'er Jahren negative Werte in Deutschland und wird aufgrund dessen als Geburtendefizit betitelt. 2013 erreichte es den bisher größten Stand von 212.000. Die Wanderungsgewinne weisen durchschnittlich eine Zahl von 186.000 auf. Damit ist das Geburtendefizit höher als der Wanderungsüberschuss. Bis 2050 steigt das Geburtendefizit kontinuierlich auf über 500.000. Danach gehen anstatt der Baby-Boomer-Jahrgänge die kleineren Jahrgänge der 70'er Jahre in das höhere Alter über. Folglich wird die Sterberate leicht sinken. Somit geht auch das Geburtendefizit leicht zurück. 2060 sterben voraussichtlich circa 500.000 Menschen mehr als überhaupt geboren werden. Wenn sich das Geburtenniveau erhöht und vor allem mehr Menschen in die Bundesrepublik einwandern, kann sich der Altersaufbau günstiger entwickeln. 2060 würden dennoch etwa 358.000 Menschen mehr sterben als geboren werden.⁷⁸

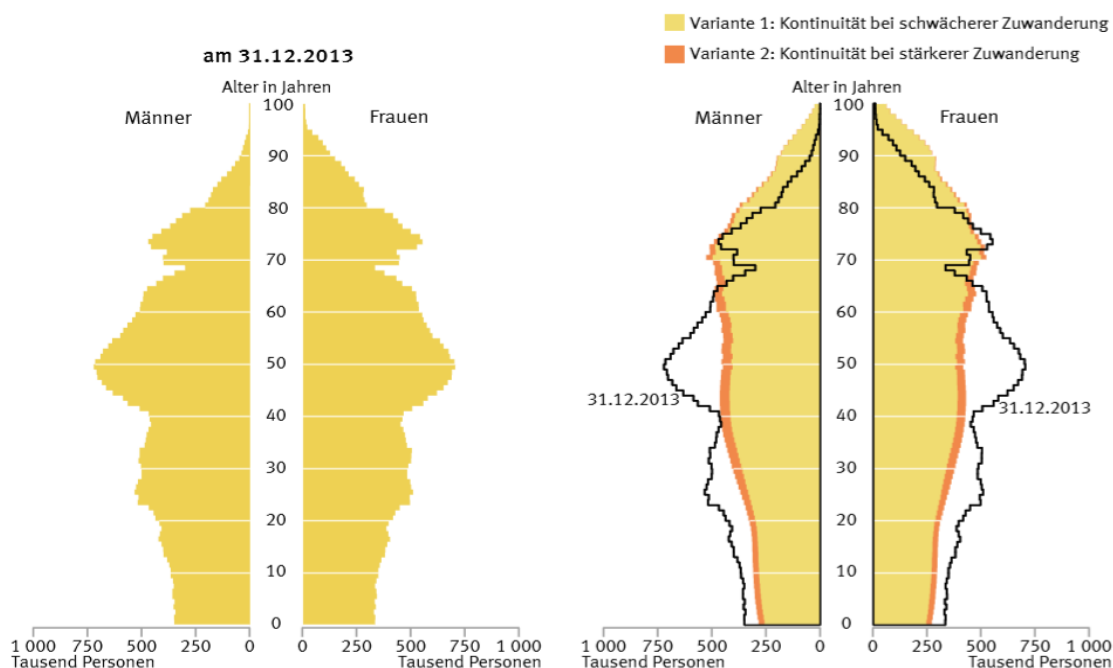
Wie bereits unter dem Gliederungspunkt 2.2 beschrieben, führt der demografische Wandel in Deutschland zu gravierenden Veränderungen im Altersaufbau. Die klassische Pyramidenform ist schon lang nicht mehr erkennbar. Derzeit wird die Bevölkerungsstruktur von den mittleren erwerbsfähigen Altersklassen stark dominiert.⁷⁹

In der folgenden Abbildung ist dies anhand der Bevölkerungspyramide von 2013 gut erkennen.

⁷⁸ vgl. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile

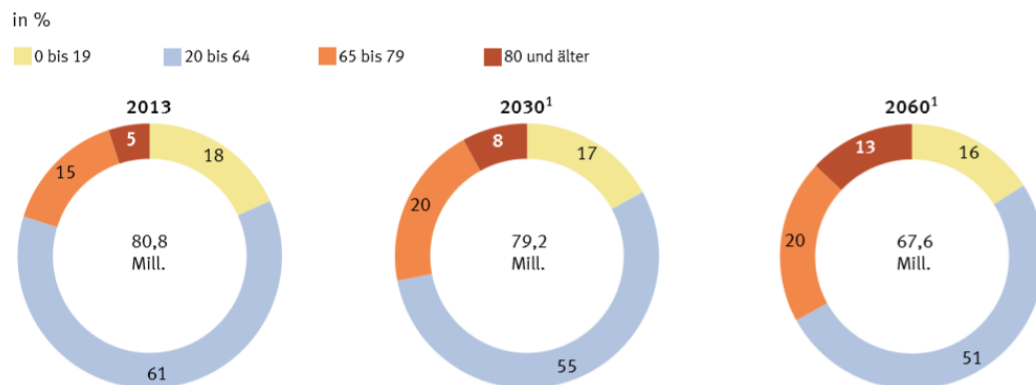
⁷⁹ vgl. ebd.

Abbildung 3.2-2: Altersstruktur Deutschland 2013 - 2060⁸⁰



„Bis zum Jahr 2060 werden die stark besetzten Jahrgänge weiter nach oben verschoben und dabei schließlich ausdünnen und von zahlenmäßig kleineren Geburtskohorten ersetzt. Damit gehen signifikante Verschiebungen in der Relation der einzelnen Altersgruppen einher.“⁸¹

Abbildung 3.2-3: Deutsche Bevölkerung in Altersgruppen⁸²



1 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung.

2015 - 15 - 0382

Bereits 2030 verschiebt sich der Altersaufbau entscheidend. Umso weiter in die Zukunft geschaut wird, desto gravierender werden die Verschiebungen. 2060 besteht die Altersgruppe von 0 bis 19 Jahren bereits nur noch aus 16 % und die Generationen im erwerbsfähigen Alter sinken von 61 % aus dem Jahr 2013 auf 51 %. Im Gegensatz dazu wird 2060 jeder Dritte Deutsche das 65. Lebensjahr erreicht haben und die Über-70-Jährigen weisen

⁸⁰ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile

⁸¹ ebd.

⁸² ebd.

dann doppelt so viele Personen auf, als Kinder geboren werden. Es wird hierbei von einer Nettozuwanderung von 100.000 Menschen pro Jahr und einer stetigen demografischen Entwicklung ausgegangen. Eine stärkere Zuwanderung von durchschnittlich 200.000 Menschen wirkt sich nur marginal positiver aus. Die Anzahl an jungen Menschen wird also bis 2060 immer mehr zurückgehen. 2060 gibt es dann nur noch halb so viele junge Bürger wie Einwohner ab einer Altersstufe ab 65 Jahren. Die derzeitige erwerbsfähige Altersgruppe wird von dem demografischen Wandel ebenfalls stark betroffen sein. Die Zahl wird von 49,2 Millionen Erwerbsfähigen im Jahr 2013 auf circa 44 Millionen im Jahr 2030 zurückgehen. 2060 sogar nur noch rund 38 Millionen Menschen. Das ist ein Verlust von 23 %. Wird das Renteneintrittsalter erhöht, macht dies einen positiven Unterschied von rund zwei Millionen aus. Die Altersgruppe ab 65 Jahren wird hingegen bis 2037 einen rasch nach oben gehenden Verlauf aufzeigen. Wird von einem kontinuierlichen demografischen Wandel und einer schwachen Zuwanderung ausgegangen, wird die Zahl der Menschen um circa 40 % höher als im Ausgangsjahr 2013 ausfallen. Zwischen den Jahren 2037 und 2060 bleibt die Zahl fast unverändert. Besonders wachsen wird die Zahl der Altersgruppe ab 80 Jahren. Im Jahr 2013 gab es in dieser Altersgruppe 4,4 Millionen Menschen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 80,8 Millionen macht dies 5 % der Bevölkerung aus. 2030 wird diese Zahl um 40 % wachsen. 2060 verdoppelt sie sich sogar. Dies bedeutet, dass in 50 Jahren jeder Achte Deutsche 80 Jahre und älter ist.⁸³

Neben den absoluten Bevölkerungszahlen in bestimmten Altersstufen stellt das Verhältnis zwischen diesen Altersgruppen eine weitere Charaktereigenschaft des demografischen Wandels dar. Setzt man die Erwerbsfähigen mit der jüngeren Altersgruppe ins Verhältnis, stellt dies den Jugendquotient dar. Wenn man die älteren Menschen, die potenzielle Empfänger von Renten-, Pflege- sowie Krankenleistungen sind, mit den Erwerbsfähigen vergleicht, ergibt das den Altenquotient. Werden die beiden Quotienten miteinander addiert, ergeben diese den Gesamtquotienten. Daraus wird sichtbar, inwieweit die Menschen im erwerbsfähigen Alter für die jüngeren und älteren Generationen sorgen müssen. Im Vorausberechnungszeitraum wird sich der Jugendquotient zwischen 30 und 32 einpendeln. Der Altenquotient hingegen erhöht sich massiv. 2013 entfielen auf 100 erwerbsfähige Menschen 34 Einwohner, die 65 Jahre und älter waren. 2060 sind es dann bereits 65 Personen bei schwacher Zuwanderung und bei starkem Wanderungsgewinn 61 Personen. Das Wanderungsverhalten kann den Altenquotient kaum beeinflussen. Der nach oben gehende Altenquotient verläuft bis etwa 1935 sehr schnell. Danach stagniert er und wächst erst wieder in den 2040'er Jahren. Der Gesamtquotient wird vom Altenquotient determiniert. Er wird von derzeit 64 auf 90 im Jahr 2040 steigen. 2060 geht er sogar auf 97.⁸⁴ „Bei einem

⁸³ vgl. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile

⁸⁴ vgl. ebd.

stärkeren Anstieg der Lebenserwartung wäre damit zu rechnen, dass im Jahr 2060 auf 100 Personen im Erwerbsalter 101 potenzielle Leistungsempfänger kommen würden. Bei einer Geburtenrate von 1,6 Kindern je Frau und stärkerer Zuwanderung wären es bei einem Gesamtquotient von 94 sieben Personen weniger.⁸⁵

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass Deutschland in Zukunft immer mehr vom demografischen Wandel spüren wird. Die deutsche Bevölkerung wird immer älter und potenzielle Nachrücker fehlen im großen Maße. In naher Zukunft geht die Zahllast der Erwerbstätigen ins Unbezahlbare über. Im überspitzten Sinn schafft sich die Bundesrepublik nach und nach ab. Der demografischen Wandel kann kaum noch aufhalten werden. Für eine positive Veränderung hat Deutschland nur noch begrenzt Zeit. Die Korrekturmaßnahmen müssten drastisch sein, um überhaupt einen Vorwärtstrend zu bewirken.⁸⁶

Im nachfolgenden Teil wird untersucht, ob der Freistaat Sachsen einen ähnlichen Trend wie Deutschland aufweist. Die Analyse der demografischen Entwicklung in Sachsen beruht auf den Auswertungen der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung, die den Freistaat bis 2030 darstellt. Diese unterscheidet auch wie die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Bundesamtes zwischen zwei Varianten. Variante 1 geht von einem Geburtenniveau von 1,7 bis 2020 und 1,6 bis 2030 sowie einem Wanderungssaldo von 280.000 Menschen aus. Variante 2 hat eine dauerhafte Geburtenrate von 1,6 und einen Wanderungsgewinn von 170.000 angesetzt. Die Vorausberechnungen wurden aus den Jahren 2011 bis 2014 entwickelt. Die sächsische Bevölkerungsentwicklung zeigt seit 1990 einen rückläufigen Trend auf. 2014 bestand der Freistaat aus 4,06 Millionen Menschen. Allgemein sind das 720.600 Bürger weniger als etwa im Jahr 1990. Hohe Geburtenraten und Wanderungsüberschüsse können den demografischen Wandel langfristig dennoch nicht aufhalten. Beide Varianten weisen einen Bevölkerungsrückgang auf. Während 2019 die Einwohnerzahl kurzzeitig auf 4,19 Millionen gestiegen ist, sinkt diese Zahl bis 2030 auf unter 4 Millionen in der ersten Variante. Das ist ein Abstieg von 1,4 %. In der zweiten Variante sinkt sie sogar um 5 %, da die Bevölkerungszahl bis 2030 stetig auf 3,85 Millionen Menschen sinkt.⁸⁷ Im Jahr 2015 hat Sachsen im Bundesländervergleich zwar mit 1,59 Kindern pro Paar die höchste Geburtenrate, jedoch reicht die Geburtenziffer nicht aus, um die sächsische Bevölkerung langfristig so zu erhalten. Grund dafür ist der Rückgang der potenziellen Mütter.⁸⁸ Als unmittelbare Auswirkung des Alterungsprozesses gehen, trotz der steigenden Lebenserwartung, hohe Sterbezahlen einher.⁸⁹ Neugeborene Mädchen

⁸⁵ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile

⁸⁶ vgl. Kernig 2006, S. 39

⁸⁷ vgl. https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

⁸⁸ vgl. <http://www.demografie.sachsen.de/entwicklungstrends-4049.html#a-5257>

⁸⁹ vgl. https://www.statistik.sachsen.de/download/080_RegBevPrognose_RegEinheiten-PDF/PROG_L_Sachsen_14.pdf

weisen heutzutage eine Lebenserwartung von 83,6 Jahren und Jungen von 77,6 Jahren auf.⁹⁰ Die Sterbefälle werden bis 2030 stark ansteigen. Die zahlenmäßig großen Jahrgänge rücken in das hohe Lebensalter. Das Mortalitätsrisiko steigt somit. Genauso wie in Deutschland gibt es immer mehr Verstorbene als Geborene. Das Geburtendefizit wächst deshalb von 15.000 Menschen 2014 auf 26.000 (Variante 1) oder 27.000 (Variante 2) Einwohner im Jahr 2030. Das Wanderungssaldo bleibt dennoch im positiven Bereich. Ein Indikator für den Alterungsprozess ist auch das Medianalter. Es wird von etwa 46,7 Jahren 2030 auf 47,6 Jahre in der ersten Variante oder auf 48,1 Jahre in der zweiten Variante steigen.⁹¹

Im Jahr 2014 bestand die jüngste Altersgruppe von 0 bis 19 Jahren aus nur 16 %. Die Menschen im erwerbsfähigen Alter stellten 59,1 % in Sachsen dar. Die Altersstufe ab 65 Jahre machte 25 % der sächsischen Bevölkerung aus. Im Vorausberechnungszeitraum steigt der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren stärker als der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren an. Demzufolge sinkt auch der Anteil an Erwerbsfähigen auf circa 52,1 %, da viele Personen in dieser Altersgruppe in das höhere Lebensalter übergehen. Der voraussichtliche Wandel der Bevölkerung in Bezug auf die unteren Altersgruppen wird vor allem durch die Geburtenentwicklung beeinflusst. Die Entwicklung wird deutlich durch Zuwanderungen geprägt. Im Jahr 2014 gab es 646.000 Menschen im Alter von 0 bis 19 Jahren. Bis 2030 steigt dieser Wert jedoch um 3,4 % (Variante 1) oder 10,2 % (Variante 2). Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter besteht 2014 aus 2.397.900 Einwohnern. 1990 waren es rund 500.000 Menschen mehr. Dies ergibt einen Abstieg von 16,7 %. Bis 2030 setzt sich dieser Negativtrend fort. Hohe Zuwanderungsströme können diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Schrumpfung der erwerbsfähigen sächsischen Bevölkerung steht ein permanenter Anstieg der Menschen ab 65 Jahren gegenüber. 2030 leben dann voraussichtlich 1.187.600 Personen bei Variante 1 und 1.177.600 bei Variante 2. Prozentual ist das im Vergleich zu 2014 eine Steigerung von 17,4 % oder 16,5 %. Dementsprechend wird im Jahr 2030 fast jeder dritte Sachse über 64 Jahre alt sein. Neben der Analyse verschiedener Altersstufen, werden auch die demografischen Abhängigkeitsquotienten angeschaut, um die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur anderweitig darzustellen. Der Jugendquotient ist von 39,8 im Jahr 1990 auf 23,9 bis 2010 gesunken. 2014 lag er wieder bei 26,9. Bis zum Jahr 2030 steigt er nochmals auf 33,9 in der ersten Variante und auf 33,3 in der zweiten Variante.⁹² „Ein Anstieg der Bevölkerung im Alter unter 20 Jahren seit 2010 und der gleichzeitige Rückgang der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren bewirken diese Trendwende, die für die kreisfreien Städte wie auch Landkreise gleichermaßen gilt.“⁹³ Der Altenquotient betrug im Jahr 1990 26,1. 2014 lag er schon bei 42,2. Diese Tendenz zieht

⁹⁰ vgl. <http://www.demografie.sachsen.de/entwicklungstrends-4049.html#a-5257>

⁹¹ vgl. https://www.statistik.sachsen.de/download/080_RegBevPrognose_RegEinheiten-PDF/PROG_L_Sachsen_14.pdf

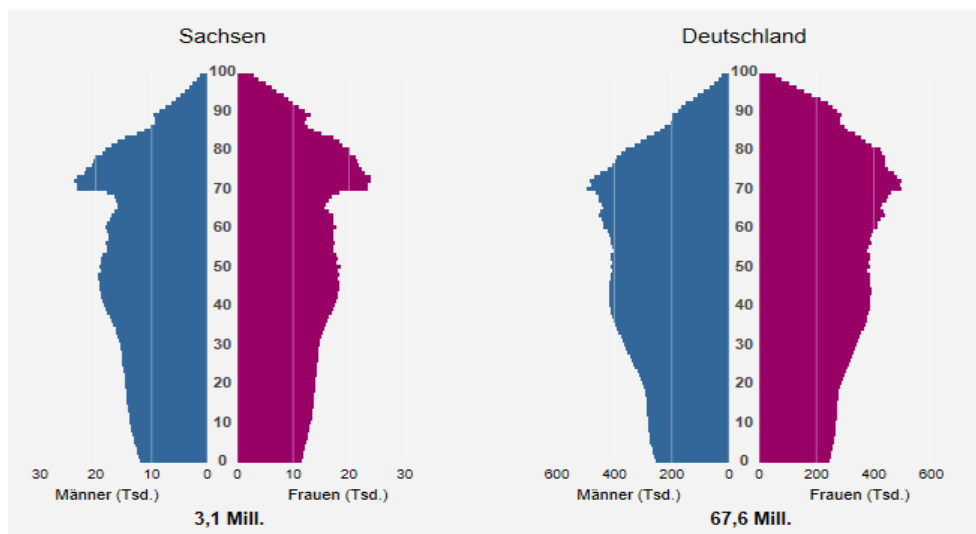
⁹² vgl. https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

⁹³ ebd.

sich bis 2030 fort. Der Gesamtquotient wies 1990 einen Wert von 65,9 auf und fiel bis 1999 auf 60,5. Hierbei ist vor allem zu betonen, dass dieser Negativtrend in den 90'er Jahren vorrangig durch den damals sinkenden Jugendquotient als durch den steigenden Altenquotienten beeinflusst wurde. Zwischen 2000 und 2014 lag das Verhältnis genau andersherum vor. Seit 2000 stieg der Gesamtquotient immer wieder an, da auch der Jugend- und Altenquotient größer wurde. Er wird von 69,1 im Jahr 2014 kontinuierlich auf 90,5 bei Variante 1 und auf 92,1 bei Variante 2 bis 2030 ansteigen.⁹⁴

Der demografische Wandel auf Ebene der Landkreise und Kreisfreien Städte ist hingegen sehr unterschiedlich. Offensichtlich ist, dass die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden als Kreisfreie Städte bis 2030 stark wachsen werden und dafür viele Landkreise durch Einwohnerverluste geprägt sind.⁹⁵ Aufgrund des Bachelorarbeitsthema wird auf eine nähere Analyse verzichtet. Alles in Allem zeigt deutlich, dass der Freistaat Sachsen einen nahezu identischen demografischen Wandel wie die Bundesrepublik aufweist. In der folgenden Abbildung wird dieser Trend nochmals näher verdeutlicht. Sie zeigt Sachsen im Vergleich zu Deutschland im Jahr 2060.

Abbildung 3.2-4: Vergleich Sachsen mit Deutschland 2060⁹⁶



Die Altersstruktur in Deutschland und Sachsen weisen ähnliche Werte auf. Das Bestandserhaltungsniveau wird durch die geringen Geburtenraten schon lang nicht mehr erreicht. Ebenso kommt es in beiden Fällen zur Überalterung der Bevölkerung und der damit resultierenden hohen Lebenserwartung. Es gibt viel zu wenige Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland als auch in Sachsen. Diese können früher oder später die Altenlast nicht mehr tragen. Welche Auswirkungen sich aus dem demografischen Wandel ergeben, werden unter dem Gliederungspunkt 4.2 erläutert.

⁹⁴ vgl. https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

⁹⁵ vgl. ebd.

⁹⁶ <https://service.destatis.de/laenderpyramiden/>

4 Sozialversicherungssysteme in Deutschland

4.1 Ausgewählte Versicherungszweige und deren Merkmale

Die Aufgabe des Sozialstaates ist es, Menschen in bestimmten Notlagen zu unterstützen, beziehungsweise gegen diese aktiv vorzubeugen. Dieses Prinzip wird durch die Sozialversicherungen umgesetzt. Bürger werden in allen fünf Versicherungszweigen gegen existenzgefährdende Risiken abgesichert. Der größte Teil der deutschen Bevölkerung ist versicherungspflichtig. In der Bundesrepublik müssen die Einwohner gegen bestimmte Risiken abgesichert sein. Ausnahmen stellen beispielsweise Selbstständige und Beamte dar. Diese Berufsgruppen müssen sich privat oder freiwillig gesetzlich versichern. Bei fast allen Versicherungszweigen zahlen zum einen Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber Sozialversicherungsbeiträge ein. In der Pflichtversicherung herrscht das Prinzip der Solidarität. Das bedeutet, dass alle Versicherten Beiträge zahlen und das ganz unabhängig davon, ob sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen oder nicht. Demzufolge werden die Bürger, die öfter eine Sozialleistung beanspruchen, durch alle anderen Mitglieder abgesichert. Die Beitragshöhe wird auf der Grundlage des Einkommens oder Arbeitsentgelts des Versicherten bemessen. Die Sozialleistungen werden allerdings durch den solidarischen Ausgleich verteilt. In Bezug auf den demografischen Wandel in Deutschland sind die Gesetzliche Renten- und Krankenversicherung sowie die Soziale Pflegeversicherung die signifikantesten Sozialversicherungszweige.⁹⁷

Die gesetzliche Grundlage der Rentenversicherung stellt das SGB VI dar.⁹⁸ Die Rentenversicherung dient der sozialen existenziellen Absicherung im Alter aber auch bei Erwerbsminderung und Tod. Sie ist vorrangig beschäftigungsorientiert. Pflichtversichert sind neben den in § 1 SGB VI genannten Beschäftigten aber auch einige Selbstständige und Personen, die sozialpolitischen Schutz genießen. Diese Gruppen sind in §§ 2, 3 SGB VI zu finden. Gemäß § 7 SGB VI bietet die gesetzliche Rentenversicherung auch die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung. Diese ist aber von der Versicherungspflicht auf Antrag nach § 4 SGB VI zu unterscheiden. Zum versicherungsfreien Personenkreis gehören unter anderem geringfügig Beschäftigte gemäß § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 SGB VI i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV. Die Rentenhöhe richtet sich nach den eingezahlten Beiträgen. Das Rentenniveau soll prinzipiell den individuellen Lebensstandard erhalten. Durch Reformen um die Jahrtausendwende, musste dieses Niveau langfristig abgesenkt werden. Betriebliche und private Altersvorsorgen werden deshalb immer attraktiver.⁹⁹ Die Finanzierung beruht auf drei Säulen. Die Versicherten- und Arbeitgeberbeiträge bilden die ersten zwei Säulen und der

⁹⁷ vgl. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40478/sozialversicherungssystem>

⁹⁸ vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) 2018, S. 38

⁹⁹ vgl. Becker/Kingreen 2018, S. XXXV f.

Bundeszuschuss letztendlich die dritte Säule. Die Ausgaben werden jedoch hauptsächlich durch Versicherten- und Arbeitgeberbeiträge gedeckt. Zum Bundeszuschuss gehört der allgemeine und zusätzliche Zuschuss. Der allgemeine Zuschuss wird auch wie die Beiträge für die Finanzierung der Rentenleistungen verwendet. Nur die nicht beitragsdeckenden Leistungen werden durch den zusätzlichen Zuschuss abgegolten. Die Rentenversicherung wird durch das Umlageverfahren gemäß § 153 SGB VI sowie den Generationenvertrag finanziert. Umlageverfahren bedeutet, dass Beiträge, die heute eingezahlt werden, direkt als Rente an alle Rentner ausgezahlt, beziehungsweise umgelegt werden. Demzufolge bildet der Einzelne kein Rentenskapital. Die Beiträge werden sofort wieder ausgegeben. Unter dem Generationenvertrag versteht sich ein nicht schriftlicher Vertrag zwischen Erwerbsfähigen und Rentnern. Er verpflichtet die heutige erwerbsfähige Bevölkerung, die Renten ihrer vorausgehenden Generation sicher zu stellen, unter dem Aspekt, dass ihre nachfolgende Generation diese Verpflichtung ebenfalls übernimmt. Die allgemeine Rentenversicherung hat einen Finanzverbund. Die Ausgaben, bis auf Investitionen, Leistungen zur Teilhabe oder Verwaltungskosten, werden von allen Rententrägern nach dem Verhältnis der Einnahmen je für ein ganzes Kalenderjahr einheitlich getragen. Wenn die liquiden Mittel nicht ausreichen, hilft der Bund mit einer Liquiditätshilfe aus.¹⁰⁰ Die Höhe des Beitragssatzes legt die Bundesregierung in Form von Rechtsverordnung fest. Die Zustimmung des Bundesrates ist dabei unentbehrlich. Nach § 158 SGB VI liegt der Beitragssatz derzeit bei 18,6 % des Arbeitsentgelts. Hierbei ist zu betonen, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte des Satzes, sprich 9,3 % tragen.¹⁰¹

Das SGB V ist durch die Gesetzliche Krankenversicherung gekennzeichnet. Gemäß § 1 S. 1, 2 SGB V hat sie als Solidargemeinschaft die Aufgabe, die Gesundheit der Versicherten zu erhalten, wiederherzustellen oder ihren Gesundheitszustand zu bessern. Dies umfasst auch die Förderung der gesundheitlichen Eigenkompetenz und Eigenverantwortung der Versicherten. Aus dieser Aufgabe lassen sich drei Leistungsarten erkennen, zum ersten die Prävention, zum zweiten die Krankenbehandlung und zum dritten die Rehabilitation. Der versicherte Personenkreis richtet sich nach § 5 SGB V. Die Versicherungsfreiheit ist in § 6 SGB V geregelt. Darunter zählen vor allem Arbeitnehmer und Arbeiter, die die Jahresarbeitsentgeltgrenze von 59.400 € brutto gemäß § 6 Abs. 6 SGB V regelmäßig übersteigen sowie Beamte. Nach § 7 SGB V sind ebenso geringfügig Beschäftigte versicherungsfrei. Die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung gibt es im SGB V auch. Des Weiteren können Mitglieder auch familienversichert sein.¹⁰² Finanziert werden die Ausgaben durch Beiträge, aber auch durch sonstige Einnahmen. Der allgemeine Pflichtbeitrag in Höhe von insgesamt 14,6 % des Arbeitsentgelts (14,0 %, wenn ermäßigt) wird von Arbeitnehmern und

¹⁰⁰ vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) 2018, S. 44 f.

¹⁰¹ vgl. Becker/Kingreen 2018, S. XXXVII

¹⁰² vgl. ebd., S. XXXI f.

Arbeitgebern je zur Hälfte, also 7,3 %, getragen. Den kassenindividuellen Zusatzbeitrag trägt der Versicherte allein. Familienversicherte zahlen keine Beiträge. Bundeszuschüsse aus Steuermitteln komplettieren die Finanzierung. Der Gesundheitsfonds spielt eine große Rolle. Es werden die Einnahmen gesammelt und verwaltet sowie später auf die Krankenversicherungsträger verteilt. Die Träger erhalten einen Pauschalbetrag für jeden Versicherten. Das Bundesversicherungsamt ist für den Gesundheitsfonds zuständig.¹⁰³

Die Soziale Pflegeversicherung findet ihre rechtliche Grundlage im SGB XI und ist zugleich die neueste Sozialversicherung. Sie trat erst zum 01.01.1995 in Kraft. Sie ist dafür da, um das Risiko der Pflegebedürftigkeit absichern zu können. Gemäß § 1 Abs. 4 SGB XI hat die Pflegeversicherung die Aufgabe, Pflegebedürftige zu unterstützen, weil sie wegen dem Ausmaß der Pflegebedürftigkeit auf solidarische Hilfe angewiesen sind. Die Pflegeleistungen dienen den Pflegebedürftigen dahingehend, dass sie dadurch möglichst lang ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben führen können.¹⁰⁴ Das SGB XI lehnt sich organisatorisch stark an die Gesetzliche Krankenversicherung an. Sichtbar wird dies vor allem bei den Versichertengruppen. Gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 SGB XI sind kraft Gesetzes alle Versicherten der Krankenversicherung automatisch auch nach SGB XI pflegeversichert. Deutlich wird es auch dadurch, dass die Pflegekassen in den Krankenkassen angesiedelt sind. Finanziert wird die Soziale Pflegeversicherung ausschließlich durch Beiträge. Im Gegensatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung gibt es hier keinen Bundeszuschuss. Das Beitragsrecht findet viele Parallelen zum SGB V. Nach § 55 SGB XI lag der Beitragssatz bis Ende 2018 bei 2,55 %. 2019 erhöhte er sich. Im Punkt 4.2.3 findet dieser Aspekt eine nähere Erläuterung. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen je die Hälfte. Um die Arbeitgeberbelastung auszugleichen, wurde in 15 Bundesländern ein Feiertag abgeschafft. Bis auf Sachsen gaben alle Bundesländer den Buß- und Betttag ab. Für diesen Tag müssen die Arbeitnehmer im Freistaat den Beitragssatz allein zahlen. Eine weitere Besonderheit stellt der Kinderlosenzuschlag dar. Dieser ist aufgrund des Bundesverfassungsgerichts eingeführt worden. Er besagt gemäß § 55 Abs. 3 i.V.m. § 59 Abs. 5 SGB XI, dass alle Versicherten, die das 23. Lebensjahr vollenden und noch kein Kind haben, 0,25 % Beitragszuschlag allein tragen müssen.¹⁰⁵ „Von 2015 bis 2033 wird aus einem Teil der Beiträge ein Sondervermögen („Vorsorgefonds der sozialen Pflegeversicherung“) zur langfristigen Stabilisierung des Beitrags in der sozialen Pflegeversicherung ab 2035 gebildet.“¹⁰⁶

¹⁰³ vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) 2018, S. 133 ff.

¹⁰⁴ vgl. ebd., S. 174

¹⁰⁵ vgl. Becker/Kingreen 2018, S. L ff.

¹⁰⁶ Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.) 2018, S. 180

4.2 Voraussichtliche Auswirkungen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel in Deutschland ist längst im Renten-, Gesundheits- und Pflegesystem angekommen. Es ist fraglich, wie die erwerbsfähige Generation das Leben der immer älter werden Menschen in Zukunft finanziell absichern soll. Die Erwerbsfähigen müssen sich selbst unterhalten, durch Beiträge, die Renten der Alten finanzieren und zusätzlich auch noch selbst für ihr Alter sparen, da es an jungen Menschen stark fehlt. Das Bestandserhaltungsniveau ist schon lang nicht mehr gegeben.¹⁰⁷ „Die 19. Legislaturperiode (...) wird aller Voraussicht nach die letzte sein, in der Deutschland demografisch gesehen optimal dasteht: Die Generation der Babyboomer steht überwiegend noch im Arbeitsleben (...) und die Sozialversicherungen verzeichnen Einnahmerekorde. Doch diese derzeit so makellos wirkende Bilanz ist nur eine Momentaufnahme.“¹⁰⁸ Die voraussichtlichen Auswirkungen sowie mögliche Reformvorhaben werden im Folgenden nähergebracht. Es wird darauf hingewiesen, dass die Bücher von den Autoren Kerschbaumer/Schroeder, Kernig, Walla/Eggen/Lipinski und Kersten/Neu/Vogel aus den Jahren 2005, 2006 und 2012 jeweils die aktuellsten und neusten Auflagen darstellen. Aufgrund dessen, dass der demografische Wandel bereits seit mehreren Jahrzehnten besteht und nur mehr in das Visier der Politik rückt, sind die Erkenntnisse sowie Inhalte aus den oben genannten Büchern immer noch aktuell und gültig. Die Auswirkungen sind demzufolge teilweise von den oben genannten Autoren übernommen wurden. Gelegentlich wurden deren Auswirkungen lediglich mit aktuellen Studien und Zahlen untermauert, sodass der Bezug zu den voraussichtlichen Maßnahmen gezogen werden kann.

4.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung spürt die demografische Entwicklung am deutlichsten. Der Generationenvertrag wird in naher Zukunft vor großen Herausforderungen stehen. Das Verhältnis zwischen den beitrags- sowie steuerzahlenden Erwerbsfähigen und den Rentempfängern wird ins Ungleichgewicht geraten.¹⁰⁹ Laut Stand vom Juli 2018 leben in der Bundesrepublik 21,043 Millionen Bürger mit Rentenbezug. Waisenrentner finden hierbei keine Berücksichtigung.¹¹⁰ Bereits in der Vergangenheit wurden Reformen durchgeführt, um die Alterung der Bevölkerung zu finanzieren. Hierbei ist unter anderem das Nachhaltigkeitsgesetz vom 21.07.2004 oder auch das Altersgrenzenanpassungsgesetz vom 20.04.2007 anzumerken. Bis heute werden die Gesetze ersetzt, aber auch teilweise

¹⁰⁷ vgl. Kernig 2006, S. 11

¹⁰⁸ <https://www.iwkoeln.de/presse/presseveranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-perspektive-2035-wirtschaftspolitik-fuer-den-demografischen-uebergang-347499.html>

¹⁰⁹ vgl. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138845/probleme-und-zukunftsperspektiven-des-sozialstaates?p=all>

¹¹⁰ vgl. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Navigation/6_Wir_ueber_uns/02_Fakten_und_Zahlen/03_statistiken/wichtige_eckzahlen_node.html

korrigiert.¹¹¹ Inhaltlich zeichnete sich das RV-Nachhaltigkeitsgesetz vor allem durch die Änderung der Rentenanpassungsformel sowie die Anhebung des Renteneintrittsalter aus.¹¹²

Zum Abschluss der 18. Legislaturperiode 2017 wurde eine demografische Bilanz gezogen. Darin wurden Maßnahmen entwickelt, um die demografische Entwicklung besser zu gestalten. Zum einen wollen sie den Bundeszuschuss von 2019 bis 2022 erhöhen. Zum anderen soll der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand flexibler werden. Dafür wird das Hinzuverdienstrecht reformiert. Dazu sollen auch verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, um Prävention und Rehabilitation zu stärken. Unter dem flexiblen Übergang versteht die Bundesregierung auch, die Renteninformationen so zu erweitern, dass der Bürger über alle Gestaltungsmöglichkeiten beim Übergang in den Ruhestand hingewiesen wird. Zuletzt hat die Bundesregierung den Entwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes besiegelt. Die betriebliche Altersvorsorge soll nachhaltig verbreitet werden.¹¹³ „Mit dem Gesetzentwurf wird den Sozialpartnern die Möglichkeit eröffnet, in Tarifverträgen Betriebsrenten ohne Haftung der Arbeitgeber zu vereinbaren. Außerdem werden ein tarifliches Optionsmodell kodifiziert und die staatliche Förderung der Betriebsrente optimiert. Nicht zuletzt werden die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersvorsorge im Sozialrecht verbessert.“¹¹⁴

Beim Umlageverfahren wird, wie bereits oben beschrieben, nichts angespart. Die laufenden Beiträge fließen sofort und überwiegend in die Renten der älteren Generation. Damit dieses „Umlagern“ funktioniert, sollten zumindest die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt sein. Durch den demografischen Wandel reichen die Beiträge nicht mehr aus und die Ausgabenseite der Gesetzlichen Rentenversicherung steigt weiter. Aufgrund dessen leistet der Bund einen Zuschuss. Er gibt jährlich einen zweistelligen Milliarden Betrag an Steuergeldern dazu.¹¹⁵ In einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln wurde die Ausgabenentwicklung bis 2035 simuliert. Die Annahmen beruhen auf den Zahlen der Deutschen Rentenversicherung. Der Rentenwert ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch in die Gebietsstände West und Ost geteilt. Die Ost-Werte werden nach und nach angepasst. Auf demselben Niveau sind sie jedoch noch nicht. Deshalb wird bei der Studie davon ausgegangen, dass bis 2035 weiterhin mit unterschiedlichen Größen gerechnet wird. Das hat wiederum zur Folge, dass die Annahmen unterschätzt werden, weil die Ost-Werte kleiner sind. Sollte die Bundesregierung ihr politisches Vorhaben im Vorausberechnungszeitraum doch komplett umsetzen, fallen die Ausgaben weitaus höher aus. Für die Rentenversicherung wurden zwei Varianten modelliert. Zum einen die Ausgabenentwicklung bei konstantem Sicherungsniveau und zum anderen bei einem Mindestsicherungsniveau.

¹¹¹ vgl. Becker/Kingreen 2018, S. XXXVI

¹¹² vgl. Fasshauer, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 82

¹¹³ vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf;jsessionid=A1D05A0B076493961A98AAC8F11AD95.1_cid373?__blob=publicationFile&v=4

¹¹⁴ ebd.

¹¹⁵ vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 163

Innerhalb des zweiten Szenarios wird mit einem Sicherungsniveau gerechnet, wie es § 154 Abs. 3 SGB VI vorsieht. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Ausgaben bis 2035 in beiden Varianten deutlich steigen. Selbst wenn die deutsche Bevölkerung wieder zunimmt, überwiegt der Alterungseffekt.¹¹⁶

Die Politik hat unterschiedliche Handlungsoptionen, um das deutsche Rentensystem in Zukunft zu reformieren. Die Möglichkeiten sollten kombiniert werden, um maximale Erfolge zu erzielen. Die wohl signifikantesten Varianten sind die Erhöhung des Rentenbeitragsatzes oder die Senkung des Rentenniveaus. Weiterhin könnte die Zahl der Beitragszahlenden erhöht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten entweder noch mehr Arbeitslose in Arbeit gebracht oder die Einwanderungsvoraussetzungen von jungen Menschen erleichtert werden¹¹⁷. Außerdem kann das Ziel durch eine Erweiterung des versicherungspflichtigen Personenkreises erreicht werden, sodass beispielsweise auch Beamte, Minister, Abgeordnete, Freiberufler und die bisher nicht einbezogenen Selbstständigen versicherungspflichtig werden. Zudem könnten auch die Beitragsbemessungsgrenzen in Ost und West stark erhöht oder sogar abgeschafft werden. Dies würde bedeuten, dass Menschen mit sehr hohem Arbeitsentgelt auch entsprechend hohe Sozialbeiträge zahlen würden. Eine Folge wäre, dass die Rentenfinanzierungsprobleme deutlich geringer ausfallen würden.¹¹⁸ Es besteht weiterhin die Alternative der Verringerung der Rentenempfänger durch eine Anpassung des Renteneintrittsalters. Einen höheren Bundeszuschuss aus Steuermitteln wäre auch eine mögliche Variante, um das Rentensystem zu reformieren.¹¹⁹ Gleichzeitig stellen diese voraussichtlichen Reformvarianten die Auswirkungen des demografischen Wandels dar.

Jede einzelne Auswirkung bringt Vor- als auch Nachteile mit sich. Höhere Beitragssätze führen dazu, dass der einzelne Bürger mehr von seinem Brutto-Einkommen abführen muss. Wenn der Bundeszuschuss erhöht wird, bedeutet dies auf der anderen Seite, dass sich das staatliche Haushaltsdefizit vergrößert. Beide Änderungen wirken sich folglich auch negativ auf die Wirtschaft aus. Das Senken des Leistungsniveaus gefährdet jedoch die zentralen Ziele des Rentensystems. Die Gesetzliche Rentenversicherung steht für die Absicherung im Alter und nicht etwa für Armut, beziehungsweise für das Nichteinhalten des Lebensstandards.¹²⁰ Die Maßnahmen können jedoch nicht beliebig gesteigert werden. In den letzten Rentenreformen wurde beschlossen, dass unter anderem das Leistungsniveau gleichzeitig mit der Erhöhung des Altenquotienten im gleichen Ausmaß gekürzt wird. Um die daraus entstehende Versorgungslücke zu schließen, wurde schon vor fast zwei Jahrzehnten die sogenannte Riester-Rente eingeführt, die eine privat finanzierte, kapitaldeckende

¹¹⁶ vgl. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

¹¹⁷ vgl. <http://www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all>

¹¹⁸ vgl. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/270893/christoph-butterwegge-man-reduziert-soziale-probleme-auf-demografische>

¹¹⁹ vgl. <http://www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all>

¹²⁰ vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 163

Zusatzversorgung darstellt und vom Bund gefördert wird. Wegreformieren lässt sich der Altenquotientenanstieg jedoch nicht. Entgegen dessen erhöht sich das Pro-Kopf-Einkommen aufgrund des produktivitätssteigernden technischen Fortschritts. Die Zunahme des Altenquotienten kann dadurch trotzdem nicht ausgleichen werden.¹²¹

Würde sich das Renteneintrittsalter erhöhen, hätte dies zur Folge, dass sich der Altenquotient wieder verringert und somit die Erwerbsfähigen finanziell entlasten würde. Das Renteneintrittsalter stellt eine sozialpolitische und wirtschaftlich bedeutsame Größe dar. Durch die Anhebung wird an potenziellen Einzahlern gewonnen. Dies führt wiederum dazu, dass sich die Rentenbeitragslast verringert. Gleichzeitig entschärft es die Finanzierungsgänge der Sozialversicherungen. Durch das Rentenanpassungsgesetz wurde das Regelaltersrenteneintrittsalter bereits auf 67 Jahre erhöht. Mittlerweile sollte die Politik darüber nachdenken, dieses Alter nochmals zu erhöhen. Bei einem so rasch verlaufenden demografischen Wandel reicht das Eintrittsalter von 67 Jahren nicht mehr aus, um den Altenquotienten so niedrig wie möglich zu halten und somit die Erwerbsfähigen zu entlasten. Grund ist, wie bereits genannt, die Baby-Boomer-Generation, die bis 2030 in Rente geht.¹²²

4.2.2 Gesetzliche Krankenversicherung

Durch den Anstieg der Rentenempfänger sinkt zum einen die durchschnittliche Beitragsbemessungsgrundlage, da die Renten signifikant geringer als die beitragspflichtigen Einnahmen aus einer Beschäftigung ausfallen. Des Weiteren schrumpft die Anzahl der erwerbsfähigen Mitglieder. Dies hat zur Folge, dass die Beitragsbemessungsgrundlagen und somit auch die Einnahmen sinken. Zum anderen verursachen Rentner bedeutend höhere Leistungsausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung als etwa Erwerbsfähige.¹²³

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat auch für die Gesetzliche Krankenversicherung eine Ausgabenentwicklung bis zum Jahr 2035 simuliert. Hierbei wurde auf die Zahlen des Bundesministeriums für Gesundheit sowie auf die des Bundesversicherungsamtes zurückgegriffen. Bei den Krankheitskosten wird die Kompressionsthese unterstellt.¹²⁴ Diese besagt, dass durch umweltbedingte Faktoren und des deutlich verbesserten medizinischen und technologischen Fortschritts, 70-jährige Personen heute gesünder sind als ältere Menschen vor noch fünf Jahrzehnten.¹²⁵ Im Ergebnis stellte sich dennoch wie auch in der Gesetzlichen Rentenversicherung heraus, dass die Gesundheitskosten steigen werden. Die Pro-Kopf-Ausgaben machen jedoch deutlich, dass diese nur moderat im Gegensatz zu denen der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung

¹²¹ vgl. <http://www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all>

¹²² vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 166

¹²³ vgl. Jacobs/Dräther, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 100 f.

¹²⁴ vgl. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

¹²⁵ vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 149 ff.

zunehmen. Wird von anderen Thesen ausgegangen, können die Kosten auch enorm in die Höhe wandern.¹²⁶

Aufgrund der Kompressionsthese verschieben sich die Gesundheitsausgaben mit dem demografischen Alterungsprozess voraussichtlich erst in höhere Altersstufen. Die Nähe zum Todeszeitpunkt treibt die Ausgaben erst in die Höhe. Außerdem behaupten GesundheitsökonomInnen, dass ältere Menschen zwar öfter zum Arzt gehen, aber anstelle kostenintensiver aufwendiger Operationen eher kostengünstigere Maßnahmen, wie Langzeitpflegen oder ähnliches, in Angriff genommen werden, um die Ausgaben so gering wie möglich zu halten. Durch die steigende Lebenserwartung und das Altern der deutschen Bevölkerung fallen demzufolge die Gesundheitskosten erst in vielen Jahren prägnant hoch aus. Jedoch ist ein jetziges Handeln von großer Bedeutung, sodass in weiter Zukunft keine gravierenden Finanzierungsprobleme entstehen.¹²⁷

Zusammenfassend zeigt sich demnach, dass sowohl die Einnahmenseite, wie auch die Ausgabenseite, reformiert werden muss. Auf Grund dieser Effekte wirkt sich der demografische Wandel dahingehend auf die Gesetzliche Krankenversicherung aus, als dass sich der Beitragssatz erhöhen muss, um die Kosten später decken zu können und die Einnahmenseite zu erhöhen.¹²⁸ In der Gesundheitspolitik wird es unter anderem notwendig sein, auf der Ausgabenseite noch intensiver Effizienzpotentiale zu nutzen.¹²⁹ Derzeit liegt der Beitragssatz bei 14,6 %. Dieser Wert wird bis 2050 maximal um drei Prozentpunkte steigen.¹³⁰ Eine weitere mögliche demografische Auswirkung wäre eine Kürzung des Leistungskatalogs der Gesetzlichen Krankenversicherung. Erwähnenswert wäre auch die Neubestimmung der Krankenversicherungsaufgaben. § 1 des SGB V umfasst ein zu großes Leistungsspektrum. Ein solcher Leistungsumfang ist langfristig gesehen nicht weiter finanzierbar. Die Zuzahlungsgrenzen könnten ebenso überdacht werden.¹³¹ Außerdem können auch einige rentenrechtliche Auswirkungen analog auf die Gesetzliche Krankenversicherung bezogen werden, wie beispielsweise die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze im SGB V. Jedoch muss sie in der Krankenversicherung nicht so massiv ansteigen als etwa in der Gesetzlichen Rentenversicherung, da der demografische Wandel, wie oben erklärt, nicht so stark im Gesundheitswesen angekommen ist. Ein Ausbau des Versicherten Personenkreises im SGB V wäre auch eine Auswirkung, die gleichzeitig dazu führt, dass langfristig die Kosten gedeckt werden können.

¹²⁶ vgl. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

¹²⁷ vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 149 ff.

¹²⁸ vgl. Jacobs/Dräther, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 100 ff.

¹²⁹ vgl. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

¹³⁰ vgl. Jacobs/Dräther, in: Kerschbaumer/Schroeder (Hrsg.) 2005, S. 115

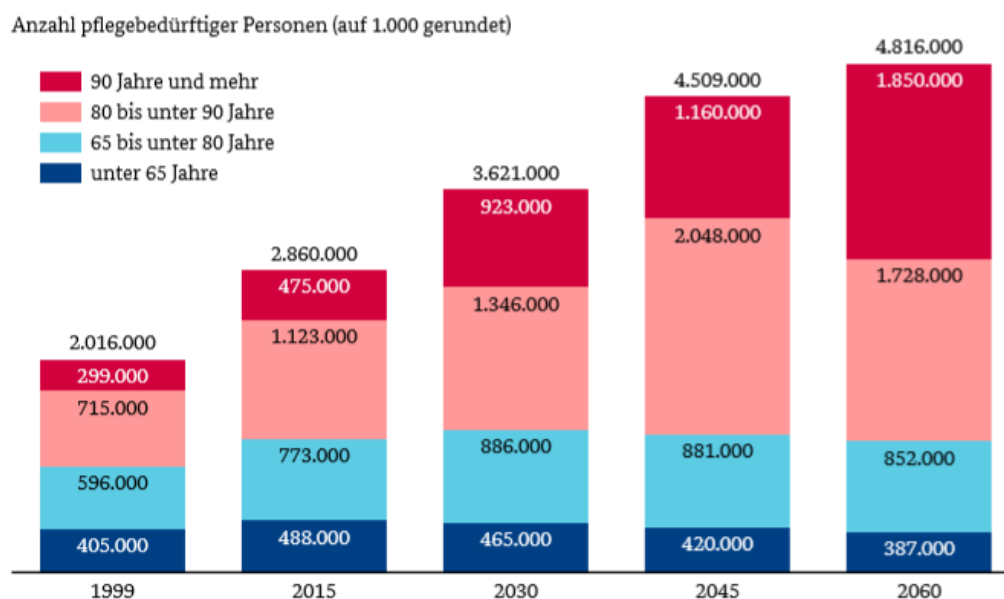
¹³¹ vgl. <https://www.bdc.de/solidarische-krankenversicherung-und-demografischer-wandel-wie-mit-begrenzten-finanzen-umgehen/>

Im Bereich des Gesundheitswesens wurden mit Ende der 18. Legislaturperiode einige demografisch bedingte Maßnahmen getroffen. Vorzugsweise ist das Präventionsgesetz zu nennen, welches zu einer besseren Verzahnung der Sozialversicherträger in Hinblick auf Prävention und Gesundheitsförderung führen soll, um so Kosten einzusparen.¹³²

4.2.3 Soziale Pflegeversicherung

Der demografische Wandel verursacht einen massiven Anstieg an älteren pflegebedürftigen Menschen.¹³³ Die nachfolgende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung noch mehr.

Abbildung 4.2-1: Pflegebedürftige im demografischen Wandel¹³⁴



* Annahmen ab 2030: konstante alters- und geschlechtsspezifische Pflegequoten des Jahres 2015; Bevölkerungsentwicklung gemäß Variante 2 der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
 Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB © BiB 2017 / demografie-portal.de

Vor allem die Zahl der Pflegebedürftigen, die über 90 Jahre alt sind, steigt ab 2030 massiv an. Grund hierfür ist die Baby-Boomer Generation, die in das höhere Lebens- und somit in das Pflegebedarfsalter übergeht.¹³⁵

Die Pflegepolitik steht vor großen Herausforderungen, da sich neben den hohen Fallzahlen auch die familiären Strukturen verändert haben. Immer mehr Paare bleiben kinderlos, Familiengenerationen leben öfter weit auseinander, Frauen sind häufiger erwerbstätig und ältere Menschen sind zukünftig öfter ohne Partner. Die private Pflegebereitschaft kann somit nicht mehr so ausgeführt werden, wie es etwa vorausgesetzt wird. Familiäre Pflege ist günstiger, da sie aber aufgrund der genannten Fakten einen Rückgang erfährt, müssen

¹³² vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf;jsessionid=A1D05A0B076493961A98AAC8F11AD95.1_cid373?__blob=publicationFile&v=4

¹³³ vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 155

¹³⁴ http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Pflegebeduerftige_Anzahl.html

¹³⁵ vgl. ebd.

professionelle Pflegekräfte eingesetzt werden, die jedoch bedeutend teurer sind.¹³⁶ Um die Pflegefachkräfte und die SGB XI-Leistungen finanzieren zu können, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die gleichzeitig die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Soziale Pflegeversicherung darstellen. „Die Versichertenbeiträge, die Lebensarbeitszeit oder der Steuerzuschuss können erhöht werden. Die Kosten lassen sich durch Leistungswettbewerb, private Vorsorgepflichten und schließlich auch durch Leistungskürzungen senken.“¹³⁷ Diese Auswirkungen lassen sich nicht mehr verhindern.

Zum 01. Januar 2017 wurde der Beitragssatz in der Sozialen Pflegeversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Diese Anpassung wurde jedoch nur hintergründig wegen demografisch bedingten Umständen durchgeführt. Der Beitrag wurde vor allem durch die Finanzierung der großen Pflegereform erhöht.¹³⁸ Das sogenannte Zweite Pflegestärkungsgesetz, was zum 1. Januar 2017 in Kraft trat, definierte unter anderem den Pflegebedürftigkeitsbegriff neu. Pflegebedürftige wurden nun nach dem Grad ihrer Selbstständigkeit eingeschätzt und nicht mehr nach Zeitaufwand eingestuft. Die Beurteilung wird jetzt mit einem neuen Begutachtungsinstrument durchgeführt. Aus den drei Pflegestufen wurden fünf Pflegegrade. Durch die Umstrukturierung wurde niemand schlechter gestellt. Leistungen stiegen und demzufolge hatten mehr Menschen Anspruch auf SGB XI-Leistungen.¹³⁹

Neben dem erweiterten Leistungskatalog zeichnete sich in den nächsten Jahren trotz alledem ab, dass auch aufgrund des demografischen Wandels die Ausgabenseite der Sozialen Pflegeversicherung rasant anstieg. Schon im Mai 2018 hatte Jens Spahn, Bundesgesundheitsminister, angedeutet, dass der Beiträge in der Sozialen Pflegeversicherung nochmals erhöht werden müssen. Die Anpassung war somit wegen der Mehrausgaben aufgrund der demografischen Entwicklung erforderlich. Nach aktuellen Annahmen wird die Pflegeversicherung 2018 eine Einbuße von 3,1 Milliarden Euro registrieren. Wenn keine Anpassung vorgenommen wurden wäre, wäre das Defizit bis 2022 auf etwa 5 Milliarden Euro gestiegen. Das Bundeskabinett stimmte dem Gesetzesentwurf somit zu. Am 01. Januar 2019 ist das PV-Beitragssatzanpassungsgesetz in Kraft getreten. Der Beitragssatz liegt nunmehr bei 3,05 %. Er wurde also um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Der Kinderlosenzuschlag hat sich nicht geändert. Kinderlose Versicherte leisten somit einen Beitragssatz von 3,30 % der beitragspflichtigen Einnahme.¹⁴⁰

Um die Mehrausgaben jedoch vollständig zu decken, reichen diese Anpassungen in Zukunft nicht aus. Erschreckend ist, dass sich der Beitragssatz seit der Einführung der

¹³⁶ vgl. Walla/Eggen/Lipinski 2006, S. 155

¹³⁷ Kersten/Neu/Vogel 2012, S. 43

¹³⁸ vgl. <https://sozialversicherung-kompetent.de/pflegeversicherung/versicherungsrecht/866-beitragssatz-pflegeversicherung-2019.html>

¹³⁹ vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf;jsessionid=A1D05A0B076493961A98AACA8F11AD95.1_cid373?__blob=publicationFile&v=4

¹⁴⁰ vgl. <https://sozialversicherung-kompetent.de/pflegeversicherung/versicherungsrecht/866-beitragssatz-pflegeversicherung-2019.html>

Sozialen Pflegeversicherung bereits verdreifacht hat. Da sich der demografische Wandel zukünftig noch stärker auf den Pflegebedarf auswirken wird, wird auch die Beitragsanpassung kein Ende haben. Es ist also damit zu rechnen, dass durch die steigenden Pflegebedürftigen-Zahlen und die Lohnerhöhungen, die Beitragssätze immer weiter in die Höhe getrieben werden.¹⁴¹

Im Freistaat Sachsen sinken zwar die Einwohnerzahlen, aber die Anzahl an älteren Menschen steigt massiv an. Bis zum Jahr 2025 erhöhen sich die Pflege- und Krankheitsfälle besonders in der anfälligen Altersgruppe ab 80 Jahren auf rund ein Zehntel der sächsischen Gesamtbevölkerung. Dazu kommt, dass junge Menschen wegen Arbeits- und Studienangeboten aus der Heimat wegziehen, um keine langen Pendelzeiten zu haben. Deren Eltern verbleiben jedoch im Freistaat. Wenn diese dann im hohen Alter pflegebedürftig werden, kann die häusliche Pflege durch deren Kinder nicht mehr aufgenommen werden, da die Entfernung zum Elternhaus zu groß ist. Die familiäre Betreuungslücke wird somit immer öfter durch professionelle ambulante oder auch stationäre Pflege geschlossen werden müssen. Folglich steigt auch hier der Leistungsbedarf und somit die Ausgabenseite der Sozialen Pflegeversicherung. Auswirkungen des demografischen Wandels sind ebenso Beitragsanpassungen oder das Sinken des Leistungsniveaus.¹⁴²

¹⁴¹ vgl. <https://www.pflegeversicherung-experten.de/news/items/mehr-geld-fuer-die-pflege-wer-soll-das-finanzieren.html>

¹⁴² vgl. <http://www.demografie.sachsen.de/gesundheit-und-pflege-5152.html>

5 Expertenbefragung zum demografischen Wandel

5.1 Konzeption und Zielsetzung

Ein Teil der Bachelorarbeit ist es, Politiker und Sozialversicherungsträger in Form einer Expertenbefragung nach ihrer Meinung zum Thema demografische Entwicklung zu fragen.

Unter Experten werden fachlich qualifizierte sowie oft auch wissenschaftlich ausgebildete Personen, die in einem Themenkomplex umfassendes Fachwissen haben, verstanden. Im weitesten Sinn werden auch Beteiligte, die sich intensiv mit dem Thema beschäftigen, befragt.¹⁴³ In der vorliegenden Expertenbefragung werden Politiker von der sächsischen AfD, CDU, SPD und FDP sowie Mitarbeiter der Sozialversicherungsträger DRV-MD und AOK Plus als Experten herangezogen. Um möglichst vielseitige Antworten zu erhalten, wurden demzufolge kontroverse Parteien angeschrieben. Die Sozialversicherungsträger sind ebenso von Bedeutung, da sie diejenigen sind, die täglich mit dem demografischen Wandel konfrontiert werden.

Die Expertenbefragung stellt in der vorliegenden Arbeit einen Fragebogen dar. Der Fragebogen wurde auf der Grundlage des wissenschaftlich fundierten Buches „Erstellung von Fragebogen“ von dem Autor K. Wolfgang Kallus entwickelt. Aufgrund dessen, dass es nur ein kurzer Fragebogen ist, wurde nicht die komplette Methodik zur Fragebogenerstellung des Autors übernommen. Bei dessen Konzeption wurde darauf geachtet, dass er nur wenig Zeit in Anspruch nimmt. Es wurden zehn Minuten angesetzt. Die kurze Bearbeitungsdauer verspricht, dass die Konzentration der Experten über die ganze Befragung gehalten werden kann und sie nicht mit der Beantwortung überfordert sind. Des Weiteren ist zu Anfang des Fragebogens eine Einleitung vorzufinden. Diese dient dazu, dass der jeweilige Experte zur Thematik hingeführt und über die Ausfüllinstruktion aufgeklärt wird. Im Beantwortungsteil wurden nur Freitext-Fragen gewählt. Der Fragebogen gliedert sich in drei themenspezifische Subtests mit mindestens einer Item-Frage. Es wurde großer Wert daraufgelegt, dass sie ihre eigene Meinung darstellen und nicht ihre Ansichten anhand von Antwortmöglichkeiten wählen. Damit wird auch vermieden, dass sich die Experten keine Gedanken machen müssen. Sie sind quasi gezwungen, über die Problematik nachzudenken.

Die Experten sollen bei der Befragung die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen, die bundesweiten Auswirkungen auf die Gesetzliche Renten- und Krankenversicherung sowie auf die Soziale Pflegeversicherung und mögliche Lösungsansätze der Problematik aus ihrer Sicht darstellen. Der demografische Wandel in der Bundesrepublik ist einer der Hauptschwerpunkte der Bachelorarbeit. Dieser wurde bereits voll umfänglich analysiert, weshalb

¹⁴³ vgl. https://lehrerfortbildung-bw.de/st_kompetenzen/weiteres/projekt/projektkompetenz/methoden_a_z/expertenbefragung.htm

in der Expertenbefragung die demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen im Vordergrund steht, auch wenn diese unter dem Gliederungspunkt 3.2 kurz dargestellt wurde.

Es soll untersucht werden, ob die Experten ähnliche Entwicklungs- und Auswirkungsannahmen, wie die Demografen voraussagen und ob bei der sächsischen Bevölkerungsentwicklung Parallelen zu dem deutschen Alterungsprozess zu finden sind. Ziel der Befragung ist es, das Bachelorarbeitsthema durch weitere Meinungen aus der realen Welt vielseitiger zu gestalten und dadurch mehr Erkenntnisse zu gewinnen.

Um die Expertenbefragung durchzuführen, ist eine Kontaktaufnahme mit den Experten unabdingbar. Da sich die Erreichbarkeit oft als schwierig herausstellte, wurde bereits im November des vergangenen Jahres eine E-Mail an die jeweiligen Experten gesendet. Wie diese aussieht ist aus der Anlage 2 zu entnehmen. Im Großen und Ganzen wurde zur Bachelorarbeitsthematik hingeführt. Ebenso wurde erwähnt, was sie bei der Befragung erwarten würde und schlussendlich wurden sie darum gebeten, an der Befragung teilzunehmen. Insgesamt meldeten sich fünf von sechs Experten auf meine Anfrage zurück. Jedoch konnte nur mit vier Antworten gearbeitet werden.

5.2 Antworten der Parteien und Sozialversicherungsträger

Die nachfolgenden Antworten der Parteien und Sozialversicherungsträger sind vollumfänglich nochmals in den Anlagen 3 bis 7 vorzufinden.

Aufgrund dessen, dass die sächsische AfD weder auf die E-Mail reagierte, noch die Expertenbefragung durchgeführt hat, kann deren Meinung nicht ausgewertet werden. Der Experte der DRV-MD antwortete zwar auf die E-Mail, jedoch mit der Benachrichtigung, dass sie keinerlei Auskunft zu dieser Problematik geben. Die Experten der sächsischen CDU, FDP und SPD sowie der Experte der AOK Plus haben an der Expertenbefragung teilgenommen. Im Folgenden werden deren Antworten dargestellt und mit den Demografenannahmen verglichen.

Im ersten Subtest, der nur aus einer Frage besteht, sollten die Experten die Bevölkerungsentwicklung bis 2050 im Freistaat Sachsen aus ihrer Sicht beschreiben.

Der Experte der sächsischen CDU geht davon aus, dass die Bevölkerungszahl in Sachsen weiter abnimmt. Er vertraut dabei auf das Statistische Bundesamt. Er ist sich jedoch unschlüssig, inwieweit die Zuwanderung die Bevölkerungsentwicklung in Zukunft beeinflussen und abmildern wird. Abschließend merkte er dennoch an, dass es innerhalb der jeweiligen Alterskohorten zu einer Verschiebung in Richtung der höheren Altersgruppen kommen kann. Die Meinung ähnelt der der Demografen. Der Grund ist jedoch offensichtlich. Der Experte bezieht sich auf die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung und ergänzt diese nur mit eigenen Gesichtspunkten. Deshalb ist es schwierig, diese Ansicht mit den

statistischen Daten zu vergleichen. Dennoch kann geschlussfolgert werden, dass die sächsische CDU hinter den Annahmen des Statistischen Bundesamtes steht und die Entwicklung genauso sieht.

Der Experte der FDP ist der Meinung, dass die Bevölkerungsentwicklung nicht linear verlaufen wird und Zukunftssimulationen nicht reine Projektionen unter dem Vorbehalt sein können, dass sich nichts ändern wird. Der demografische Wandel hängt seiner Meinung nach von vielen Faktoren ab. Er geht von mehreren Modellen aus. Ein Teil der Faktoren kann durch politische Entscheidungen beeinflusst werden. Aus FDP-Expertensicht zählt darunter unter anderem die Lebensqualität. Das durch die Politik vermittelbare Gefühl von Sicherheit und sozialer Absicherung ist hierbei nicht zu vernachlässigen. Besonders betont er die Familienförderung, die die Entwicklung stark verändern kann. Er zeigt auf, dass ein Kind in der heutigen Zeit eher ein sogenanntes Armutsrisiko darstellt. Seiner Meinung nach hängt es davon ab, ob alleinerziehende Mütter ausreichend Unterstützung erhalten und Müttern ein Karriereknick erspart bleibt. Die Arbeitsangebotsentwicklung in Sachsen stellt einen weiteren Beeinflussungsindikator des demografischen Wandels dar, je nachdem, ob mehr Arbeitsplätze besser bezahlt werden oder der Freistaat in weiten Teilen „Billigheimer“ bleibt. Zweiteres führt seiner Ansicht nach vermutlich dazu, dass die Bevölkerungspyramide von Sachsen noch schlechter aussehen wird als im Bundesdurchschnitt. Wanderungsgewinne jüngerer Generationen sind schon lang nicht mehr vorhanden und der Alterungsprozess kann aufgrund des geringen Geburtenniveaus nicht mehr ausgeglichen werden. Wenn seine Antworten mit den Annahmen der Demografen verglichen wird, wird deutlich, dass er die gleichen Entwicklungen voraussagt. Es kann demzufolge davon ausgegangen werden, dass der Freistaat Sachsen, laut dem FDP-Experten, einen ähnlichen demografischen Trend aufweist wie die Bundesrepublik.

Der Experte der sächsischen SPD empfindet es als nicht möglich, seriöse Aussagen zu dieser Thematik zu treffen. Er setzte jedoch fort, dass für die sächsische Entwicklung die Fertilität der Frauen und das Wanderungsverhalten verantwortlich sind. Wirtschaftliche und politische Entscheidungen beeinflussen den demografischen Wandel ebenso. Grundsätzlich ist er davon überzeugt, dass der Alterungsprozess wegen des medizinischen Fortschritts fortbestehen wird. Hierbei wird ebenso verdeutlicht, dass er die gleichen Einflussfaktoren wie die Demografen feststellt und demnach daraus eine ähnliche Entwicklung wie in Deutschland folgt.

Letztlich wird die Meinung des Experten der AOK Plus dargelegt. Er verweist bei der Bevölkerungsentwicklung auf das Statistische Landesamt des Bundeslandes Sachsen. Die AOK Plus schließt sich vollumfänglich den Annahmen an. Er weist darauf hin, dass der demografische Wandel eine gesamtwirtschaftliche Aufgabe ist. Dabei will die AOK Plus vor

allem in ländlichen Regionen die gute medizinische Versorgung aufrechterhalten. Sie investieren in innovative und neue Versorgungskonzepte und erhalten das große sächsische Filialnetz. Diese Expertenaussage kann mit den statistischen Daten nicht verglichen werden, weil hierbei keine eigene Meinung vertreten, sondern lediglich auf die Vorausberechnungen verwiesen wurde.

Der zweite Subtest der Befragung beinhaltete die Auswirkungen des demografischen Wandels. In Frage eins sollten die Experten beantworten, ob sie bereits heute demografisch bedingte Auswirkungen in Bezug auf die Sozialversicherungszweige (Gesetzliche Renten- und Krankenversicherung sowie Soziale Pflegeversicherung) in Deutschland sehen.

Der Experte der sächsischen CDU stellt darauf ab, dass sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen aufgrund des demografischen Wandels nur schwerlich feststellbar sind. Einerseits steigt wegen der konjunkturellen Lage die Einnahmenseite und andererseits gibt es vor allem in der Pflegeversicherung immer mehr Leistungsberechtigte, die die Ausgaben-seite in die Höhe treiben. Insofern dies außenvor gelassen wird, ist laut dem Experten erkennbar, dass die demografische Entwicklung bundesweit sozialversicherungsrechtliche Maßnahmen herbeiführt. Mit der Bevölkerungsverschiebung in Richtung der Hochbetagten ist gleichzeitig eine Verschiebung von Krankheitsspektren zu chronischen Krankheitsbildern, wie etwa Diabetes, Demenz oder Krebs, erkennbar. Dadurch ändern sich die Versorgungsanforderungen. Dies hat zur Folge, dass sich die Gesetzliche Krankenversicherung dahingehend entsprechend aufstellen muss. Selbst die Soziale Pflegeversicherung muss darauf vorbereitet sein, da die Zahl der Pflegebedürftigen, beispielsweise durch Demenz, ansteigen wird. Der Experte sieht jedoch auch eine Auswirkung in Hinblick auf die Gesetzliche Rentenversicherung. Durch das in Kraft treten der Rente mit 63 Jahren und mittelfristig durch den Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge, ist mit einer Vielzahl an rentenberechtigten Personen zu rechnen. Die Kosten müssen getragen werden. Zusammenfassend zeigt sich bei dieser Expertenmeinung, dass die Auswirkungsannahmen aufgrund der gleichen demografischen Vorhersagen auch mit dem Statistischen Bundesamt identisch sind.

Der sächsische FDP-Experte ist der Ansicht, dass die Probleme auf der Hand liegen. Die Zahl der Beitragszahler sinkt, wohingegen die Anzahl an Leistungsempfängern steigt. Seiner Meinung nach kann der Generationenvertrag immer weniger sozialvertraglich umgesetzt werden. Im Extremfall ist ein Systemversagen vorprogrammiert, wenn die Beitragssätze bei unveränderten Systemen eine unzumutbare Größe erreichen. Insofern Leistungen nur gekürzt werden, wird das Sozialversicherungssystem ebenso versagen. Die FDP stellt die Auswirkungen extremer dar, als etwa die Demografen. Hierbei ist aber zu betonen, dass so eine drastische Konfrontation, die Politik wohl eher zu Veränderungen animiert, als die neutralen Meinungen der Demografen.

Der Experte der sächsischen SPD sieht die demografischen Herausforderungen in Bezug auf die Sozialversicherungen aufgrund des technischen Fortschrittes und der Digitalisierung wiederum als nicht so gravierend an. Er ist der Meinung, dass die Altersgruppe ab 65 Jahren deutlich fitter ist als früher. Er empfindet es eher als wichtig, die Fachkräfte in sozialen Berufen, wie beispielsweise auch im Pflegesektor, auszubilden. Für den SPD-Experten gilt nur eine Regel: die Erwerbsfähigen müssen die nichtarbeitende Bevölkerung tragen. Unter die nichtarbeitende Gesellschaft zählt er Kinder, Rentner und Nichterwerbsfähige. Die Aussage, dass die älteren Menschen heute vitaler sind, behaupten auch die Wissenschaftler. Eine Parallele kann deshalb gezogen werden, jedoch wurde nicht beachtet beziehungsweise wurde kein Bezug darauf genommen, dass die Zahl der kranken Deutschen im hochbetagten Alter massiv ansteigt.

Der AOK Plus-Experte kann für die bundesweiten Auswirkungen keine genauen Einschätzungen abgeben, weil die AOK Plus als Kranken- und Pflegekasse für Sachsen und Thüringen agiert, jedoch sieht er Probleme, die nun aufgezeigt werden. Die Soziale Pflegeversicherung war bei der Einführung bewusst als Teilleistungsversicherung konzipiert. Aufgrund dessen, dass sich die Bevölkerungsstruktur maßgeblich geändert hat, machen sich die Beteiligten im Pflegebereich sowie die Politik Gedanken, wie die Soziale Pflegeversicherung demografiefest ausgestaltet werden kann. Viele Einwohner haben das Gefühl, immer weniger Leistungen zu erhalten, da die Pflegeressourcen knapper werden. Laut des Experten der AOK Plus sind die Ausgaben in unter zehn Jahren auf 35 Milliarden Euro gestiegen. Zuvor waren es 15 Milliarden Euro weniger. Diese Entwicklung führt zu einer Bürgerbelastung sowie zunehmend zu einer Belastung in den kommunalen Sozialkassen. Dass es mittlerweile eine Grundsatzdebatte darüber gibt, begrüßt der Experte. Die AOK Plus ist als Pflegekasse daran interessiert, die Soziale Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung sieht der Experte noch keine akuten Auswirkungen und somit keinen dringenden Handlungsbedarf. Grund hierfür ist die derzeit gute Arbeitsmarktsituation. Jedoch ist er der Meinung, dass diese Lage dafür genutzt werden muss, um jetzt zukünftig notwendige Reformvorhaben anzustoßen. Dazu zählt er unter anderem den Ausbau der telemedizinischen Möglichkeiten.

Die zweite Frage im Subtest zwei bezieht sich auf die Auswirkungen im Freistaat Sachsen, insofern die Experten einen ähnlichen demografischen Wandel, wie in der Bundesrepublik, in Sachsen sehen.

Der sächsische CDU-Experte sieht in Sachsen einen ähnlichen demografischen Trend wie in Deutschland. Er betont jedoch, dass die Auswirkungen wegen der Altersstruktur in Sachsen eher in Erscheinung treten. Diese können unterschiedlich ausfallen. Renten- sowie Pflegeberatungen werden in Zukunft verstärkt in Anspruch genommen. Indirekt führt dies

im Rahmen des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleiches zu Auswirkungen in der Einnahmeentwicklung der Ortskrankenkassen. Laut des Experten der CDU ergeben sich ebenso solche Auswirkungen in Sachsen.

Der Vertreter der FDP ist der Meinung, dass die sächsischen Sozialversicherungsträger in haushälterische Schwierigkeiten kommen werden, wenn sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht ändern. Kommt es zu Reformen in Form eines Finanzierungsausgleiches zwischen den einzelnen Trägern und zu höheren Bundeszuschüssen, kann dem entgegen gewirkt werden. Beitragssatzanpassungen und Leistungseinschnitte sieht der Politiker als kritisch an. Bei dieser Meinung zeigt sich, wie auch bei der CDU, dass der Freistaat Sachsen den demografischen Wandel stark spüren wird.

Laut des SPD-Experten ist der demografische Wandel im Freistaat Sachsen fortgeschrittener als in allen anderen Bundesländern. Jedoch bringt er keine sächsischen Auswirkungen an, da das Sozialversicherungssystem bundeseinheitlich geregelt ist.

Der AOK Plus-Experte macht daraufhin ebenso deutlich, dass die Auswirkungen in Sachsen schneller sichtbar werden als in der Bundesrepublik. Seiner Meinung nach wird dies mit der Abwanderung begründet. Davon sind vor allem die ländlichen Gebiete betroffen. Der Experte setzt fort, dass in Bezug auf die Kranken- sowie Pflegeversicherung die gute medizinische Versorgung mittel- als auch langfristig im Fokus steht. Er bringt weiter die ländliche Problematik des längeren Anfahrtsweges zu Haus- und vor allem zu Fachärzten an. Diese Herausforderung soll mittels neuer Versorgungsformen geregelt werden. Ebenso muss die sächsische Krankenhausplanung weiterhin im Sinne des Patienten und wirtschaftlich weiterentwickelt werden. Das jetzige Angebot an ambulanten Gesundheitszentren muss in Zukunft sinnvoll ausgebaut werden. Die regionalen Gesichtspunkte dürfen laut dem Experten auch nicht außer Betracht gelassen werden. Zusammenfassend zeigt sich, dass auch die AOK Plus als Kranken- und Pflegekasse auch versicherungsrechtliche Auswirkungen in Sachsen sieht.

Der letzte Subtest, der wieder nur aus einer Item-Frage besteht, bezieht sich auf die Lösungsansätze.

Der sächsische CDU-Experte fasst es mit der Aussage, dass wegen der Komplexität und Vielschichtigkeit der Problematik „simple Lösungen“ nicht dargestellt werden können, kurz. Seiner Meinung nach müssen Bundesdebatten geführt werden. Im Rahmen dieser sollte auf ein intergenerationelles Miteinander, das Vermeiden von Angstmacherei und nachhaltigen Finanzierungsmaßnahmen hingewirkt werden.

Der Experte von der sächsischen FDP ist der Meinung, dass eine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Selbstständige und Beamte beziehungsweise eine Aufhebung der

Versicherungspflichtgrenzen den demografischen Wandel nicht positiv gestalten kann. Seiner Ansicht nach bewirkt die Ausdehnung einen erweiterten versicherungspflichtigen Personenkreis, der leistungsberechtigt wird. Die zweite Maßnahme, meint der Experte, kann nur mit Leistungssteigerungen kombiniert werden und dies soll jedoch verhindert werden. Es sei also notwendig, die Sozialversicherung grundlegend zu reformieren oder sogar gänzlich Neues zu schaffen. Der FDP-Vertreter setzt fort, dass es für den Gesetzgeber unausweichlich wird, jeweils Grundleistungen festzuschreiben. Diese sollen in den jeweiligen Sozialversicherungssystemen angeboten werden und zusätzlich den Wettbewerb frei geben. Seiner Meinung nach bedeutet das, dass die bisherigen Sozialversicherungsträger ebenso wie andere zugelassene Unternehmen, diese Grundleistungen anbieten. Hierbei muss in Bezug auf das Daseinsvorsorgeprinzip dieser Leistungen dafür gesorgt werden, dass Insolvenzrisiken aufgefangen werden. Die Gewinnmargen privater Anbieter könnten auch begrenzt werden. Das bewirkt die bestmögliche Verzinsung des später als Beitrag angelegten Geldes. Ein Anreiz, die Absicherungsleistungen anzubieten, würde jedoch weiter bestehen. Alternativ bringt die FDP als Lösungsvorschlag Staatsfonds, so wie in den Ländern Schweden und Norwegen, an. Aus deren Sicht ist eine teilweise kapitalmarktabhängige Finanzierung in den Sozialversicherungen langfristig unverzichtbar. Die Einwendungen müssen dennoch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands und der Unternehmenswettbewerbsfähigkeit kritisch geprüft werden. Zusammenfassend bringt der Experte an, dass eine intelligente Kombination aus Sozial- und Wirtschaftspolitik unentbehrlich sein wird, um die sozialvertragliche Sozialversicherung beizubehalten und deren Zweige ebenso mit einem Mix aus (echter) Beitrags-, Umlagen- und Steuerfinanzierung versehen werden muss, so dass diese weiterhin vollumfängliche Leistungen erbringen können. Hierbei wurde deutlich, dass die FDP für die Sozialversicherungssysteme viele Lösungsansätze hat und sich bereits ernsthafte Gedanken darüber gemacht hat, wie die demografische Entwicklung zukunftsfest gestaltet werden kann.

Der Experte der sächsischen SPD brachte grundsätzlich erst einmal an, dass der demografischen Wandel mittelfristig nicht ins Positive umgewandelt werden kann. In seinen Ausführungen gibt er weiterhin an, dass der Reichtum in Deutschland extrem ungerecht verteilt ist. Aufgrund dessen sieht er es als notwendig an, die Vermögenssteuer einzuführen, damit der Staat die Sozialversicherungsausgaben im Notfall aus Steuergeldern stützen kann. Der SPD-Vertreter setzt also mehr auf steuerrechtliche Maßnahmen, um die derzeitige Entwicklung demografiefest zu machen. Diese Vorhaben wurden bisher von keinem anderen Experten so dargestellt, noch ziehen Wissenschaftler solche Varianten in Betracht. Eine mögliche Herangehensweise ist es dennoch.

Zuletzt werden nun die Lösungsansätze des Experten der AOK Plus dargelegt. Dieser ist der Meinung, dass die medizinische Versorgung vor Ort geplant werden muss. Dazu sind

bundeseinheitliche Standards notwendig. Dabei bedarf es vor allen in Bezug auf die Versorgungsqualität einer gemeinsamen Regelung. Außerdem müssen die telemedizinischen Möglichkeiten erweitert und deren Nutzung für Ärzte sowie Patienten verbessert werden. Der AOK Plus-Vertreter setzt fort, dass die demografischen Auswirkungen durch Erhebung von Beiträgen zur Sozialversicherung auf weitere Einkommensarten gelöst werden können. Im Kontext mit Qualitätsstandards müssen verstärkt Kontrollen durchgeführt und bei Fehlverhalten drastische Konsequenzen erfolgen. Dies hat zwei positive Effekte. Zum einem dient es der Patientensicherheit und zum anderen fördert es das wirtschaftliche Verhalten mit begrenzten Ressourcen. Abschließend betont er das Überdenken der Dualität von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Aus Sicht des Experten sollte jetzt eine echte Wahlfreiheit eingeführt werden. Jede Berufsgruppe kann sich dann selbst für ein Versicherungssystem entscheiden. Langfristig gesehen wäre eine Aufgabenteilung für eine Grundversicherung aller Bürger im gesetzlichen Krankenzweig sowie eine zusätzliche freiwillige Absicherung in privaten Zusatzversicherungen denkbar. Die Antworten beziehen sich hauptsächlich auf die Maßnahmen in der Krankenversicherung. Jedoch lässt sich aus den vielen verschiedenen Perspektiven erkennen, wie die demografische Entwicklung geändert werden kann.

Bei Betrachtung der Expertenantworten zeigte sich eine Vielseitigkeit der Herangehensweise an diesen Themenkomplex. Einige Meinungen ähnelten den der Demografen und der statistischen Daten. Nahezu alle Experten bestätigten, wie auch die Wissenschaftler, dass der demografische Wandel im Freistaat Sachsen viel schneller als im ganzen Bundesgebiet voranschreitet. Die Vertreter der Parteien und Sozialversicherungsträger sahen in der sächsischen Bevölkerungsentwicklung Parallelen zu der demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik. Daraus lässt sich schließen, dass sowohl die befragten Experten, als auch die Demografen, die Problematik tiefgründig untersuchen und schnellstmöglich an Lösungsansätzen arbeiten. Dabei verweisen beide Expertengruppen auf Bundesdebatten. Schlussendlich lässt sich feststellen, dass die Expertenbefragung erfolgreich war und die Thesen „Ähnliche Annahmen“ und „Parallelen zum deutschen Alterungsprozess“ bestätigt wurden. Durch den Fragebogen und den daraus resultierenden realen Meinungen, konnte das Bachelorarbeitsthema komplettiert werden.

6 Diskussion über Zukunftsperspektiven in den Sozialversicherungszweigen

6.1 Kritische Einschätzung der Ergebnisse

Abschließend lässt sich für alle drei Sozialversicherungszweige festhalten, dass die Auswirkungen- und Finanzierungsannahmen nicht als Punktvorhersage zu deuten sind. Die Systeme reagieren viel zu stark auf diverse Entwicklungstrends, Schocks als auch auf politische Entscheidungen. Diese Wendungen können den Leistungsanspruch eines jeden Versicherten verändern. Erwähnenswert ist hierbei beispielsweise die Pflegereform.¹⁴⁴ Dadurch zählten mehr Personen zum bedürftigen Pflegekreis, da die Pflegegrade mildere Tatbestände mit sich zogen.¹⁴⁵ Die finanziellen Auswirkungen, die der demografische Wandel für die Sozialversicherungssysteme zur Folge hat, können jedenfalls gravierender oder etwas positiver ausfallen als oben aufgezeigt. Ohne gehaltvolle Politikreformen, die die Konsequenzen der demografischen Entwicklung kompensieren, ist mit einem positiven Trend nicht zu rechnen. Die Steigerungsrate der Ausgaben aller drei Systeme liegt bei konstantem Sicherungsniveau ab etwa 2025 über der Anstiegsquote des Bruttoinlandsprodukts, bei einem Mindestsicherungsniveau ab 2030. Wenn das Leistungsniveau in jeder der drei Sozialversicherungen gehalten werden soll, sind im Jahr 2035 die Pro-Kopf-Ausgaben 35 % höher als heute.¹⁴⁶

Die Ergebnisse zeigen, dass in Zukunft unter den Status-quo Voraussetzungen ein größer werdender Teil dessen, was eingenommen wird, in die oben genannten Sozialversicherungszweige fließen muss, um deren einzelnen Leistungszusagen aufrecht zu halten. Hervorzuheben ist aber auch, dass eine Sozialpolitik, die nur auf Leistungskürzungen setzt, in Zukunft auf immer größere Akzeptanzprobleme stoßen wird. Andererseits sollte auch nicht ausschließlich auf eine gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitätssteigerung gesetzt werden. Daraus folgen zwar Lohnsteigerungen, die zu einem Anstieg auf der Einnahmenseite führen, aber gleichzeitig auch nicht folgenlos auf der Ausgabenseite bleiben. In den SGB V und SGB XI-Leistungen wird viel Personal benötigt. Da beispielsweise professionelles Pflegepersonal aus den Pflegesachleistungen nach § 36 SGB XI finanziert wird, wirkt sich die Lohnsteigerung tendenziell ausgabensteigernd aus. Aufgrund der höheren Löhne, ist der Gesetzgeber gezwungen, die Sozialversicherungsleistungen zu erhöhen, um das Personal noch finanzieren zu können. Damit entstehen höhere Ausgaben. Beitragssatzanpassungen sind somit vorprogrammiert.¹⁴⁷ „Entscheidend ist daher eine Sozialpolitik, die ihre

¹⁴⁴ vgl. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

¹⁴⁵ vgl. <https://www.pflegeversicherung-experten.de/news/items/mehr-geld-fuer-die-pflege-wer-soll-das-finanzieren.html>

¹⁴⁶ vgl. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

¹⁴⁷ vgl. ebd.

Hoffnungen nicht einseitig auf eine bestimmte Entwicklung setzt, sondern die eine Kombination verschiedener Maßnahmen in den Blick nimmt. Nur so lassen sich die Folgen des demografischen Wandels eindämmen.¹⁴⁸

6.2 Fazit mit Ausblick

Am Ende der Bachelorarbeit soll der Themenkomplex „Demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“ nochmals resümiert werden.

In den Sozialversicherungszweigen müssen einige Maßnahmen ergriffen werden, um den demografischen Wandel so klein wie möglich zu halten. Welche das sein könnten, wurden in der Bachelorarbeit umfänglich analysiert. Es kann darauf abgestellt werden, dass das Ziel der Arbeit erreicht wurde.

Nach dem Lesen jeglicher Bücher, Gesetze sowie Internetseiten und dem Schreiben der Bachelorarbeit, hat sich jedoch herausgestellt, dass der demografische Wandel nicht nur Auswirkungen in den Sozialversicherungszweigen mit sich bringt, sondern vor allem auch der Arbeitsmarkt, die Familienpolitik und der Immobilienmarkt betroffen ist.

In der Bundesrepublik wird durch den rasanten Alterungsprozess der Fachkräftemangel in Hinblick auf Gesundheits- und Pflegeberufe sowie auf soziale und pädagogische Tätigkeiten weiter massiv ansteigen. Viele Ärzte und Lehrer stehen kurz vor dem Renteneintrittsalter. An Nachwuchs fehlt es jedoch. Des Weiteren stehen immer mehr Häuser in ländlichen Regionen leer und in attraktiven Universitätsstädten gibt es kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Grund hierfür ist ebenso der demografische Wandel. Wie bereits in der Bachelorarbeit beschrieben, ziehen die wenigen jungen Menschen aus ihrer Heimat wegen Arbeit oder Studium weg und die Dörfer sowie kleineren Städte weisen demzufolge eine immer älter werdende Altersstruktur auf. Ein Beispiel stellt hierfür auch der Freistaat Sachsen dar. Städte, wie Leipzig oder Dresden, werden einwohnerzahlenmäßig immer größer und gewisse ländliche Regionen schrumpfen und werden älter. In naher Zukunft wird dadurch die Wohnungspolitik vor großen Herausforderungen stehen. Die Wohnungsnachfrage in Großstädten steigt, aber Wohnraum wird rar. In dörflichen Gebieten steigt das Wohnungsangebot zwar wiederum stark an, jedoch zieht kein junger Mensch in solche Regionen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Auswirkungen viel umfangreicher sind, als zuvor gedacht. Der demografische Wandel ist längst in allen Bereichen der Politik angekommen. Handlungsbedarfe werden immer deutlicher. Die Bundesrepublik sollte jetzt aktiv werden, um in Zukunft eine bessere demografische Bilanz ziehen zu können.

¹⁴⁸ https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf

Ein erster Schritt wäre die Grundrente, die Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD einführen will. Diese soll beinhalten, dass jeder Rentner, der mindestens 35 Jahre Pflichtbeiträge gezahlt hat sowie Erziehungszeiten aufweist und dennoch immer Geringverdiener war, eine höhere Rente erhalten soll. Indirekt hat das Vorhaben auch wieder einen demografischen Hintergrund. Aufgrund dessen, dass in Deutschland gerade die Gesundheits- und Pflegeberufe schlecht bezahlt werden und meist sogar nur Mindestlohn gezahlt wird, steigt durch die Grundrente der Anreiz an einer solchen Ausbildung wieder an. Die Angst im Alter hilfsbedürftig zu werden, sinkt dadurch. Diese Rentenreform wäre eine erste Maßnahme, um zumindest den Arbeitsmarkt wieder zu stärken. Jedoch weist die Grundrente zum heutigen Stand noch gravierende Mängel auf. Heil will diese zum einen durch Steuermittel finanzieren. Zum anderen ergeben Beispielrechnungen nicht den gewünschten Effekt. Von der Grundrente profitieren vor allem wohlhabende Menschen, die höhere Renten nicht nötig haben. Sie haben meist ein volles Beitragskonto im Gegensatz zu Geringverdienern, denen es deutlich schwerer fällt, diesen Tatbestand zu erfüllen. Dies bedeutet, dass Wohlhabende oft die Einzigen sind, die dadurch ein Plus erhalten, als die, die es eigentlich betreffen soll. Ursache dafür ist Heils Konzept. Die Bedürftigkeit spielt in seinen Vorschlägen keine Rolle. Die Grundrente ist also noch ausbaufähig.¹⁴⁹ Für die Sozialversicherungssysteme ist die Grundrente sicher keine Lösung beziehungsweise entlastet sie die Sozialversicherungen eher weniger. Jedoch zeigt dieser Gesetzesentwurf, dass der demografische Wandel in allen Politikbereichen angekommen ist und er dadurch überall Veränderungen erzwingt. Es reicht zukünftig somit nicht aus, sich nur auf bestimmte Themenfelder zu konzentrieren.

¹⁴⁹ vgl. <https://www.derwesten.de/politik/grundrente-beduerftige-rente-einkommen-id216376137.html>

Literaturverzeichnis

- Becker, Ulrich/Kingreen, Thorsten*: Sozialgesetzbuch mit Sozialgerichtsgesetz. Textausgabe mit ausführlichem Sachverzeichnis. Einführung, 47., neu bearbeitete Aufl., München: Verlag C.H.Beck und dtv Verlag, 2018
- Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.)*: Unsere Sozialversicherung. Wissenswertes speziell für junge Leute, 46., überarbeitete. Aufl., Berlin: 2018
- Fasshauer, Stephan*: Die Folgen des demographischen Wandels für die gesetzliche Rentenversicherung, in: Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, herausgegeben von: Kerschbaumer, Judith/Schroeder, Wolfgang, 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- Jacobs, Klaus/Dräther, Hendrik*: Demographischer Wandel und Gesetzliche Krankenversicherung, in: Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, herausgegeben von: Kerschbaumer, Judith/Schroeder, Wolfgang, 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- Kallus, K. Wolfgang*: Erstellung von Fragbogen, 2., aktualisierte und überarbeitete Aufl., Wien: Facultas Verlag- und Buchhandel, 2016
- Kernig, Claus D.*: Und mehret euch?. Deutschland und die Weltbevölkerung im 21. Jahrhundert, 2., überarbeitete. Aufl., Bonn: Verlag J.H.W. Dietz, 2006
- Kersten, Jens/Neu, Claudia/Vogel, Bertholt*: Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates, Bonn: Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 2012
- Micheel, Frank*: Die demographische Entwicklung in Deutschland und ihre Implikationen für Wirtschaft und Soziales, in: Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, herausgegeben von: Kerschbaumer, Judith/Schroeder, Wolfgang, 1. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
- Walla, Wolfgang/Eggen, Bernd/Lipinski, Heike*: Der demographische Wandel. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 2006

Internetverzeichnis

Die nachfolgenden Internetquellen befinden sich zusätzlich in Form von Screenshots in den Anlagen.

Bäcker, Gerhard/Kistler, Ernst: Bestimmungsfaktoren und Folgen des demografischen Wandels. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels>, gef. am 22.01.2019

Beske, F./Rüggeberg, J.A.: Solidarische Krankenversicherung und demografischer Wandel: Wie mit begrenzten Finanzen umgehen?. <https://www.bdc.de/solidarische-krankenversicherung-und-demografischer-wandel-wie-mit-begrenzten-finanzen-umgehen/>, gef. am 31.01.2019

Birg, Herwig: Soziale Auswirkungen der demografischen Entwicklung. <http://www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all>, gef. am 15.01.2019

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: Demografie. <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/demografie/demografie-node.html>, gef. am 16.01.2019

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Jedes Alter zählt. „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf;jsessionid=A1D05A0B076493961A98AACA8F11AD95.1_cid373?__blob=publicationFile&v=4, gef. am 30.01.2019

Bundeszentrale für politische Bildung: Demografie/demografisch. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demografie-demografisch>, gef. am 16.01.2019

Bundeszentrale für politische Bildung: Das deutsche Sozialversicherungssystem. <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40478/sozialversicherungssystem>, gef. am 29.01.2019

Butterwegge, Christoph: „Man reduziert soziale Probleme auf demografische“. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/270893/christoph-butterwegge-man-reduziert-soziale-probleme-auf-demografische>, gef. am 09.02.2019

- Carstens, Olaf/Herbst, Joachim*: Bevölkerungsentwicklung und globale Migration. <https://www.lernhelfer.de/schuelerlexikon/politikwirtschaft/artikel/bevoelkerungsentwicklung-und-globale-migration>, gef. am 09.02.2019
- Göpfert, Helmut*: Beitragssatz Pflegeversicherung 2019. <https://sozialversicherung-kompetent.de/pflegeversicherung/versicherungsrecht/866-beitragssatz-pflegeversicherung-2019.html>, gef. am 02.02.2019
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.*: Demografie in Deutschland. <https://www.deutschlandinzahlen.de/tab/deutschland/demografie>, gef. am 16.01.2019
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.*: Perspektive 2035. Wirtschaftspolitik für den demografischen Übergang. <https://www.iwkoeln.de/presse/presseveranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-perspektive-2035-wirtschaftspolitik-fuer-den-demografischen-uebergang-347499.html>, gef. am 30.01.2019
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (Hrsg.)*: Perspektive 2035. Wirtschaftspolitik für Wachstum und Wohlstand in der alternden Gesellschaft. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf, gef. am 31.01.2019
- Riemenschneider, Rainer/Kohser-Spohn, Christiane*: Demographische Umbrüche in Deutschland seit 1960. <http://www.deuframat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html>, gef. am 22.01.2019
- Sächsische Staatskanzlei*: Daten und Fakten. Der Begriff Demografie. <http://www.demografie.sachsen.de/daten-und-fakten-4002.html>, gef. am 16.01.2019
- Sächsische Staatskanzlei*: Entwicklungstrends. <http://www.demografie.sachsen.de/entwicklungstrends-4049.html#a-5246>, gef. am 28.01.2019
- Sächsische Staatskanzlei*: Gesundheit und Pflege. <http://www.demografie.sachsen.de/gesundheit-und-pflege-5152.html>, gef. am 03.02.2019
- Schmid, Josef*: Probleme und Zukunftsperspektiven des Sozialstaates. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138845/probleme-und-zukunftsperspektiven-des-sozialstaates?p=all>, gef. am 30.01.2019

- Schmid, Susanne/Schmid, Josef/Schmidt, Katrin*: Bevölkerungspyramide. Ausführliche Definition. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bevoelkerungspyramide-31262>, gef. 16.01.2019
- Schneider, Norbert F.*: Zahlen und Fakten. Anzahl der Pflegebedürftigen steigt vor allem bei den Hochbetagten. http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Pflegebeduerftige_Anzahl.html, gef. am 02.02.2019
- Statista*: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland nach Geschlecht in den Jahren von 1950 bis 2060 (in Jahren). <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/273406/umfrage/entwicklung-der-lebenserwartung-bei-geburt--in-deutschland-nach-geschlecht/>, gef. am 21.01.2019
- Statistisches Bundesamt (Destatis)*: Bevölkerung. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html>, gef. am 15.01.2019
- Statistisches Bundesamt (Destatis)*: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2019&g>, gef. am 21.01.2019
- Statistisches Bundesamt (Destatis)*: Aktualisierung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 2015. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/AktualisierungBevoelkerungsvorausberechnung.html>, gef. am 24.01.2019
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.)*: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/Bevoelkerung-Deutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile, gef. am 24.01.2019
- Statistisches Bundesamt*: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern. <https://service.destatis.de/laenderpyramiden/>, gef. am 28.01.2019
- Statistisches Bundesamt/Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen*: Bevölkerungspyramiden. <https://www.statistik.sachsen.de/Pyramide/fssa.html>, gef. am 21.01.2019

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030. https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf, gef. am 28.01.2019

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): Datenblatt. 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030. https://www.statistik.sachsen.de/download/080_RegBevPrognose_RegEinheiten-PDF/PROG_L_Sachsen_14.pdf, gef. am 28.01.2019

Thurm, Stephan/Wüller, Michael: Unfaire Grundrente: Ärztepaar erhält Höchstsatz, Pfleger gehen leer aus!. <https://www.derwesten.de/politik/grundrente-beduerftige-rente-einkommen-id216376137.html>, gef. am 09.02.2019

Tiesbohlenkamp, Werner: Bevölkerungspyramide. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>, gef. 17.01.2019

Von der Heide, Dirk: Wichtige Eckzahlen. Statistische Zahlen kurz zusammengefasst. https://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Navigation/6_Wir_ueber_uns/02_Fakten_und_Zahlen/03_statistiken/wichtige_eckzahlen_node.html, gef. am 09.02.2019

Waizmann, Maximilian: Mehr Geld für die Pflege – doch wer soll das finanzieren?. <https://www.pflegeversicherung-experten.de/news/items/mehr-geld-fuer-die-pflege-wer-soll-das-finanzieren.html>, gef. am 02.02.2019

Weller, Dirk Oliver: Expertenbefragung. https://lehrerfortbildung-bw.de/st_kompetenzen/weiteres/projekt/projektkompetenz/methoden_a_z/expertenbefragung.htm, gef. am 04.02.2019

Gesetzesverzeichnis

5. Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477), zuletzt geänd. durch Art. 4 BetriebsrentenstärkungsG v. 17.8.2017 (BGBl. I S. 3214) (FNA 860-5)

6. Sozialgesetzbuch (SGB) Sechstes Buch (VI) – Gesetzliche Rentenversicherung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, ber. S. 1404, 3384), zuletzt geänd. durch § 1 Abs. 3, §§ 3 und 5 Sozialversicherungs-RechengrößenVO 2018 v. 16.11.2017 (BGBl. I S. 3778) (FNA 860-6)

11. Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) – Soziale Pflegeversicherung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014), zuletzt geänd. durch Art. 9 G zur Fortschreibung der Vorschriften für Blut- und Gewerbezubereitungen und zur Änd. anderer Vorschriften v. 18.7.2017 (BGBl. I S. 2757) (FNA 860-11)

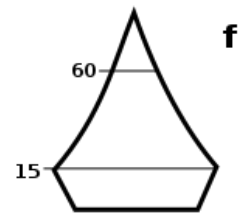
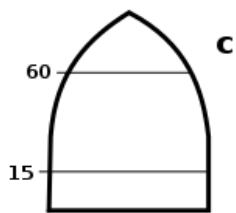
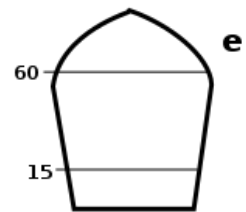
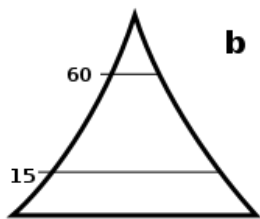
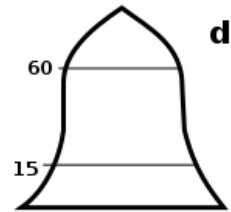
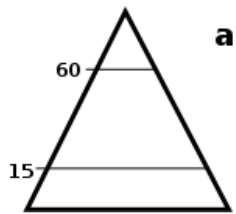
Anlagen

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Pyramidenformen.....	XII
Anlage 2: E-Mail an Experten (Parteien und Sozialversicherungsträger)	XIII
Anlage 3: Antwort – DRV-MD	XIV
Anlage 4: Expertenbefragung Antwortblatt – AOK Plus.....	XV
Anlage 5: Expertenbefragung Antwortblatt – CDU	XVIII
Anlage 6: Expertenbefragung Antwortblatt – FDP	XXI
Anlage 7: Expertenbefragung Antwortblatt – SPD.....	XXV
Anlage 8: Internetquelle 1	XXVIII
Anlage 9: Internetquelle 2	XXX
Anlage 10: Internetquelle 3	XXXII
Anlage 11: Internetquelle 4	XXXIV
Anlage 12: Internetquelle 5	XXXV
Anlage 13: Internetquelle 6	XXXVII
Anlage 14: Internetquelle 7	XXXVIII
Anlage 15: Internetquelle 8	XXXIX
Anlage 16: Internetquelle 9	XL
Anlage 17: Internetquelle 10	XLI
Anlage 18: Internetquelle 11	XLII
Anlage 19: Internetquelle 12	XLIII
Anlage 20: Internetquelle 13	XLIV
Anlage 21: Internetquelle 14	LI
Anlage 22: Internetquelle 15	LII
Anlage 23: Internetquelle 16	LIII
Anlage 24: Internetquelle 17	LIV
Anlage 25: Internetquelle 18	LV
Anlage 26: Internetquelle 19	LVI
Anlage 27: Internetquelle 20	LVII
Anlage 28: Internetquelle 21	LVIII
Anlage 29: Internetquelle 22	LIX
Anlage 30: Internetquelle 23	LX
Anlage 31: Internetquelle 24	LXI
Anlage 32: Internetquelle 25	LXII
Anlage 33: Internetquelle 26	LXXI
Anlage 34: Internetquelle 27	LXXII
Anlage 35: Internetquelle 28	LXXIII
Anlage 36: Internetquelle 29	LXXVII
Anlage 37: Internetquelle 30	LXXVIII
Anlage 38: Internetquelle 31	LXXX
Anlage 39: Internetquelle 32	LXXXII
Anlage 40: Internetquelle 33	LXXXIII
Anlage 41: Internetquelle 34	LXXXIV

Anlage 1: Pyramidenformen

Tiesbohnenkamp, Werner. Bevölkerungspyramide. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>, gef. 17.01.2019



Anlage 2: E-Mail an Experten (Parteien und Sozialversicherungsträger)




Wichtiges Anliegen zu Bachelorarbeit - Ich brauche Ihre Hilfe

21.11.2018 09:37

Von

An

1 Anhang - 131,9 KB

 Expertenbefragung Bachelorarbeit.docx

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des 5. Semesters im Bachelorstudiengang Sozialverwaltung und Sozialversicherung fertige ich, Mareike Erazim, Studentin der Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum, eine Bachelorarbeit zum Thema „Die demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“ an.

Es soll untersucht werden, wie sich der Freistaat Sachsen seit 1960 demografisch entwickelt hat und ob im Freistaat Sachsen ein ähnlicher Wandel wie in der Bundesrepublik vorliegt. Des Weiteren untersuche ich, wie sich der derzeitige demografische Stand auf die Sozialversicherungssysteme auswirken könnte. Dies wird u.a. auf der Grundlage statistischer Daten zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen sowie der Bundesrepublik und der heutigen Situation der Sozialversicherungssysteme analysiert.

Ein Teil der Bachelorarbeit umfasst eine Expertenbefragung zu diesem Thema. Ich bitte Sie dahingehend um Ihre Hilfe. Im Anhang der E-Mail ist ein kurzer Fragebogen. Die Beantwortung der Fragen wird nur ca. 10 Minuten in Anspruch nehmen. Es werden Ihnen Fragen gestellt, wie Sie als Partei die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen sehen, welche Probleme/Auswirkungen des demografischen Wandels sich auf die Sozialversicherungen (insb. Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) ergeben und was Sie für mögliche Lösungsansätze zu diesem Thema haben.

Auf Ihren Antworten kann ich aufbauen und die Thematik bestmöglich analysieren.

Falls Sie einverstanden sind, mir die Fragen zu beantworten, freue ich mich über eine baldige Antwort (spätestens bis zum 13.12.2018) von Ihnen. Ihr Parteiprogramm sowie Broschüren liegen mir bereits vor, weshalb ich Sie bitte, nur den Fragebogen auszufüllen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung und ich verbleibe

Mit freundlichen Grüßen

Mareike Erazim

Anlage 3: Antwort – DRV-MD

Druckansicht - Microsoft Edge

Deutsche Telekom AG [DE] <https://email.t-online.de/em/bin/service.mailbox/printmessage?fid=INBOX.Bachelorarbeit&mid=13715814882210&printContacts=true>

Expertenberatung Bachelorarbeit.docx

Sehr geehrte Frau Erazim,

vielen Dank für Ihre Anfrage zu der m.E. sehr interessanten Bachelorarbeit.

Leider können wir Ihnen aber hier nicht weiterhelfen und Ihren Fragebogen nicht beantworten.

Sie fragen ausschließlich nach Sachverhalten, die in der Zukunft liegen. Wir als Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung haben nicht die Aufgabe, uns mit Prognosen oder künftigen Entwicklungen der Renten oder der Bevölkerung etc. zu beschäftigen. Insofern gibt es in unserem Haus auch keine Abteilungen bzw. Experten, die sich fundiert mit dieser Thematik auseinandersetzen. Dennoch erhalten wir natürlich auch häufig von Journalisten ähnliche Anfragen nach Prognosen etc. Auch diese beantworten wir generell nicht, da wir uns hier stets nur auf seriöse fundierte Daten stützen wollen und nicht in die Zukunft spekulieren. Bitte haben Sie hierfür Verständnis.

Wenn Sie zur Thematik aus der gesetzlichen Rentenversicherung heraus Informationen oder ggf. Meinungen haben wollen, könnten sie es gegebenenfalls einmal beim Forschungsnetzwerk Alterssicherung der DRV versuchen. https://www.fna-rv.de/subsites/FNA/de/Navigation/00_Home/Startseite_node.html
Hier gibt es eine Kontaktmöglichkeit und auf den Internetseiten auch diverse Statistiken und Verweise.

Wir bitten nochmals um Verständnis und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Bachelorarbeit!

Zur Suche Text hier eingeben

15:52
05.02.2019

Anlage 4: Expertenbefragung Antwortblatt – AOK Plus

HOCHSCHULE MEISSEN (FH)
UND FORTBILDUNGSZENTRUM



Expertenbefragung

Expertenbefragung in Form eines Fragebogens zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass sie sich für die Expertenbefragung zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“ Zeit nehmen.

Ihre Meinung dient dem Vergleich anhand unterschiedlicher Parteien sowie Sozialversicherungsträger und der besseren Analyse des Bachelorarbeitsthemas.

Die Bearbeitung wird ca. 10 Minuten in Anspruch nehmen. Der komplette Fragebogen ist mit Freitext-Fragen versehen. Es ist also Ihre Meinung gefragt. Bitte lassen Sie keine Frage unbeantwortet. Insofern der vorgegebene Platz zur Beantwortung nicht ausreicht, bitte ich Sie, dies auf dem Extra Blatt¹ zu versehen.

Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Teil 1 - Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen

1.) Wie sehen Sie die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2050?

Die Bevölkerungsentwicklung wird von der AOK PLUS auf Grundlage der Berechnungen der Statistischen Landesämter in Sachsen und Thüringen verfolgt. Eigene langfristige Vorausberechnungen werden von uns nicht vorgenommen. Deswegen schließen wir uns der Annahme des Statistischen Landesamtes Sachsen an, dass bis 2050 im Freistaat weniger Menschen leben als heute und es eine zunehmende Verlagerung der Lebensmittelpunkte in die urbanen Zentren geben wird.

Der demografische Wandel bedeutet eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die AOK PLUS möchte ihren Teil dazu beitragen, dass die bisherige gute medizinische Versorgung im ländlichen Raum aufrechterhalten wird. Deswegen setzen wir uns für innovative neue Versorgungskonzepte ein und werden unser großes bestehendes Filialnetz vor Ort erhalten.

Teil 2 - Auswirkungen/Probleme der demografischen Entwicklung

1.) Sehen Sie bereits Auswirkungen/Probleme im Bereich der Sozialversicherungen in der Bundesrepublik (insb. in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) aufgrund der demografischen Entwicklung? Wenn ja, welche?

Für die gesamte Bundesrepublik Deutschland kann die AOK PLUS keine Einschätzung abgeben, da wir als Kranken- und Pflegekasse nur in Sachsen und Thüringen agieren. Als die Pflegeversicherung vor über 20 Jahren eingeführt wurde, hat der Gesetzgeber sie damals bewusst als Teilleistungsversicherung konzipiert. Die Gesellschaft hat sich in ihrer Struktur aber in den vergangenen Jahren maßgeblich verändert und sowohl die Politik, als auch die Beteiligten in

¹ siehe letzte Seite



der Pflege machen sich Gedanken, wie die Pflegeversicherung zukunftsfit ausgestaltet werden kann. Viele Bürger haben verstärkt den Eindruck, dass sie immer weniger „für ihr Geld bekommen“ und die Ressourcen in der Pflege knapper werden. Dabei sind die Leistungsausgaben in weniger als zehn Jahren von 20 auf 35 Milliarden Euro in Deutschland gewachsen. Diese Entwicklung belastet sowohl die Portmonees der Menschen, als auch zunehmend die Sozialkassen der Kommunen. Dass es nun eine politische und gesamtgesellschaftliche Grundsatzdebatte darüber gibt, was die pflegerische Versorgung leisten kann und soll, wie diese finanziert wird und wie hoch der finanzielle Eigenanteil der Bürger ist, begrüßen wir. Die AOK PLUS als Pflegekasse ist genauso wie alle anderen Akteure im Gesundheitswesen daran interessiert, die Strukturen in der Pflege zukunftsfit zu gestalten. An konstruktiven Lösungen im Sinne der Versicherten arbeiten wir gern mit und setzen diese dann gemeinsam mit den Partnern in der Pflege um.

Im Bereich der Krankenversicherung besteht aufgrund der derzeit sehr guten Arbeitsmarktsituation kein akuter Handlungsbedarf. Allerdings sollte dieser Umstand dringend dafür genutzt werden, um nötige Reformvorhaben für eine weiterhin gute medizinische Versorgung für alle Versicherten jetzt anzustoßen. Dazu zählt für die AOK PLUS u.a. ein größerer Gestaltungsspielraum für die regionale Versorgung und ein Ausbau der telemedizinischen Möglichkeiten.

- 2.) Insofern im Freistaat Sachsen ein ähnlicher demografischer Wandel wie in der Bundesrepublik vorliegt, welche Auswirkungen können konkret im Freistaat Sachsen in Hinblick auf die Sozialversicherungen auftreten?

Im Zusammenhang mit der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands erwartet die AOK PLUS einen ähnlichen Verlauf des demografischen Wandels in Sachsen wie in allen anderen Bundesländern. Begründet durch die Abwanderung der letzten Jahre, vor allem aus den ländlichen Gebieten, ist aber eine schnellere Sichtbarkeit der Probleme hier bei uns im Freistaat zu erwarten.

Im Hinblick auf die Kranken- und Pflegeversicherung steht mittel- und langfristige vor allem die weiterhin gute medizinische Versorgung im Fokus. Ein Beispiel für eine Herausforderung wird sein, die längeren Anfahrtswege im ländlichen Raum zu Haus- und insbesondere Fachärzten gegenüber städtischen Zentren mittels neuer Versorgungsformen auszugleichen. Auch muss die Krankenhausplanung im Freistaat Sachsen weiterhin darauf ausgerichtet werden, dass die Kliniken wirtschaftlich und im Sinne der Patienten weiterentwickelt werden. Die AOK PLUS setzt sich dafür ein, dass es zu einer vermehrten Zentrenbildung und Profilschärfung von Krankenhäusern kommt. Außerdem muss das Angebot an ambulanten Gesundheitszentren (MVZs oder ähnliche Angebote) sinnvoll und unter regionalen Gesichtspunkten ausgebaut werden.

Teil 3 - Lösungsvorschläge

Die Befragung ist beinahe zu Ende. Danke, dass Sie sich bis hierher Zeit genommen haben.

- 1.) Wie kann man Ihrer Meinung nach, die zukünftigen Probleme/Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme lösen?

Die medizinische Versorgung muss vor Ort geplant und mit den jeweiligen regionalen Akteuren durchgeführt werden. Dazu bedarf es bundeseinheitlichen Standards, besonders im Bereich der Versorgungsqualität für die Patienten, aber mehr regionale Freiheiten und Gestaltungsräume für Krankenkassen und Leistungserbringer wie Ärzte und Apotheker. Zudem müssen



Expertenbefragung

dringend die telemedizinischen Möglichkeiten ausgebaut und in der Nutzung für Ärzte und Patienten optimiert werden.

Wir begrüßen, dass es derzeit eine Debatte über die Finanzierungssystematik, insbesondere in der Pflegeversicherung, gibt. Der demografische Wandel und der medizinische Fortschritt werden dazu führen, dass immer mehr Menschen immer älter werden. Um ein würdevolles Altern zu ermöglichen und gesamtgesellschaftlich finanzieren zu können, sollte auch darüber nachgedacht werden, auf weitere Einkommensarten Sozialbeiträge zu erheben.

Im Bereich der Qualitätsstandards müssen mehr Kontrollen im Gesundheitswesen und bei Fehlverhalten schärfere Konsequenzen erfolgen. Dies dient nicht nur der Patientensicherheit, sondern fördert auch einen wirtschaftlicheren Umgang mit den begrenzten Ressourcen.

Zuletzt ist die Dualität von zwei vollwertigen Krankenversicherungen, der gesetzlichen und der privaten, zu überdenken. Aus Sicht der AOK PLUS sollte schnellstmöglich eine echte Wahlfreiheit für alle Berufsgruppen zwischen beiden Systemen hergestellt werden. Längerfristig ist die Aufgabenteilung für eine grundsätzliche Versicherung aller Bürger in der gesetzlichen Krankenversicherung und eine weitere optionale Absicherung über private Zusatzversicherungen denkbar.

Die Befragung ist jetzt zu Ende!
Vielen Dank für Ihre Mühe!

Um eine zweckgemäße Auswertung zu gewährleisten, speichern Sie das Dokument ab und senden Sie den ausgefüllten Bogen bitte

per Post an folgende Adresse:



an folgende E-Mail-Adresse:



oder

- Vielen Dank -

Anlage 5: Expertenbefragung Antwortblatt – CDU

HOCHSCHULE MEISSEN (FH)
UND FORTBILDUNGSZENTRUM



Freistaat
SACHSEN

Expertenbefragung

Expertenbefragung in Form eines Fragebogens zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass sie sich für die Expertenbefragung zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“ Zeit nehmen.

Ihre Meinung dient dem Vergleich anhand unterschiedlicher Parteien sowie Sozialversicherungsträger und der besseren Analyse des Bachelorarbeitsthemas.

Die Bearbeitung wird ca. 10 Minuten in Anspruch nehmen. Der komplette Fragebogen ist mit Freitext-Fragen versehen. Es ist also Ihre Meinung gefragt. Bitte lassen Sie keine Frage unbeantwortet. Insofern der vorgegebene Platz zur Beantwortung nicht ausreicht, bitte ich Sie, dies auf dem Extra Blatt¹ zu versehen.

Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Teil 1 - Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen

- 1.) Wie sehen Sie die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2050?

Ausgehend von den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Basis 31.12.2013 ist bis 2050 mit einer weiteren Abnahme der Bevölkerung im Freistaat Sachsen zu rechnen. Offen ist die Frage, inwieweit Aspekte der Zuwanderung für eine Abmilderung der Bevölkerungsentwicklung Sorge tragen. Innerhalb der jeweiligen Alterskohorten kann von einer weiteren Verschiebung in Richtung der älteren Generation ausgegangen werden.

Teil 2 - Auswirkungen/Probleme der demografischen Entwicklung

- 1.) Sehen Sie bereits Auswirkungen/Probleme im Bereich der Sozialversicherungen in der Bundesrepublik (insb. in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) aufgrund der demografischen Entwicklung? Wenn ja, welche?

Aktuell sind Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme nur schwerlich feststellbar, da sich auf der einen Seite aufgrund der konjunkturellen Lage die Einnahmentwicklung eher positiv entwickelt, es auf der anderen Seite aber auch zu einem Anstieg der Leistungen (bspw. in der

¹ siehe letzte Seite



Pflegeversicherung) gekommen ist, was im Ergebnis eine Bewertung schwierig erscheinen lässt.

Lässt man die aktuellen Gegebenheiten außen vor, ist gleichwohl erkennbar, dass der demographische Wandel Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme hat. Mit der Verschiebung der Bevölkerung in Richtung Hochaltrigkeit findet auch eine Verschiebung von Krankheitsspektren hin zu chronischen, mit dieser Altersgruppe assoziierten Krankheitsbildern (Diabetes, Krebs oder Demenz) und damit sich ändernden Anforderungen an die Versorgung statt.

Die Krankenversicherung muss sich hinsichtlich der Versorgung dieser Bevölkerungsgruppen entsprechend aufstellen aber auch die Pflegeversicherung, da es durchaus zu einem Anstieg der Pflegebedürftigkeit durch bspw. Demenz kommen kann. Bei der Rentenversicherung ist mit Einführung der Rente mit 63 und dann mittelfristig mit dem Renteneintritt der „Baby-Boomer-Generation“ mit einem verstärkten Renteneintritt zu rechnen, deren Kosten entsprechend zu tragen sind.

- 2.) Insofern im Freistaat Sachsen ein ähnlicher demografischer Wandel wie in der Bundesrepublik vorliegt, welche Auswirkungen können konkret im Freistaat Sachsen in Hinblick auf die Sozialversicherungen auftreten?

Für den Freistaat Sachsen ist durchaus ein ähnlicher demographischer Wandel wie in der Bundesrepublik festzustellen, aufgrund der Altersstruktur treten die Wirkungen des demographischen Wandels in Sachsen eher in Erscheinung. Die konkreten Auswirkungen können unterschiedlich sein; so werden bspw. Beratungen zum Renteneintritt/Rentenhöhe oder zu Leistungen der Pflegeversicherung verstärkt in Anspruch genommen. Indirekt kann dies ebenso Auswirkungen auf die Einnahmenentwicklung der Ortskrankenkasse im Rahmen des Finanzausgleichs durch den Morbi-RSA haben.

Teil 3 - Lösungsvorschläge

Die Befragung ist beinahe zu Ende. Danke, dass Sie sich bis hierher Zeit genommen haben.

- 1.) Wie kann man Ihrer Meinung nach, die zukünftigen Probleme/Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme lösen?



Aufgrund der Vielschichtigkeit und Komplexität der Thematik muss an dieser Stelle deutlich gemacht werden, dass „simple Lösungen“ nicht angeboten werden können. Aus unserer Sicht erscheint eine grundsätzliche Debatte auf Bundesebene aber auch im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang notwendig, um den Umgang mit den Auswirkungen des demographischen Wandels zu klären.

Im Rahmen dieser Debatten ist dabei u.a. auf ein intergenerationelles Miteinander, die Klärung einer nachhaltigen Finanzierung und das Vermeiden von Angstmacherei hinzuwirken.

Die Befragung ist jetzt zu Ende!
Vielen Dank für Ihre Mühe!

Um eine zweckgemäße Auswertung zu gewährleisten, speichern Sie das Dokument ab und senden Sie den ausgefüllten Bogen bitte

per Post an folgende Adresse:



an folgende E-Mail-Adresse:



oder

- Vielen Dank -

Anlage 6: Expertenbefragung Antwortblatt – FDP

HOCHSCHULE MEISSEN (FH)
UND FORTBILDUNGSZENTRUM



Expertenbefragung

Expertenbefragung in Form eines Fragebogens zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass sie sich für die Expertenbefragung zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“ Zeit nehmen.

Ihre Meinung dient dem Vergleich anhand unterschiedlicher Parteien sowie Sozialversicherungsträger und der besseren Analyse des Bachelorarbeitsthemas.

Die Bearbeitung wird ca. 10 Minuten in Anspruch nehmen. Der komplette Fragebogen ist mit Freitext-Fragen versehen. Es ist also Ihre Meinung gefragt. Bitte lassen Sie keine Frage unbeantwortet. Insofern der vorgegebene Platz zur Beantwortung nicht ausreicht, bitte ich Sie, dies auf dem Extra Blatt¹ zu versehen.

Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Teil 1 - Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen

- 1.) Wie sehen Sie die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2050?

Die Bevölkerungsentwicklung verläuft nicht linear. Prognosen zu ihrem Verlauf können nicht reine Projektionen unter der Prämisse sein, dass alles so bleibt, wie bisher. Vielmehr hängt die Bevölkerungsentwicklung von vielen Faktoren ab. Daher kann von mehreren Modellen ausgegangen werden. Einige der Faktoren davon können durch politisch zu beeinflussende Rahmenbedingungen verändert werden. Hierzu gehört z.B. alles, was die Lebensqualität ausmacht. Auch das auch durch Politik vermittelbare Gefühl der persönlichen Sicherheit und der Verlässlichkeit sozialer Absicherung sind nicht zu vernachlässigen. Insbesondere aber spielen Fragen der Familienförderung eine starke Rolle. Da wir nicht mehr in Zeiten leben, in denen Kinder die beste Versicherung gegen ein unversorgtes Altsein bzw. Alleinsein im Alter waren, Kinder vielmehr heute ein sog. Armutsrisiko darstellen, wird viel davon abhängen, wie Frauen mit Kindern ein Karriereknick erspart bleibt bzw. wie Alleinerziehende bei den finanziellen und erzieherischen Herausforderungen Unterstützung erhalten. Weiter hängt die Bevölkerungsentwicklung auch davon ab, wie sich die Angebote in der Arbeitswelt Sachsens in Zukunft entwickeln. Bleiben wir in wei-

¹ siehe letzte Seite



ten Teilen „Billigheimer“ oder gelingt es, mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung zu generieren? Wenn es bei den bisherigen Rahmenbedingungen verbleibt, wird die Bevölkerungspyramide in Sachsen vermutlich noch schlechter aussehen als im Bundesdurchschnitt, weil keine „Wanderungsgewinne“ Jüngerer und auch kein die Alterung der Bevölkerung mehr als ausgleichender Geburtenzuwachs zu verzeichnen sein werden.

Teil 2 - Auswirkungen/Probleme der demografischen Entwicklung

- 1.) Sehen Sie bereits Auswirkungen/Probleme im Bereich der Sozialversicherungen in der Bundesrepublik (insb. in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) aufgrund der demografischen Entwicklung? Wenn ja, welche?

Die Probleme liegen auf der Hand: Immer weniger Zahlern stehen immer mehr Leistungsempfänger gegenüber. Der „Generationenvertrag“ kann dann immer weniger sozialverträglich erfüllt werden. Die Beitragssätze werden bei unveränderten Systemen nicht hinnehmbare Größen erreichen, sodass ein Systemversagen absehbar ist. Wenn dem nur mit Leistungseinschnitten begegnet wird, versagt das System ebenfalls.



Expertenbefragung

- 2.) Insofern im Freistaat Sachsen ein ähnlicher demografischer Wandel wie in der Bundesrepublik vorliegt, welche Auswirkungen können konkret im Freistaat Sachsen in Hinblick auf die Sozialversicherungen auftreten?

Die Träger der Sozialversicherungen im Freistaat werden dann in häuslicher Schwierigkeiten kommen, sofern nicht durch die gesetzgeberisch geschaffenen Rahmenbedingungen entweder ein Finanzausgleich zwischen den Trägern des jeweiligen Systems vorgesehen wird oder aber diesem Risiko durch z.B. erhöhte bzw. neu eingeführte Bundeszuschüsse entgegengewirkt wird. Die anderen Möglichkeiten, wie das „Drehen an der Beitragsschraube“ oder Leistungseinschnitte, werden wie bereits unter 1. angeführt, als weitere Bedrohung der Sozialversicherungssysteme im Raum stehen.

Teil 3 - Lösungsvorschläge

Die Befragung ist beinahe zu Ende. Danke, dass Sie sich bis hierher Zeit genommen haben.

- 1.) Wie kann man Ihrer Meinung nach, die zukünftigen Probleme/Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme lösen?
Zunächst einmal zu dem, was nicht helfen wird: Die Ausdehnung der Pflichtversicherungen auf Beamte und Selbständige bzw. die Aufhebung der Versicherungspflichtgrenzen. Denn Ersteres bewirkt in der Folge auch einen erweiterten Kreis der Leistungsbezieher und Letzteres kann ohne enteignungsgleiche Wirkung nicht ohne entsprechende Leistungserhöhung durchgesetzt werden, bringt letztlich also auch nichts Nennenswertes. Daher verbleibt nur, die Systeme grundlegend zu erneuern oder gänzlich Neues zu schaffen. M.E. wird es unausweichlich sein, dass der Gesetzgeber



jeweils Grundleistungen festschreibt, die in dem jeweiligen Sozialversicherungszweig angeboten werden und darüber hinaus hierzu den Wettbewerb frei gibt, d.h., dass die bisherigen gesetzlich bestimmten Träger ebenso wie andere nach bestimmten Kriterien zuzulassende Unternehmen diese Grundleistungen ebenso wie darüber hinausgehende Leistungen sozialer Absicherung anbieten können. Hierbei wäre unter Beachtung des Daseinsvorsorgecharakters dieser Leistungen Sorge dafür zu tragen, dass Insolvenzrisiken aufgefangen werden, wie etwa analog dem Einlagensicherungssystem der Banken oder - teilweise- durch staatliche Garantien. Auch wäre daran zu denken, dass die Gewinnmargen privater Anbieter begrenzt würden, um die bestmögliche Verzinsung des dann als Beitrag anzulegenden Geldes zu bewirken, aber ein Anreiz verbliebe, die entsprechenden Absicherungsprodukte anzubieten. Alternativ wäre an Staatsfonds wie in Norwegen oder Schweden zu denken. An einer zumindest teilweise kapitalmarktabhängiger Finanzierung der Sozialversicherungssysteme wird auf lange Sicht nicht vorbeizukommen sein. Ob die Abschöpfung von Unternehmensgewinnen, die aus etwaig durch Einsatz von Robotik/künstlicher Intelligenz beruhendem Personalabbau generiert werden, in dem Umfang des Beitrags, der dem entspricht, den die eingesparten Arbeitnehmer durchschnittlich in die Grundversicherung zahlen würden, sinnvoll wäre, müsste unter Berücksichtigung des bürokratischen Aufwandes und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen geprüft werden. Wesentlicher ist eine auf gut bezahlten Arbeitskräften basierende Wirtschaft.

Alles in allem wird ein intelligenter Mix aus Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Beibehaltung einer sozialverträglichen Sozialversicherung beitragen müssen und deren Zweige müssen mit einem weiteren intelligenten Mix aus Umlagen (Stichwort: "Generationenvertrag"-), (echter) Beitrags- und Steuerfinanzierung in die Lage versetzt werden, wieder bzw. weiterhin attraktive Leistungen zu erbringen.

Vielleicht trägt auch Ihre Arbeit dazu bei, diesen Mix zu finden, viel Erfolg!

Anlage 7: Expertenbefragung Antwortblatt – SPD

HOCHSCHULE MEISSEN (FH)
UND FORTBILDUNGSZENTRUM



Freistaat
SACHSEN

Expertenbefragung

Expertenbefragung in Form eines Fragebogens zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass sie sich für die Expertenbefragung zum Thema „Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen und deren Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme“ Zeit nehmen.

Ihre Meinung dient dem Vergleich anhand unterschiedlicher Parteien sowie Sozialversicherungsträger und der besseren Analyse des Bachelorarbeitsthemas.

Die Bearbeitung wird ca. 10 Minuten in Anspruch nehmen. Der komplette Fragebogen ist mit Freitext-Fragen versehen. Es ist also Ihre Meinung gefragt. Bitte lassen Sie keine Frage unbeantwortet. Insofern der vorgegebene Platz zur Beantwortung nicht ausreicht, bitte ich Sie, dies auf dem Extra Blatt¹ zu versehen.

Ihre Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

Teil 1 - Demografische Entwicklung im Freistaat Sachsen

- 1.) Wie sehen Sie die Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2050?

*Seniore Aussagen sind hierfür nicht möglich.
Entscheidend dafür sind die Fertilität der Frauen,
Binnen- und Außenwanderung.
Je nach wirtschaftlicher Entwicklung kann es unterschiedliche Effekte
geben; aber auch sonstige politische Entscheidungen.
Grundsätzlich wird die Alterung der Bevölkerung schon aufgrund der
medizinischen Fortschritte fortzuschreiten.*

¹ siehe letzte Seite



Teil 2 - Auswirkungen/Probleme der demografischen Entwicklung

- 1.) Sehen Sie bereits Auswirkungen/Probleme im Bereich der Sozialversicherungen in der Bundesrepublik (insb. in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung) aufgrund der demografischen Entwicklung? Wenn ja, welche?

Auf Grund der technischen Entwicklung und Digitalisierung dürfen diese Herausforderungen zu meistern sein.
Ältere Menschen jenseits des 65 sind heute deutlich vitaler als früher.
Wichtig ist die Ausbildung von Fachkräften in den sozialen Bereichen, d.h. auch des Pflege!
Es gilt ein Regel: die alternde Gesellschaft muss die mittelalterliche Gesellschaft tragen; d.h. Kinder, Jugendliche, Alle und Nichtbeschäftigte (die einen Kontrast und Arbeitslosigkeit).

- 2.) Insofern im Freistaat Sachsen ein ähnlicher demografischer Wandel wie in der Bundesrepublik vorliegt, welche Auswirkungen können konkret im Freistaat Sachsen in Hinblick auf die Sozialversicherungen auftreten?

Der Altersprozess im Freistaat Sachsen ist fortgeschrittener als in anderen Bundesländern, es wird also eher langfristig umfassen.
Die Sozialversicherung ist bundesweit geregelt, so dass hier aus meiner Sicht ein höheres Niveau nicht angebracht ist.



Teil 3 - Lösungsvorschläge

Die Befragung ist beinahe zu Ende. Danke, dass Sie sich bis hierher Zeit genommen haben.

- 1.) Wie kann man Ihrer Meinung nach, die zukünftigen Probleme/Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialversicherungssysteme lösen?

→ demographischen Wandel ist sicherlich vorhanden,
ihn kann man durch nicht mittelfristig umkehren

→ Starke Renten müssen mehr tragen als schwache Renten,
d.h. die Pflanz etc. muss auch (künftig) progressiv gestaltet werden

→ im Durchschnitt benötigt ungefährlichen Rente, die
Rente für sich sind extra gesichert, daher sollte auch
die Vermögensbildung unterstützt werden, damit das Staat
notfalls aus dem Bereich der Sozialversicherung
stärken kann

Die Befragung ist jetzt zu Ende!
Vielen Dank für Ihre Mühe!

Um eine zweckgemäße Auswertung zu gewährleisten, speichern Sie das Dokument ab
und senden Sie den ausgefüllten Bogen bitte

per Post an folgende Adresse:

an folgende E-Mail-Adresse:

oder

Anlage 8: Internetquelle 1

Bäcker, Gerhard/Kistler, Ernst. Bestimmungsfaktoren und Folgen des demografischen Wandels. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels>, gef. am 22.01.2019

www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels

Allerdings: Langfristige Vorausberechnungen über 30 oder gar 50 und mehr Jahre sind aber ebenfalls höchst unsicher: Letztlich stellen sie immer nur ein mechanistisches Fortschreiben von Trends der Vergangenheit (sog. Stützzeitraum) unter bestimmten Annahmen dar.

Über die Entwicklungen der Vergangenheit gibt es Daten aus vielen Quellen. Spannend ist die Frage, wie sich die Bevölkerung insgesamt und einzelne Gruppen in Zukunft entwickeln werden und welche Prozesse dahinter stehen. Diese Fragen werden heute mit umfangreichen Modellrechnungen angegangen, wobei die Zahl der notwendigen Annahmen und die Einigung auf die Entwicklungstrends einzelner Größen (z.B. Lebenserwartung oder Geburtenrate) von großer Bedeutung für die Ergebnisse sind. In Deutschland werden daher amtliche Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt. Deren Vorgehen, Annahmen und Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt publiziert. Im kurzfristigen Zeithorizont kann man von Prognosen sprechen. Alle langfristigen Modellrechnungen sollten jedoch immer als solche auch bezeichnet und in ihren Annahmen und Vorgehensweisen transparent gemacht werden.

Alle Ergebnisse sind also als "Wenn – dann – Aussagen" zu interpretieren. Die amtliche Statistik arbeitet in Deutschland mit den so genannten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen (kBvb); aktuell ist die 13. kBvb [1]. Insgesamt enthält die 13. kBvb acht verschiedene Varianten und drei Modellrechnungen. Solche

Die Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

In diesem Film erfahren Sie, wie Sie sich auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung zurecht finden. Alle Inhalte des Films sind in Deutscher Gebärdensprache (DGS) übersetzt.

> Jetzt ansehen

Dossier

Arbeitsmarktpolitik

www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels

Geburten, Lebenserwartung, Wanderung

Geburten

Die zusammengefasste Geburtenziffer liegt in Deutschland aktuell bei etwa 1,47 [2] Kindern je Frau im gebärfähigen Alter. Das ist gegenüber 2006 (1,33) zweifellos ein Anstieg, aber nur ein schwacher – und: Wie stabil dieser Anstieg sein wird, ist ungewiss. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Geburtenhäufigkeit in den alten Bundesländern seit Mitte der 70er Jahre relativ stabil ist (nach einem deutlichen Rückgang in der zweiten Hälfte der 60er Jahre). Währenddessen war sie in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung drastisch rückläufig, hat sich aber langsam erholt und auf das westdeutsche Niveau eingependelt (vgl. "Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland 1901-2014").

Der Eindruck, dass der Rückgang der Geburtenziffer erst seit Mitte der 1960er Jahre eingesetzt hat, täuscht aber. Auch hat der Rückgang der Geburten in den 1960er Jahren nicht nur mit der Freigabe der Pille zu tun, sondern auch mit dem Ende des Wirtschaftswunders durch die (kleine) Krise zur Mitte dieses Jahrzehnts. Die übliche Rede vom

Dossier

Gesundheitspolitik

Dossier über die Grundlagen, Strukturen und Akteure der Gesundheitspolitik, der Gesundheitsversorgung und der Pflegeversicherung.

> Mehr lesen

Die Netzdebatte


Staat & Gesellschaft | 13. koordinierte Be | BevoelkerungDeut | BevoelkerungBund | Die demografische | Bestimmungsf. | Deutsch-Französis

www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels

Lebenserwartung

Für die demografische Betrachtung der Lebenserwartung bzw. Sterblichkeit sind von Bedeutung sowohl


- die durchschnittliche Lebenserwartung (bezogen auf ein neugeborenes Kind) als auch
- die fernere Lebenserwartung (durchschnittliche Restlebenserwartung von Personen, die ein bestimmtes Alter bereits erreicht haben).



Lebenserwartung von Neugeborenen 1901/1910 – 2010/2012 (© Grafik zum Download 56 KB) (© bpb)

Für die sozialpolitische Betrachtung ist natürlich die gruppenspezifische Differenzierung der Lebenserwartung zusätzlich von größter Bedeutung.

Die steigende durchschnittliche Lebenserwartung hat wesentlichen Einfluss auf die Einwohnerzahl. Die niedrige Geburtenhäufigkeit wird teilweise kompensiert. Die fernere Lebenserwartung informiert über die im Durchschnitt noch übrig bleibenden Lebensjahre. Die Summe aus erreichtem Alter und fernerer Lebenserwartung steigt mit zunehmendem Alter, da die Risiken, früh zu sterben, überwunden sind. Die wichtigste Maßgröße ist hier die fernere



Demografischer Wandel

Zu- und Auswanderung, Geburtenrate, Sterblichkeit - die sind die drei zentralen Faktoren für die demografische Entwicklung. Der demografische Wandel wird unsere Gesellschaft spürbar verändern - ob auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, im Bereich der Sozialversicherungen, der Arbeitswelt, der Infrastruktur oder der Familienpolitik. Das Dossier beleuchtet die wichtigsten Bereiche und skizziert den Stand der Debatte.

[> Mehr lesen](#)


Zur Suche Text hier eingeben

15:57 22.01.2019

Staat & Gesellschaft | 13. koordinierte Be | BevoelkerungDeut | BevoelkerungBund | Die demografische | Bestimmungsf. | Deutsch-Französis

www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/223327/folgen-des-demografischer-wandels

Wanderungsbewegung



Nettozuwanderung nach Deutschland 2000 – 2015 (© Grafik zum Download 49 KB) (© bpb)

Die zu erwartenden Veränderungen im Umfang und in der Altersstruktur der Bevölkerung hängen sehr stark von der Nettozuwanderung (Zuwanderung nach Deutschland abzüglich von Ab- bzw. Rückwanderungen) ab. In der Vergangenheit haben die Zuwanderungen die jährlichen Geburtendefizite (Saldo von Sterbefällen und Geburten) mehr als ausgeglichen, so dass die Einwohnerzahl in Gesamtdeutschland von 78 Mio. (1970) auf etwa 82,3 Mio. (2000) gestiegen ist. Zwischen 2000 und 2010 verändert sich die Bevölkerungszahl nur wenig, sie weist aber ab 2010 – vor allem aufgrund der hohen Zuwanderung – wieder deutlich nach oben.

Die zukünftige Einschätzung der Nettozuwanderung erweist sich als besonders schwierig. Der Trend der Zuwanderung wird nämlich durch die politischen Entwicklungen in der Welt, aber auch durch die wirtschaftlichen, arbeitsmarktlichen und sozialen Rahmenbedingungen in Deutschland bestimmt. Die empirischen Befunde zeigen, dass die Nettozuwanderung in Zeiten eines eklatanten Arbeitsmarktgleichgewichts mit hoher Arbeitslosigkeit und schwacher

Zur Suche Text hier eingeben

15:57 22.01.2019

Anlage 9: Internetquelle 2

Beske, F./Rüggeberg, J.A.: Solidarische Krankenversicherung und demografischer Wandel: Wie mit begrenzten Finanzen umgehen?. <https://www.bdc.de/solidarische-krankenversicherung-und-demografischer-wandel-wie-mit-begrenzten-finanzen-umgehen/>, gef. am 31.01.2019

The screenshot shows a web browser window displaying the BDC website. The address bar shows the URL: <https://www.bdc.de/solidarische-krankenversicherung-und-demografischer-wandel-wie-mit-begrenzten-finanzen-umgehen/>. The page header includes navigation links: Startseite, Passion Chirurgie, Presse, BDC|News, and a search bar. The main navigation menu lists: DER BDC, POLITIK, WISSEN, BDC|AKADEMIE, KARRIERE & JOBS, LEISTUNGEN. A secondary menu includes: Alle Artikel, BMG, Nachwuchs, Ökonomie, Ausschüsse & Kassen, Ethik, Europa, Gesellschaft, Gesundheitspolitik, Ambulante Versorgung, Notfallversorgung, Kammern & Verbände, Patientensicherheit, Pharma- & Medizinprodukte, Reports, E-Health. The article title is "Schuldenbremse festgelegt worden ist." The text begins with "Zwischenbilanz. Die vorstehende Bestandsanalyse zeigt, dass Leistungseinschränkungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung unvermeidbar sind und dass diese Leistungseinschränkungen ein geordnetes Vorgehen erfordern. Methoden der Wahl sind Priorisierung und Rationierung. Wer unverändert jede Diskussion über Leistungseinschränkungen und damit über Priorisierung und Rationierung ablehnt, muss als erstes die Fakten zur Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der GKV aus den vorstehenden Abschnitten widerlegen."

The screenshot shows a web browser window displaying the BDC website. The address bar shows the URL: <https://www.bdc.de/solidarische-krankenversicherung-und-demografischer-wandel-wie-mit-begrenzten-finanzen-umgehen/>. The page header and navigation menus are identical to the previous screenshot. The article title is "Neubestimmung der Aufgaben der GKV." The text begins with "Die Aufgaben der GKV sind in § 1 SGB V so umfassend definiert, dass der GKV praktisch jede Aufgabe der Gesundheitsversorgung im weitesten Sinne übertragen werden kann. Ein solcher Leistungsumfang ist in Zukunft nicht mehr finanzierbar. Aus diesem Grund muss die Aufgabe der GKV neu bestimmt und konkretisiert werden. Die GKV darf nur noch die Aufgabe haben, im Krankheitsfall sicherzustellen, dass die erforderlichen medizinischen Maßnahmen nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft durchgeführt werden können. Die Leistungen im Krankheitsfall können um Schwangerenvorsorge, Leistungen zur Früherkennung von Krankheiten einschließlich Kinderuntersuchungen, aktive Schutzimpfungen und Leistungen zur Verhütung von Zahnerkrankungen ergänzt werden."

Das deu | Wirtsch | Problem | Soziale | IW_Stuc | Soli X | demogr | Beitrags | Mehr G | Gesund | Demogi | Pflegeb | + | - | X

← → ↻ 🏠 <https://www.bdc.de/solidarische-krankenversicherung-und-demografischer-wandel-wie-mit-begrenzten-finanzen-umgehen/> 📖 ☆ 🔍 🌐 🗑️ 🗨️ 🎥 📺

Startseite | [Passion Chirurgie](#) | [Presse](#) | [BDC|News](#) | Suchbegriff ...

DER BDC | [POLITIK](#) | [WISSEN](#) | [BDC|AKADEMIE](#) | [KARRIERE & JOBS](#) | [LEISTUNGEN](#)

BDC Berufsverband der Deutschen Chirurgen e.V.

[Alle Artikel](#) | [BMG](#) | [Nachwuchs](#) | [Ökonomie](#) | [Ausschüsse & Kassen](#) | [Ethik](#) | [Europa](#) | [Gesellschaft](#) | [Gesundheitspolitik](#)
[Ambulante Versorgung](#) | [Notfallversorgung](#) | [Kammern & Verbände](#) | [Patientensicherheit](#) | [Pharma- & Medizinprodukte](#) | [Reports](#)
[E-Health](#)

Zuzahlungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Die Begrenzung der Zuzahlung bei *Krankenhausbehandlung* auf 28 Tage sollte aufgehoben werden. Die im internationalen Vergleich in Deutschland hohe Zahl von *Arztkontakten* muss hinsichtlich ihrer Gründe detailliert untersucht werden. Die Praxisgebühr hat ihre angedachte Steuerungsfunktion nicht geleistet und muss durch ein anderes System ersetzt werden mit dem Ziel einer Verringerung der Inanspruchnahme auf das medizinisch Notwendige. Die Zuzahlung bei *Arzneimitteln* soll auf eine prozentuale Beteiligung mit Kappungsgrenze umgestellt werden. Als Grundprinzip in allen Leistungsbereichen sollten *Festbeträge und Festzuschüsse* eingeführt werden. Den Patienten muss die Möglichkeit eingeräumt werden, über eine notwendige Regelversorgung

Zur Suche Text hier eingeben

14:55 09.02.2019

Anlage 10: Internetquelle 3

Birg, Herwig: Soziale Auswirkungen der demografischen Entwicklung.
<http://www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all>, gef. am 15.01.2019

Soziale Auswirkungen d x + v

www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all

KANADA GRO DE POL UKR KASACHSTAN
INFORMATIONEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG NR. 282/2011
USBE
KIS
TAN
A P

Bevölkerungsentwicklung

1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 Auf einer Seite lesen

Print Email Facebook Twitter Google+

23.12.2011 | Von: Herwig Birg v

Soziale Auswirkungen der demografischen Entwicklung

Sinkende Geburtenzahlen beeinträchtigen in Deutschland die Funktionsfähigkeit des bisherigen Sozialversicherungssystems. Dies hat Folgen für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie für die Wirtschaft und die Siedlungsstruktur. Die Zuwanderung ist ein Faktor, der diese Folgen in gewisser Hinsicht beeinflussen kann.

- > Editorial
- > Entwicklung der Weltbevölkerung
- > Ergebnisse international vergleichender Forschung
- > Zur aktuellen Lage der Weltbevölkerung
- > Geschichte der Bevölkerungswissenschaft
- > Soziale Auswirkungen der demografischen Entwicklung
- > Internationale Bevölkerungspolitik
- > Chancen und Perspektiven
- > Glossar: Demografische Begriffe

Zur Suche Text hier eingeben

10:30 15.01.2019

Soziale Auswirkungen d x + v

www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all

Auswirkungen auf die Sozialversicherungssysteme

Die größten Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ergeben sich aus den Verschiebungen der Altersstruktur: Die Zahl der über 60-Jährigen nimmt nach den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes (12. Koordinierte Vorausberechnung) von 2008 bis 2050 um rund sieben bis acht Millionen zu, die Zahl der 20- bis unter 60-Jährigen verringert sich um zwölf bis 15 Millionen, und die der unter 20-Jährigen nimmt um eine bis fünf Millionen ab. Die Zahl der über 60-Jährigen des Jahres 2050 ergibt sich aus der Zahl der 20-Jährigen und Älteren des Jahres 2010. Da sie ja bereits unter uns leben, sind große Prognosefehler unwahrscheinlich. Die Auswirkungen dieser Verschiebungen auf die Renten-, die Kranken- und die Pflegeversicherung lassen sich daher ziemlich zuverlässig vorausberechnen.

Rentenversicherung

In Deutschland bildet die gesetzliche Rentenversicherung die Grundlage für die Versorgung von über 90 Prozent der älteren Menschen im Ruhestand. Sie wurde am Ende des 19. Jahrhunderts mit den Bismarckschen Sozialreformen eingeführt, und zwar ursprünglich mit einer Sicherung der Versorgungsansprüche durch eine Kapitaldeckung.

Zur Suche Text hier eingeben

10:39 15.01.2019

www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all

Für die Reform des Rentensystems stehen verschiedene Handlungsoptionen zur Wahl, die miteinander kombiniert werden können (bzw. müssen, um die Eingriffe in Grenzen zu halten):

- Erhöhung des Beitragsatzes,
- Senkung des Rentenniveaus,
- Erhöhung der Zahl der Beitragszahlenden (zum Beispiel durch eine Anhebung der Geburtenrate, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen, durch eine Senkung der Arbeitslosigkeit, eine Verkürzung der Ausbildungszeiten oder durch die Einwanderung von jungen Erwerbstätigen),
- Verringerung der Zahl der Rentenbezieher durch eine Anhebung des Ruhestandsalters,
- teilweise Finanzierung der Ausgaben der Rentenversicherung aus Steuermitteln.

Da die Dosierung dieser Maßnahmen nicht beliebig gesteigert werden kann, wurde in der letzten Rentenreform beschlossen, das Rentenniveau automatisch im gleichen Ausmaß zu kürzen, in dem die steigende Lebenserwartung den Altenquotient erhöht. Die durch das sinkende Rentenniveau entstehende Versorgungslücke soll mit einer privat finanzierten, kapitalgedeckten Zusatzversorgung geschlossen werden, die vom Staat gefördert wird ("Riester-Rente").

Quellentext

Zur Suche Text hier eingeben

www.bpb.de/izpb/55920/soziale-auswirkungen-der-demografischen-entwicklung?p=all

verbessern – eine eher unrealistische Annahme. [...]

▼ Aufklappen

Der Anstieg des Altenquotienten lässt sich nicht wegreformieren, der damit verbundene Anstieg der Belastungen kann nur auf verschiedene Weise auf die mittlere und ältere Generation verteilt werden. Entlastend wirkt eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens durch den produktivitätssteigernden technischen Fortschritt. Die größte Produktivitätssteigerung kann jedoch den Anstieg des Altenquotienten und den damit verbundenen Anstieg der Belastungen der mittleren Generation nicht vollständig ausgleichen. Als Faustregel gilt: Wenn das Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 durch Produktivitätsfortschritte um 100 Prozent zunimmt, steigt das verfügbare Einkommen wegen der höheren Sozialabgaben nicht ebenfalls um 100 Prozent, sondern wesentlich langsamer.

Quellentext

Erwartungen an den Sozialstaat

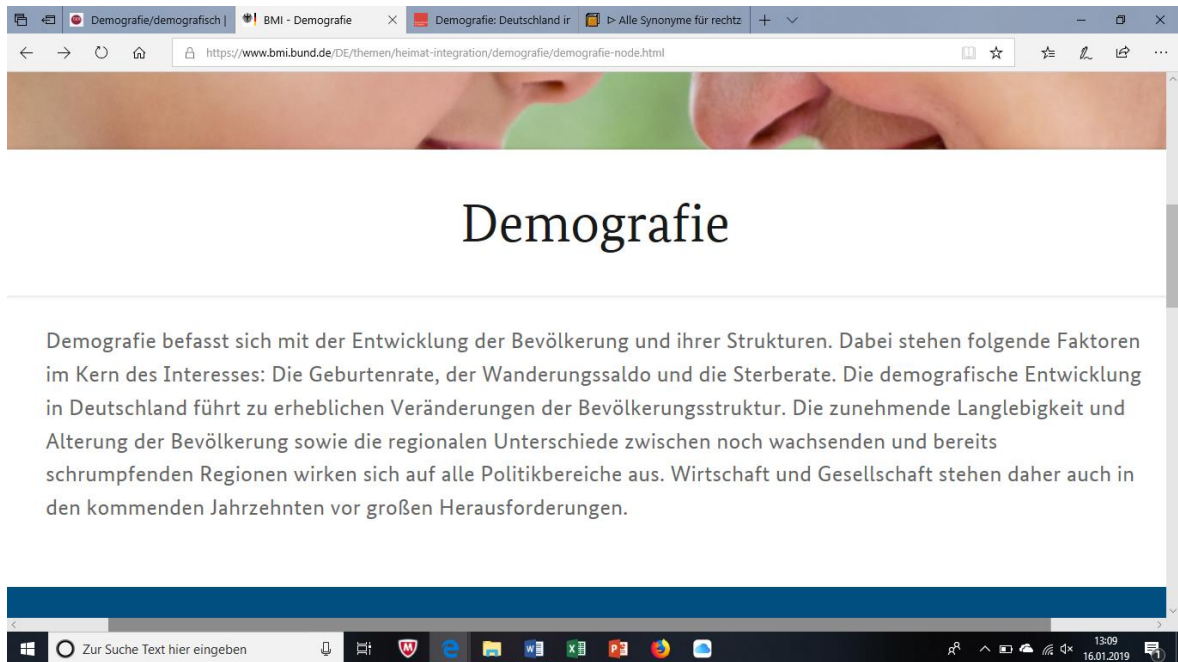
[...] Die langfristige Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme gehört für die überwältigende Mehrheit [der Bevölkerung] zu den vordringlichen Aufgaben der Politik. [...]

▼ Aufklappen

Zur Suche Text hier eingeben

Anlage 11: Internetquelle 4

Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat: Demografie.
<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/demografie/demografie-node.html>, gef. am 16.01.2019



Anlage 12: Internetquelle 5

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Jedes Alter zählt. „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf;jsessionid=A1D05A0B076493961A98AACA8F11AD95.1_cid373?__blob=publicationFile&v=4, gef. am 30.01.2019

The screenshot shows a web browser window with the URL https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf;jsessionid=A1D05A0B076493961A98AACA8F11AD95.1_cid373?__blob=publicationFile&v=4. The browser tabs include 'Das deutsche', 'Soziale Ausw', 'Probleme un', 'Folgen des d', 'demogr', 'Gesundheit t', 'Beitragssatz', 'Wirtschaftsp', 'IW_Studie_Pt', and 'Solidarische'. The page content is a table with three rows:

RV-Leistungsverbesserungsgesetz	Vorübergehende Ausweitung der Altersrente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“), Verbesserungen für Erwerbsminderungsrenten (Verlängerung der Zurechnungszeit um zwei Jahre und Günstigerprüfung), Erhöhung des Reha-Budgets, Ausweitung der Kindererziehungszeit für Geburten vor 1992, Erhöhung des allgemeinen Bundeszuschusses ab 2019 bis 2022.
Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand (Flexi- rentengesetz)	Flexibleres Weiterarbeiten bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze, attraktiveres Weiterarbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze durch folgende Maßnahmen: Reform des Hinzuverdienst-/ Teilrentenrechts, Rentenversicherungspflicht für Vollrentner vor der Regelaltersgrenze, frühere und flexiblere Zahlung von Beiträgen zum Ausgleich von Abschlägen, verschiedene Maßnahmen zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation, Erweiterung der Renteninformation um Informationen über Gestaltungsmöglichkeiten beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand, Aktivierung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung durch eigene Arbeitnehmerbeiträge bei Beschäftigung von Beziehern einer Vollrente, befristete Abschaffung der Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung nach der Regelaltersgrenze.
Betriebsrentenstärkungsgesetz	Die Bundesregierung hat den Entwurf des Betriebsrentenstärkungsgesetzes beschlossen. Ziel ist die größere und nachhaltige Verbreitung der kapitalgedeckten betrieblichen Altersvorsorge. Mit dem Gesetzentwurf wird den Sozialpartnern die Möglichkeit eröffnet, in Tarifverträgen Betriebsrenten ohne Haftung der Arbeitgeber zu vereinbaren. Außerdem werden ein tarifliches Optionsmodell kodifiziert und die staatliche Förderung der Betriebsrente optimiert. Nicht zuletzt werden die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersvorsorge im Sozialrecht verbessert (unter anderem durch eine Teilnichtanrechnung im Rahmen der Grundsicherung).

The screenshot shows a web browser window with the same URL as above. The browser tabs include 'Das deutsche', 'Soziale Ausw', 'Probleme un', 'demogr', 'Gesundheit t', 'Beitragssatz', 'Wirtschaftsp', 'IW_Studie_Pt', and 'Solidarische'. The page content is a table with three rows:

Präventionsgesetz	Das Präventionsgesetz stärkt die Grundlagen für eine stärkere Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger, Länder und Kommunen in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung – für alle Altersgruppen und in vielen Lebensbereichen. Mithilfe des Gesetzes werden außerdem die Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen weiterentwickelt und wichtige Maßnahmen ergriffen, um Impflücken in allen Altersstufen zu schließen.
Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz)	Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz zielt darauf ab, auch in Zukunft eine gut erreichbare medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten auf hohem Niveau sicherzustellen. So werden beispielsweise die Regelungen für die Zu- und Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiterentwickelt. Das Gesetz ermöglicht es den Kassenärztlichen Vereinigungen, über Strukturfonds überall in Deutschland Anreize für die Niederlassung von Ärzten zu schaffen, schon bevor Unterversorgung droht. Ein weiteres Beispiel ist die Einrichtung von Terminservicestellen, die dazu beitragen sollen, die Wartezeiten auf einen Facharzttermin zu verkürzen. Zur Förderung von Innovationen in der Versorgung und von Versorgungsforschung wird ein Innovationsfonds beim Gemeinsamen Bundesausschuss mit einem Volumen von 300 Millionen Euro jährlich – zunächst in den Jahren 2016 bis 2019 – eingerichtet.
Gesetz für sichere digitale Kommunikati-	Das E-Health-Gesetz enthält einen Fahrplan für die Einführung der Telematikinfrastruktur im Gesundheitswesen, einer digitalen Infrastruktur mit höchsten Sicherheitsstandards, und für die

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdfjsessionid=A1D05A0B076

Erstes Pflege-stärkungsgesetz	Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz (PSG I) haben alle rund 2,8 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland seit 1. Januar 2015 mehr Leistungen erhalten. So wurden erstmals sämtliche Leistungsbeträge der Pflegeversicherung dynamisiert. Die Leistungen für die ambulante Pflege wurden um rund 1,4 Milliarden Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund 1 Milliarde Euro. Die Leistungen für die Pflege zu Hause wurden deutlich ausgeweitet, pflegende Angehörige werden besser entlastet. Die Unterstützungsangebote für die Pflege zu Hause wurden ausgeweitet. Die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöhte sich deutlich. Zudem wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.
Zweites Pflege-stärkungsgesetz	Das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) hat insbesondere den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zum 1. Januar 2017 umgesetzt. Damit erhalten erstmals alle Pflegebedürftigen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung, unabhängig davon, ob sie von körperlichen oder psychischen Einschränkungen betroffen sind. Dies wird durch ein neues Begutachtungsinstrument erreicht. Die bisherigen Pflegestufen werden ebenfalls zum 1. Januar 2017 auf die fünf Pflegegrade umgestellt. Durch die Umstellung wird niemand schlechter gestellt, für die meisten Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen bedeutet dies vielmehr erneut eine deutliche Anhebung ihrer Leistungen. Das PSG II enthält zudem Maßnahmen zur Stärkung der Qualität und zur Verbesserung der Qualitätstransparenz sowie zum Ausbau und zur Verbesserung der Pflegeberatung.
Drittes Pflege-stärkungsgesetz	Mit dem Dritten Pflegestärkungsgesetz (PSG III) wird die Rolle der Kommunen in der Pflege in den Bereichen Sicherstellung der Versorgung sowie der Beratung und Förderung von Angeboten zur Entlastung im Alltag gestärkt. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wird für die Hilfe zur Pflege im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII – Sozialhilfe) sowie im Bundesversorgungsgesetz übernommen. Außerdem werden die Instrumente zur Verhinderung von Abrechnungsbe-

Zur Suche Text hier eingeben

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdfjsessionid=A1D05A0B076

Alt

Pflegestufen orientieren sich am Zeitaufwand.

Neu

Pflegegrade orientieren sich am Grad der Selbstständigkeit.

0	1	Der Pflegegrad 1 kommt nur für neu eingestufte Personen in Betracht
1	2	Erhebliche Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten
2	3	Schwere Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit oder der Fähigkeiten

Zur Suche Text hier eingeben

Anlage 13: Internetquelle 6

Bundeszentrale für politische Bildung: Demografie/demografisch. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demografie-demografisch>, gef. am 16.01.2019

The screenshot shows a web browser window displaying the website of the Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). The browser's address bar shows the URL: www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16386/demografie-demografisch. The website's header includes the bpb logo and navigation links such as 'Politik', 'Internationales', 'Geschichte', 'Gesellschaft', 'Nachschlagen', 'Veranstaltungen', 'Lernen', 'Mediathek', 'Shop', and 'Dialog'. A search bar is located in the top right corner. The main content area features the title 'Demografie/demografisch' and a paragraph of text explaining the field of demography. To the right, there is a 'Lexika-Suche' section with a search bar and a dropdown menu set to 'Alle'. Below this, there is a section titled 'Publikationen im Shop bestellen' with a featured book cover for 'Politik - Demokratie in Deutschland'.

eurotopics.net flutter.de hanisauland.de apuz izpb deutschlandarchiv RSS Newsletter Die bpb Presse Partner Kontakt

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Nach Stichwort suchen

Politik Internationales Geschichte Gesellschaft **Nachschlagen** Veranstaltungen Lernen Mediathek Shop Dialog

Nachschlagen / Lexika / Pocket Politik – Demokratie in Deutschland / D / Demografie/demografisch

Nach Stichwort suchen

Alle

Demografie/demografisch

[griech. Volksbeschreibung] Wissenschaft von der Bevölkerung. Sie beschreibt den gegenwärtigen Zustand der Bevölkerung (Größe, Altersaufbau, Geburtenhäufigkeit, Zuwanderung usw.) und leitet daraus Schlüsse für die Zukunft ab (Bevölkerungszunahme oder -abnahme, künftiger Altersaufbau usw.). Diese Daten sind für Politik und Wirtschaft unentbehrlich. Schul- und Wohnungsbaupolitik, die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik z.B. müssen sich rechtzeitig auf künftige demografische Entwicklungen einstellen, ebenso Wirtschaftsunternehmen bei ihren Zukunftsplanungen.

Publikationen im Shop bestellen

Politik – Demokratie in Deutschland

pocket politik

Zur Suche Text hier eingeben

10:43 16.01.2019

Anlage 14: Internetquelle 7

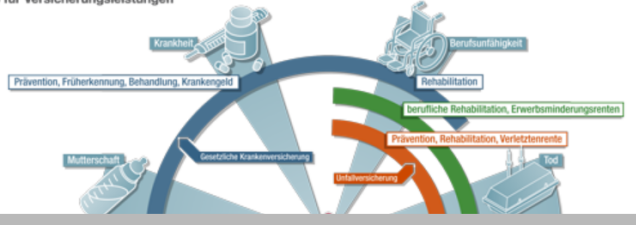
Bundeszentrale für politische Bildung: Das deutsche Sozialversicherungssystem.
<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40478/sozialversicherungssystem>, gef. am 29.01.2019

2.11.2009

Das deutsche Sozialversicherungssystem

Menschen in Notlagen helfen und diesen Notlagen aktiv vorbeugen: das ist das Prinzip des Sozialstaates. Durch Sozialversicherungen sichert der Sozialstaat seine Bürger gegen existenzgefährdende Risiken ab.

Das deutsche Sozialversicherungssystem
Beispiele für Versicherungsleistungen



Das Diagramm zeigt ein Rad, das in verschiedene Segmente unterteilt ist, die verschiedene Versicherungsleistungen repräsentieren. Die Segmente sind: Krankheitsversicherung (mit einem Stethoskop), Berufsunfähigkeit (mit einem Rollstuhl), berufliche Rehabilitation, Erwerbsminderungsrenten (mit einem Zahnrad), Unfallversicherung (mit einem Hammer), gesetzliche Krankenversicherung (mit einem Zahnrad), Mutterschutz (mit einer Frau, die ein Kind hält) und Prävention, Früherkennung, Behandlung, Krankengeld (mit einem Stethoskop).

Zur Suche Text hier eingeben

Die Sozialversicherungen basieren auf mehreren Prinzipien. Da ist zunächst das Prinzip der **Versicherungspflicht** zu nennen. Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung unterliegt der Versicherungspflicht, d.h. der Pflicht gegen bestimmte Risiken versichert sein zu müssen (Ausnahmen möglich z.B. für Selbstständige, Freiberufler, geringfügig Beschäftigte, Beamte und Soldaten). Bei den meisten Versicherungstypen zahlen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer Beiträge in die Sozialversicherungssysteme ein. Für nicht pflichtversicherte Personen existiert die Möglichkeit einer freiwilligen Versicherung.

Die Pflichtversicherung basiert auf dem **Prinzip der Solidarität**. Unabhängig von der Inanspruchnahme von Leistungen zahlen alle Versicherten in die Versicherung ein. So werden diejenigen, die mehr in Anspruch nehmen, durch die anderen Mitglieder abgesichert. Die Beiträge richten sich nach dem Einkommen des Versicherten, die Leistungen werden hingegen durch einen solidarischen Ausgleich verteilt. Die fünf wichtigsten Sparten der Sozialversicherung sind die Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung und Pflegeversicherung.

Zur Suche Text hier eingeben

Anlage 15: Internetquelle 8

Butterwegge, Christoph: „Man reduziert soziale Probleme auf demografische“.

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/270893/christoph-butterwegge-man-reduziert-soziale-probleme-auf-demografische>, gef. am 09.02.2019

The screenshot shows a web browser window with the URL www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/270893/christoph-butterwegge-man-reduziert-soziale-probleme-auf-demografische. The page content includes:

Außerdem könnte die Rentenversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung oder Erwerbstätigenversicherung gemacht werden. Auch bisher nicht einbezogene Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Abgeordnete und Minister müssten Beiträge zahlen. Würde die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft oder stark angehoben, wären die Finanzprobleme der gesetzlichen Rentenkasse deutlich geringer.

Beitragsbemessungsgrenze
Die Beitragsbemessungsgrenze zu den Sozialabgaben wird jährlich von der Bundesregierung festgesetzt. Aktuell beträgt sie in der gesetzlichen Rentenversicherung 6.500 Euro pro Monat (West) und 5.800 Euro pro Monat (Ost). Bis zu dieser Grenze müssen gesetzlich Versicherte für ihr Arbeitsentgelt Beiträge in die Sozialversicherung leisten. Das über diesen Grenzbetrag hinausgehende Entgelt ist beitragsfrei.

bleiben wir noch bei der Rente. Denn es gibt eine weitere Stellschraube, um das Rentensystem anzupassen – das Renteneintrittsalter. Das liegt zurzeit bei 65 Jahren

Herausforderung: Demografischer Wandel
Schon heute muss die Bildungspolitik vielerorts reagieren, um ein pädagogisch vertretbares Angebot an Bildungseinrichtungen

Dossier Bildung
Bilder einer Klassenzimmerumgebung mit mehreren Tischen und Stühlen.

Anlage 16: Internetquelle 9

Carstens, Olaf/Herbst, Joachim: Bevölkerungsentwicklung und globale Migration.
<https://www.lernhelfer.de/schuelerlexikon/politikwirtschaft/artikel/bevoelkerungsentwicklung-und-globale-migration>, gef. am 09.02.2019

The screenshot shows a web browser window with the URL <https://www.lernhelfer.de/schuelerlexikon/politikwirtschaft/artikel/bevoelkerungsentwicklung-und-globale-migration>. The page header includes the logo 'LERN HELFER' and navigation links: 'START', 'LERNHELPER', 'SCHÜLERLEXIKON', and 'SHOP'. There are also buttons for 'Registrieren' and 'Login'. The main content area contains the following text:

Chancen für die gesamte wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Entwicklung der Welt verbunden.

Im letzten Jahrhundert hat sich die Bevölkerung nahezu vervierfacht. Sie ist von 1900 bis 2011 von 1,6 Mrd. auf 7 Mrd. gestiegen. Die höchsten Zuwachsraten mit jährlich fast 90 Mio. finden sich Anfang der 1990er-Jahre. Seither ist allerdings eine abgeschwächte Tendenz zu verzeichnen. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Fertilität (Fruchtbarkeitsrate) zurückgegangen ist. Während die Frauen Mitte des 20. Jahrhunderts noch durchschnittlich fünf Kinder zur Welt brachten, bekommen sie gegenwärtig im statistischen Durchschnitt 2,8 Kinder. Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, sind im statistischen Mittel 2,1 Nachkommen je Frau nötig (**Ersatzniveau**).

Below the text is a line graph showing population growth over time. The x-axis represents years from 1900 to 2011, and the y-axis represents population in billions, ranging from 0 to 7. The graph shows a steady increase in population, with a significant jump around 1990. The population reaches approximately 7 billion by 2011.

The browser's taskbar at the bottom shows the search bar with the text 'Zur Suche Text hier eingeben', the system clock at 13:34 on 09.02.2019, and various system icons.

Anlage 17: Internetquelle 10

Göpfert, Helmut. Beitragssatz Pflegeversicherung 2019. <https://sozialversicherung-kompetent.de/pflegeversicherung/versicherungsrecht/866-beitragssatz-pflegeversicherung-2019.html>, gef. am 02.02.2019

Das de... Wirtsch... Problem... Soziale... IW_Stuc... Solidari... demogr... Beit x... Mehr G... Gesund... Demogr... Pflegeb... +

← → ↻ 🏠 <https://sozialversicherung-kompetent.de/pflegeversicherung/versicherungsrecht/866-beitragssatz-pflegeversicherung-2019.html> ☆ ☆ ↻ ↗

Hauptkategorie: **Pflegeversicherung**
Kategorie: **Versicherungsrecht (GPV)**
Zuletzt aktualisiert: 01. Dezember 2018

Beitragssatz steigt zum 01.01.2019 um 0,5 Prozent auf 3,05 Prozent

Bereits im Mai 2018 hatte der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angedeutet, dass der Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung angehoben werden muss. Das Bundeskabinett hat am 10.10.2018 dem Gesetzesentwurf (Referentenentwurf vom 27.09.2018 zum „Gesetz zur Anpassung des Beitragssatzes in der sozialen Pflegeversicherung 2019“ – Pflegeversicherungs-Beitragssatzanpassungsgesetz 2019 – kurz: „BSAG“) zugestimmt und damit beschlossen, dass der Beitragssatz **um 0,5 Prozentpunkte zum 01.01.2019** angehoben wird. Am 29.11.2018 hat schließlich noch der Bundestag die Beitragssatzerhöhung mit den Stimmen von Union und SPD und gegen die Stimmen von FDP, AfD und der Linken (die Grünen haben sich enthalten) zum 01.01.2019 verabschiedet.

Durch die nun beschlossene Beitragssatzerhöhung liegt der Beitragssatz **ab dem 01.01.2019 bei 3,05 Prozent**, welcher solidarisch von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird. Rentner und Selbstständige müssen den Beitragssatz zur Pflegeversicherung selbstständig aufbringen.

Zu den 3,05 Prozent kommt noch der sogenannte Kinderlosenzuschlag in Höhe von 0,25 Prozentpunkte, den kinderlose Versicherte ab dem vollendeten 23. Lebensjahr leisten müssen. Der Kinderlosenzuschlag ist von den Versicherten stets alleine zu leisten. Eine Beteiligung des Arbeitgebers am Kinderlosenzuschlag erfolgt nicht. Für kinderlose Versicherte ist mit der Beitragssatzerhöhung von 0,5 Prozent ein Gesamt-Beitrag von 3,30 Prozent zu leisten.

onvista bank
Jeder Trade für nur 5€ Orderprovision*.
100€ Tradegetriebel!

amazon.de

Zur Suche Text hier eingeben

12:11 02.02.2019

Das de... Wirtschafts... Probleme... Soziale Aus... IW_Studie... Solidarisch... demografi... Beitrag x... Mehr Geld... Gesundheit... +

← → ↻ 🏠 <https://sozialversicherung-kompetent.de/pflegeversicherung/versicherungsrecht/866-beitragssatz-pflegeversicherung-2019.html> ☆ ☆ ↻ ↗

der Krankenkasse errichtet sind, im Bundesgebiet ein einheitlicher Beitragssatz.

Notwendigkeit der Beitragssatzerhöhung

Letztmals wurde der Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Diese Beitragssatzerhöhung wurde mit der großen Pflegereform (Pflegestärkungsgesetz II) umgesetzt, im Rahmen dessen es unter anderem zu einer Neu-Definition des Pflegebegriffes kam – hier wurden die bisherigen Pflegestufe in Pflegegrade überführt – und auch die Leistungen deutlich ausgeweitet wurden. Neben dem erweiterten und verbesserten Leistungskatalog führt auch die demographische Entwicklung zu immer weiter steigenden Ausgaben bei der Pflegeversicherung.

Die Beitragssatzerhöhung zum 01.01.2019 wird aufgrund von Mehrausgaben erforderlich. Nach den aktuellen Berechnungen wird die Pflegeversicherung bis Jahresende 2018 ein Defizit von 3,1 Milliarden Euro verbuchen. Würde es zu keiner Anhebung des Beitragssatzes kommen, würde sich das Defizit bis zum Jahr 2022 auf fast fünf Milliarden Euro erhöhen.

Bis Jahresende 2018 werden sich den Berechnungen zufolge die Rücklagen der Pflegeversicherung auf vier Milliarden Euro abschmelzen.

Damit die Beitragssatzerhöhung in der Pflegeversicherung abgedeckt wird, soll in den anderen Sozialversicherungszweigen geprüft werden, ob dort ein Senkungspotenzial vorliegt. Beispielsweise wurde diskutiert, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken. Diese Beitragssatzsenkung könnte sogar mehr als 0,3 Prozent ausmachen.

Tragung des Beitrages

Der Beitrag in Höhe von 3,05 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen wird nach § 58 Abs. 1 SGB XI von den

Newsletter-Anmeldung

Name
E-Mail
Abonnieren

Beliebte Beiträge

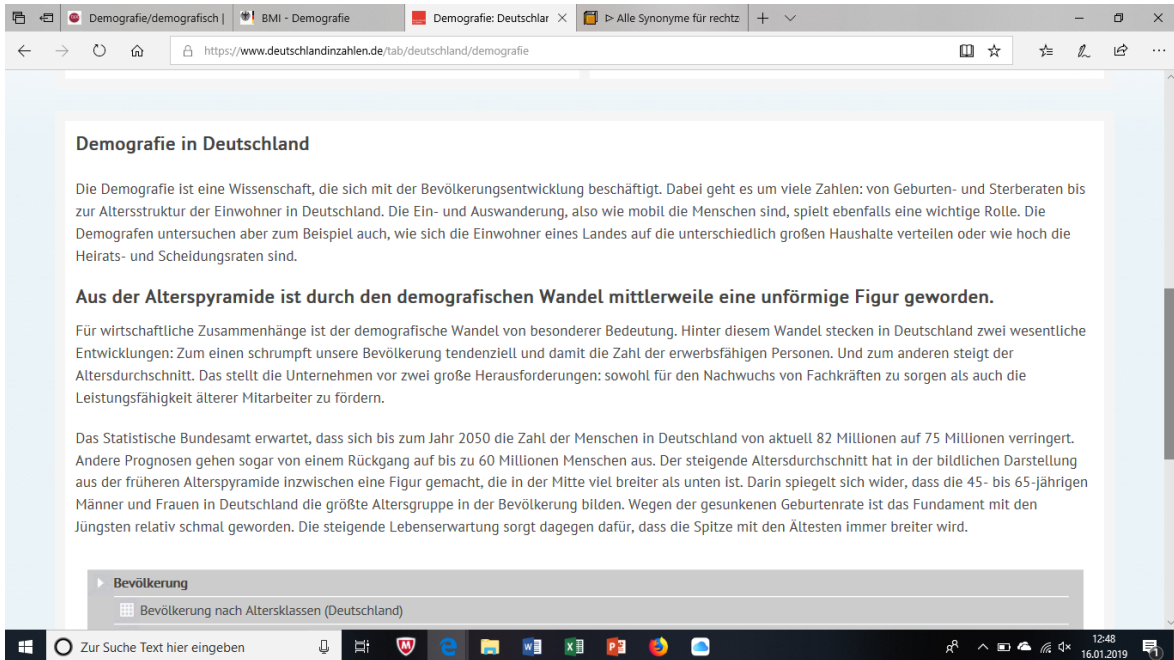
- Beitragssatz Pflegeversicherung 2017
- Beitragszuschlag Kinderlose in der Pflegeversicherung
- Beitragssatz Pflegeversicherung 2018
- Beitragssatz Pflegeversicherung 2019
- Entlastungsbetrag

Zur Suche Text hier eingeben

10:51 02.02.2019

Anlage 18: Internetquelle 11

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.: Demografie in Deutschland.
<https://www.deutschlandin zahlen.de/tab/deutschland/demografie>, gef. am
16.01.2019



The screenshot shows a web browser window with the URL <https://www.deutschlandin zahlen.de/tab/deutschland/demografie>. The page content is as follows:

Demografie in Deutschland

Die Demografie ist eine Wissenschaft, die sich mit der Bevölkerungsentwicklung beschäftigt. Dabei geht es um viele Zahlen: von Geburten- und Sterberaten bis zur Altersstruktur der Einwohner in Deutschland. Die Ein- und Auswanderung, also wie mobil die Menschen sind, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Demografen untersuchen aber zum Beispiel auch, wie sich die Einwohner eines Landes auf die unterschiedlich großen Haushalte verteilen oder wie hoch die Heirats- und Scheidungsraten sind.

Aus der Alterspyramide ist durch den demografischen Wandel mittlerweile eine unförmige Figur geworden.

Für wirtschaftliche Zusammenhänge ist der demografische Wandel von besonderer Bedeutung. Hinter diesem Wandel stecken in Deutschland zwei wesentliche Entwicklungen: Zum einen schrumpft unsere Bevölkerung tendenziell und damit die Zahl der erwerbsfähigen Personen. Und zum anderen steigt der Altersdurchschnitt. Das stellt die Unternehmen vor zwei große Herausforderungen: sowohl für den Nachwuchs von Fachkräften zu sorgen als auch die Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeiter zu fördern.

Das Statistische Bundesamt erwartet, dass sich bis zum Jahr 2050 die Zahl der Menschen in Deutschland von aktuell 82 Millionen auf 75 Millionen verringert. Andere Prognosen gehen sogar von einem Rückgang auf bis zu 60 Millionen Menschen aus. Der steigende Altersdurchschnitt hat in der bildlichen Darstellung aus der früheren Alterspyramide inzwischen eine Figur gemacht, die in der Mitte viel breiter als unten ist. Darin spiegelt sich wider, dass die 45- bis 65-jährigen Männer und Frauen in Deutschland die größte Altersgruppe in der Bevölkerung bilden. Wegen der gesunkenen Geburtenrate ist das Fundament mit den Jüngsten relativ schmal geworden. Die steigende Lebenserwartung sorgt dagegen dafür, dass die Spitze mit den Ältesten immer breiter wird.

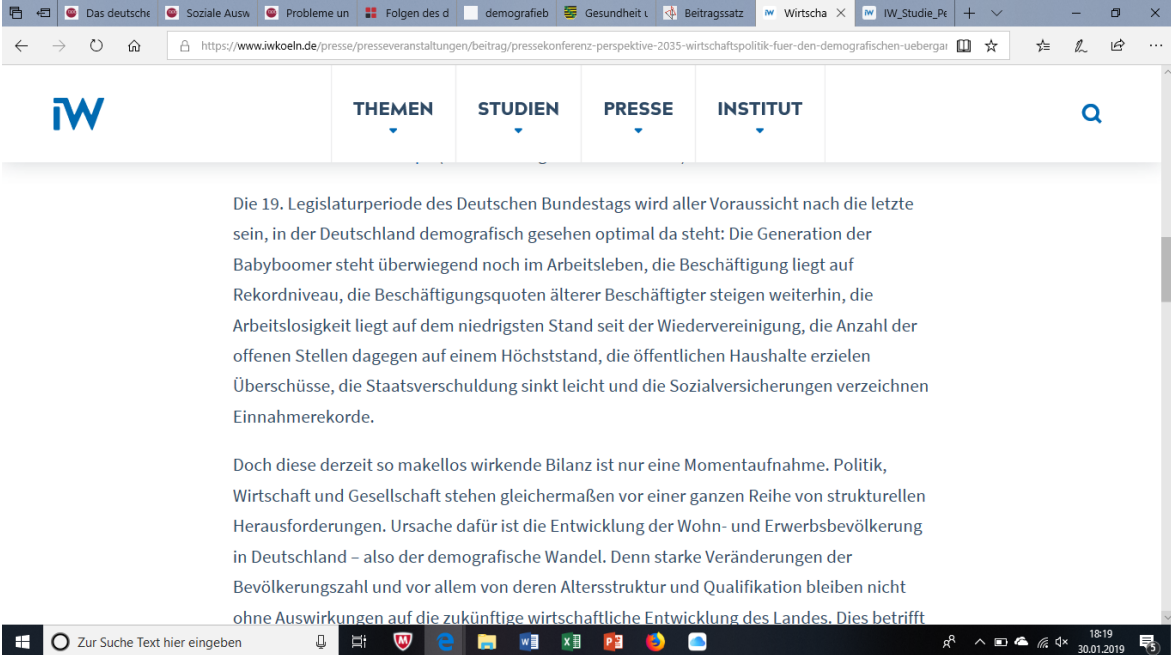
Below the text, there is a navigation menu with the following items:

- Bevölkerung
- Bevölkerung nach Altersklassen (Deutschland)

The browser's taskbar at the bottom shows the Windows Start button, a search bar with the text "Zur Suche Text hier eingeben", and several application icons including Edge, File Explorer, Word, Excel, PowerPoint, and Chrome. The system tray on the right shows the time as 12:48 and the date as 16.01.2019.

Anlage 19: Internetquelle 12

Institut der deutsche Wirtschaft Köln e.V.: Perspektive 2035. Wirtschaftspolitik für den demografischen Übergang. <https://www.iwkoeln.de/presse/presseveranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-perspektive-2035-wirtschaftspolitik-fuer-den-demografischen-uebergang-347499.html>, gef. am 30.01.2019



The screenshot shows a web browser window with the URL <https://www.iwkoeln.de/presse/presseveranstaltungen/beitrag/pressekonferenz-perspektive-2035-wirtschaftspolitik-fuer-den-demografischen-uebergang-347499.html>. The page features the IW logo and a navigation menu with categories: THEMEN, STUDIEN, PRESSE, and INSTITUT. The main content area contains two paragraphs of text.

Die 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags wird aller Voraussicht nach die letzte sein, in der Deutschland demografisch gesehen optimal da steht: Die Generation der Babyboomer steht überwiegend noch im Arbeitsleben, die Beschäftigung liegt auf Rekordniveau, die Beschäftigungsquoten älterer Beschäftigter steigen weiterhin, die Arbeitslosigkeit liegt auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die Anzahl der offenen Stellen dagegen auf einem Höchststand, die öffentlichen Haushalte erzielen Überschüsse, die Staatsverschuldung sinkt leicht und die Sozialversicherungen verzeichnen Einnahmerekorde.

Doch diese derzeit so makellos wirkende Bilanz ist nur eine Momentaufnahme. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen gleichermaßen vor einer ganzen Reihe von strukturellen Herausforderungen. Ursache dafür ist die Entwicklung der Wohn- und Erwerbsbevölkerung in Deutschland – also der demografische Wandel. Denn starke Veränderungen der Bevölkerungszahl und vor allem von deren Altersstruktur und Qualifikation bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Dies betrifft

Anlage 20: Internetquelle 13

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (Hrsg.): Perspektive 2035. Wirtschaftspolitik für Wachstum und Wohlstand in der alternden Gesellschaft. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf, gef. am 31.01.2019

The screenshot shows a PDF document page with the following content:

2 Ausgabenentwicklung in den Sozialversicherungen bis 2035: eine Simulation

Die künftigen Ausgaben in der Gesetzlichen Renten-, Kranken- und in der sozialen Pflegeversicherung sind von verschiedenen Faktoren abhängig, die sich kaum einzeln, geschweige denn in ihrem wechselseitigen Einfluss exakt prognostizieren lassen. Die hier vorgenommene Ausgabensimulation ist deshalb nicht als Punktvorhersage zu verstehen. Dazu sind die Systeme zu anfällig für verschiedene Trends und Schocks, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, die sowohl direkt Rentenansprüche als auch indirekt über die Löhne des Gesundheitspersonals die Krankheits- und Pflegekosten beeinflussen können. Gleichzeitig hängen die Systeme ab von politischen Entscheidungen, die beispielsweise die Leistungsansprüche der Versicherten verändern, wie jüngst in der Pflegeversicherung mit der Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs oder in der Rentenversicherung mit der Einführung der sogenannten Rente mit 63 oder der Ausweitung der sogenannten Mütterrente geschehen.

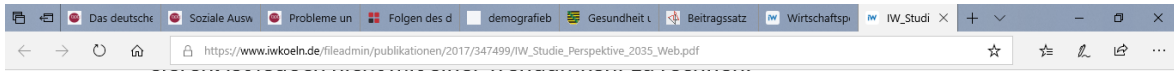
The screenshot shows a PDF document page with the following content:

Sozialversicherungen: Nachhaltigkeit ohne neue Leistungsversprechen	159
---	-----

Deshalb werden hier zum Teil Annahmen gesetzt, die mit den in Kapitel 2.2 hergeleiteten Ergebnissen zur Bevölkerungsentwicklung, zum Arbeitsmarkt und zum Wirtschaftswachstum korrespondieren, zum Teil wird der Status quo fortgeschrieben. Das heißt aber nicht, dass die Ergebnisse der Simulation völlig beliebig wären und sich die künftige Situation für die Sozialversicherung je nach getroffenen Annahmen auch positiv darstellen könnte. Die finanziellen Auswirkungen, die die Bevölkerungsalterung für die Sozialversicherungen mit sich bringt, können allenfalls stärker oder etwas weniger stark ausfallen als im Folgenden geschätzt. Ohne umfassende Politikänderungen, die durch gezielte Maßnahmen die Folgen des demografischen Wandels kompensieren, ist jedoch nicht mit einer Trendumkehr zu rechnen.

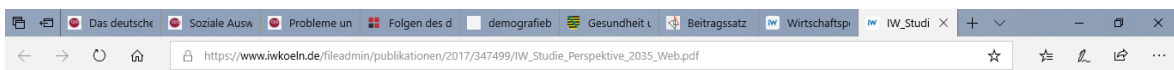
2.1 Daten, Methodik und Annahmen

Die Ausgabensimulation für die Gesetzliche Rentenversicherung basiert auf den Da



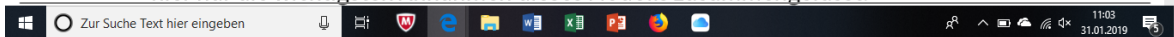
2.1 Daten, Methodik und Annahmen

Die Ausgabensimulation für die Gesetzliche Rentenversicherung basiert auf den Daten der Deutschen Rentenversicherung. Ausgewiesen sind hier die Anzahl sowie die Höhe der gesetzlichen Renten (Rentenzahlbetrag) differenziert nach Altersjahren, Geschlecht und Gebietsstand (West/Ost). In der Gesetzlichen Rentenversicherung sind die Rechnungsgrößen für Ost- und Westdeutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterschiedlich. Eine Anpassung ist zwar geplant, aber noch nicht umgesetzt (Bundesregierung, 2017). Deshalb wird hier bis 2035 weiterhin mit getrennten Gebietsständen gerechnet. Damit wird in Kauf genommen, dass die künftigen Ausgaben unterschätzt werden, sollte im Simulationszeitraum das politische Vorhaben umgesetzt werden, den für Ostdeutschland geltenden aktuellen Rentenwert auf das Niveau des westdeutschen anzuheben. Ferner werden folgende Annahmen getroffen:



Für die Gesetzliche Rentenversicherung werden zwei Szenarien modelliert: Das Szenario „konstantes Sicherungsniveau“ unterstellt ein im Zeitablauf gleichbleibendes Sicherungsniveau vor Steuern. In diesem Szenario steigt der aktuelle Rentenwert mit der Steigerungsrate der Bruttolöhne. Hierzu werden die Annahmen zum Basisszenario aus Kapitel 2.5 übernommen. Es wird angenommen, dass die Steigerungsrate der Bruttolöhne der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Erwerbstätigen entspricht. Das Szenario „Mindestsicherungsniveau“ rechnet dagegen mit einem Sicherungsniveau vor Steuern von 46 Prozent bis 2020 und von 43 Prozent ab 2021, wie es in § 154 Abs. 3 Satz 2 Sozialgesetzbuch VI festgelegt ist, und das auch über die Zeit nach 2030 hinaus.

Die Ausgabensimulation für die Gesetzliche Kranken- und für die soziale Pflegeversicherung basiert auf den Daten des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG, 2017a; 2017b; 2017c; 2017d) und des Bundesversicherungsamts (2017) sowie auf der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamts (2017). Verwendet wird das Modell zur Kranken- und Pflegeversicherung aus Kochskämper (2017), das hier mit den Daten der IW-Bevölkerungsprognose (vgl. Kapitel 2.2) verknüpft wird. Aus Platzgründen werden hier nur die wichtigsten Annahmen dieses Modells zusammengefasst:



Steigerungsrates der Bruttoinlandsprodukte (BIP) je Erwerbstätigen entspricht. Das Szenario „Mindestsicherungslevel“ rechnet dagegen mit einem Sicherungsniveau vor Steuern von 46 Prozent bis 2020 und von 43 Prozent ab 2021, wie es in § 154 Abs. 3 Satz 2 Sozialgesetzbuch VI festgelegt ist, und das auch über die Zeit nach 2030 hinaus.

Die Ausgaben simulation für die Gesetzliche Kranken- und für die soziale Pflegeversicherung basiert auf den Daten des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG, 2017a; 2017b; 2017c; 2017d) und des Bundesversicherungsamts (2017) sowie auf der Pflegestatistik des Statistischen Bundesamts (2017). Verwendet wird das Modell zur Kranken- und Pflegeversicherung aus Kochskämper (2017), das hier mit den Daten der IW-Bevölkerungsprognose (vgl. Kapitel 2.2) verknüpft wird. Aus Platzgründen werden hier nur die wichtigsten Annahmen dieses Modells zusammengefasst:

- Sowohl für die Entwicklung der Krankheits- als auch der Pflegekosten wird die sogenannte Kompressionsthese unterstellt. Es wird angenommen, dass zusätzlich

- **Pflegeleistungen sind personalintensive Leistungen, bei denen im Vergleich zu einem industriell hergestellten Gut kaum Produktivitätsfortschritte zu erwarten sind.** Deshalb ist davon auszugehen, dass die Preise für diese Leistungen stärker steigen als die Güterpreise (die sogenannte Baumol'sche Kostenkrankheit; Baumol, 1967). Würde darüber hinaus die Lohnentwicklung im Pflegesektor dauerhaft hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleiben, könnte das Leistungs niveau aufgrund von Personalknappheit nicht gehalten werden. Deshalb wird hier für die soziale Pflegeversicherung ein jährliches Kostenwachstum in Höhe der Bruttolöhne unterstellt und damit implizit angenommen, dass die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung in Zukunft nicht entwertet werden. Auch diese Rechnung darf als konservativ bezeichnet werden, weil man auch die These vertreten kann, dass angesichts des drohenden Pflegefachkräftemangels in dem personalintensiven Pflegesektor Kostensteigerungen zu erwarten sind, die über das allgemeine Bruttolohnwachstum hinausreichen.
- In der sozialen Pflegeversicherung wurden zum 1. Januar 2017 die neuen Pflegegrade eingeführt. Damit wurde eine Neueinstufung der Pflegeversicherten vorge-

The screenshot shows a PDF document in a browser window. The browser's address bar contains the URL https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/347499/IW_Studie_Perspektive_2035_Web.pdf. The document has several tabs open, including 'Das deutsche', 'Soziale Ausw', 'Probleme un', 'Folgen des d', 'demografieb', 'Gesundheit u', 'Beitragssatz', 'Wirtschaftsp', and 'IW_Studi'. The main content of the page is as follows:

2.2 Steigende Pro-Kopf-Ausgaben trotz Bevölkerungszuwachs

In der Simulation steigen in allen drei Sozialversicherungszweigen die Ausgaben. Selbst bei einer zunehmenden Bevölkerung überwiegt in allen drei Systemen der Alterungseffekt, was sich anhand der Pro-Kopf-Ausgaben verdeutlichen lässt. Diese nehmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung in der mittleren Frist moderat, in der Gesetzlichen Rentenversicherung in beiden Szenarien sowie in der sozialen Pflegeversicherung deutlich zu (Abbildung 3.3.1).

Die Steigerungsrate der Ausgaben für diese drei Sozialversicherungszweige liegt dabei im Szenario mit konstantem Sicherungsniveau ab Mitte der 2020er Jahre über der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, im Szenario mit dem Mindestsicherungsniveau ab den 2030er Jahren (vgl. Kapitel 2.5, verwendet wurde hier das Basiszenario). Das bedeutet, dass ein zunehmender Anteil des BIP für die Ausgaben dieser drei Sozialversicherungszweige verwendet werden muss, soll das heutige Leistungsniveau gehalten beziehungsweise zumindest in der Rente moderat abgesenkt werden (Tabelle 3.3.1).

The Windows taskbar at the bottom shows the search bar with the text 'Zur Suche Text hier eingeben', several application icons, and the system tray with the date '31.01.2019' and time '11:05'.

The screenshot shows the next page of the PDF document. The browser window and tabs are identical to the previous page. The main content of the page is as follows:

3 Sozialpolitik in der Zukunft: keine reine Verteilungsfrage

Die Ergebnisse der Simulation verdeutlichen, dass unter Status-quo-Bedingungen ein zunehmender Teil dessen, was in Zukunft erwirtschaftet wird, in die Sozialversicherungen fließen muss, um deren Leistungszusagen zu erfüllen. Man könnte die Sozialpolitik der Zukunft daher primär als Verteilungspolitik verstehen: Sollen beispielsweise alle Ansprüche bestehen bleiben oder sogar neue Leistungen hinzukommen, dann hätte eine so interpretierte Sozialpolitik nur zu entscheiden, welcher Teil der Erwerbstätigen wie stark belastet werden soll, um diese Ansprüche zu finanzieren (Stichwort Beitrags- versus Steuerfinanzierung). Würde es dagegen als ungerecht empfunden, dass ausschließlich die junge Generation und die im mittleren Alter die Kosten der Bevölkerungsalterung tragen sollen, so müssten beispielsweise in der Rente Ansprüche gekürzt werden.

The Windows taskbar at the bottom is identical to the previous page, showing the search bar, application icons, and system tray with the date '31.01.2019' and time '11:05'.

2035 hinaus fortsetzen. Eine Sozialpolitik, die ausschließlich auf Leistungskürzungen setzt, wird außerdem mehr und mehr auf Akzeptanzprobleme stoßen.

Umgekehrt ist es auch zu kurz gedacht, allein auf künftige gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitäts- und damit Lohnsteigerungen zu setzen, um die Kosten der Bevölkerungsalterung auszugleichen. Hier sind mehrere Fallstricke zu beachten:

- Sind Arbeitnehmer künftig produktiver, könnten theoretisch die Nettolöhne unverändert bleiben und die Produktivitätszuwächse in Form von Beiträgen (oder Steuern) in die Sozialversicherungssysteme fließen. Allerdings wird bei dieser Überlegung vernachlässigt, dass auch eine solche Politik schwer zu vermitteln sein wird. Es ist nicht davon auszugehen, dass Arbeitnehmer und ihre Vertreter trotz steigender Produktivität dauerhaft auf Nettolohnsteigerungen verzichten werden.
- Steigende Löhne führen zwar zu höheren Einnahmen in den Sozialversicherungen, bleiben aber auch nicht folgenlos für die Ausgabenseite: Sowohl die in der Kranken-

- Steigende Löhne führen zwar zu höheren Einnahmen in den Sozialversicherungen, bleiben aber auch nicht folgenlos für die Ausgabenseite: Sowohl die in der Krankenversicherung versicherten Leistungen als auch die der Pflegeversicherung weisen eine hohe Personalintensität auf. Dadurch wirken gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungen tendenziell ausgabensteigernd.
- Das in der Öffentlichkeit im Fokus stehende Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente ist eine Größe, die auch von der Entwicklung der Bruttolöhne abhängt. Steigen die Bruttolöhne stärker als die Renten, sinkt das ausgewiesene Sicherungsniveau. Wie stark die künftige Rentenentwicklung von der künftigen Lohnentwicklung abgekoppelt werden kann, ohne dass das System der Gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt infrage gestellt wird, lässt sich nicht vorhersagen.

Eine in Zukunft höhere Arbeitsproduktivität wird damit die demografischen Herausforderungen allein nicht zufriedenstellend lösen können. Für die Einnahmenseite ist insbesondere auch das Arbeitsvolumen (genauer: das Volumen an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung) von Bedeutung. Wie in Kapitel 2.3 gezeigt, wird dies in

gekoppelt werden kann, ohne dass das System der Gesetzlichen Rentenversicherung insgesamt infrage gestellt wird, lässt sich nicht vorhersagen.

Eine in Zukunft höhere Arbeitsproduktivität wird damit die demografischen Herausforderungen allein nicht zufriedenstellend lösen können. Für die Einnahmenseite ist insbesondere auch das Arbeitsvolumen (genauer: das Volumen an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung) von Bedeutung. Wie in Kapitel 2.3 gezeigt, wird dies in Zukunft jedoch eher rückläufig sein. Entscheidend ist daher eine Sozialpolitik, die ihre Hoffnungen nicht einseitig auf eine bestimmte Entwicklung setzt, sondern die eine Kombination verschiedener Maßnahmen in den Blick nimmt. Nur so lassen sich die Folgen des demografischen Wandels eindämmen, ohne einseitige Belastungen zu generieren oder negative Wachstumswirkungen hervorzurufen.

Windows taskbar: Zur Suche Text hier eingeben, 11:06, 31.01.2019

Sozialversicherungen: Nachhaltigkeit ohne neue Leistungsversprechen 165

Exemplarisch ist in der Rentenpolitik die Kombination aus Haltelinien für die Entwicklungen des Beitragssatzes und des Rentenniveaus sowie der Erhöhung der Regelaltersgrenze (auch über 2031 hinaus) genannt, über die die Kosten des demografischen Wandels auf Arbeitnehmer und Rentner verteilt werden (Kochskämper/Pimpertz, 2017, 64 ff.). In der Gesundheits- und Pflegepolitik wird es notwendig sein, auf der Leistungsseite künftig noch stärker Effizienzpotenziale zu nutzen (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, 2012). Damit wird aber auch deutlich, dass es keinen Spielraum für „Wählergeschenke“ gibt – weder aktuell noch in Zukunft –, die neue Leistungsversprechen begründen und damit die Ausgaben in den Sozialversicherungssystemen dauerhaft noch weiter erhöhen.

Windows taskbar: Zur Suche Text hier eingeben, 11:07, 31.01.2019

• Durch die Bevölkerungsalterung steigen die Ausgaben in der Gesetzlichen Renten-, Gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung bis 2035 deutlich.

• Soll das Leistungsniveau in allen drei Versicherungszweigen auf dem heutigen Stand gehalten werden, liegen die Pro-Kopf-Ausgaben 2035 insgesamt 35 Prozent über dem heutigen Niveau.

• Da die Steigerungsrate der Ausgaben ab Mitte der 2020er Jahre über der Wachstumsrate des BIP liegt, muss ein zunehmender Teil dessen, was erwirtschaftet wird, in die Sozialversicherungssysteme fließen, sollen deren Leistungsversprechen fortbestehen.

• Eine nachhaltige Sozialpolitik ist mehr als die Verteilung der demografischen Lasten zwischen den Generationen. Zu berücksichtigen sind negative Arbeitsmarkteffekte über zu hohe Beitragsbelastungen, die wiederum das Wirtschaftswachstum schmälern können.

• Umgekehrt ist es zu kurz gedacht, ausschließlich auf künftige gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivitäts- und damit Lohnsteigerungen zu setzen, um die Kosten der Bevölkerungsalterung in diesen Systemen zu begleichen.

• Notwendig ist vielmehr eine Kombination verschiedener Maßnahmen, um der demografischen Herausforderung zu begegnen.

• Es gibt keinen Spielraum für „Wählergeschenke“, die durch neue Leistungsversprechen die Ausgaben in den Systemen weiter erhöhen.

Anlage 21: Internetquelle 14

Riemenschneider, Rainer/Kohser-Spohn, Christiane: Demographische Umbrüche in Deutschland seit 1960. <http://www.deufamat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html>, gef. am 22.01.2019

The screenshot shows a web browser window with the URL www.deufamat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html. The page title is "Demographische Umbrüche in Deutschland seit 1960".

Minderheiten
Kulturelle und territoriale Vielfalt bis zum Zeitalter der Revolution
Von den verachteten "Fröschefressern" zu den "besten Deutschen": Zur Geschichte der Hugenotten in Deutschland
Migrationen und kultureller Austausch seit 1815
Wirtschaftliche Migration, politisches Exil und soziale Kritik: Deutsche in Paris im 19. Jahrhundert
Minderheiten, Immigranten und Integration in Frankreich
Einwanderung und Probleme der Integration in Deutschland seit 1960
Einführung in das Thema
Demographische Umbrüche in Deutschland seit 1960
"Ich nix deutsch!" - Die Anwerbung von Gastarbeitern
Die (Spät-)Aussiedler
Asylbewerber, Flüchtlinge und Ausländer ohne Aufenthaltsstatus
"Deutschland ist (kein

Demographische Umbrüche in Deutschland seit 1960

Demographischer Umbruch

Quelle:
www.france.diplomatie.fr/label_france/deutsch/DOSSIER/2000/03demographie.html

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland verlief seit dem Zweiten Weltkrieg regional sehr unterschiedlich. Während im Gebiet der Bundesrepublik eine stetige Zunahme erfolgte [1], stagnierten die Bevölkerungszahlen in der DDR bzw. waren sogar rückläufig [2]. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 waren mehr als eine Million Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet. Auch danach siedelten bis 1990 weitere zwei Mio. Einwohner in den Westen über.

Die Entwicklung der Bevölkerung in den deutschen Bundesländern 1961 bis 2000

Land	1961	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Bundesrepublik	21.000	21.400	21.800	22.200	22.600	23.000	23.400	23.800	24.200
Baden-Württemberg	7.200	7.400	7.600	7.800	8.000	8.200	8.400	8.600	8.800
Bayern	9.200	9.400	9.600	9.800	10.000	10.200	10.400	10.600	10.800
Brandenburg	2.400	2.300	2.200	2.100	2.000	1.900	1.800	1.700	1.600
Bremen	700	700	700	700	700	700	700	700	700
Hamburg	1.800	1.700	1.600	1.500	1.400	1.300	1.200	1.100	1.000
Hessen	4.200	4.100	4.000	3.900	3.800	3.700	3.600	3.500	3.400
Niederrhein	1.200	1.100	1.000	900	800	700	600	500	400
Niedersachsen	4.400	4.300	4.200	4.100	4.000	3.900	3.800	3.700	3.600
Northrhine-Westfalen	11.200	11.000	10.800	10.600	10.400	10.200	10.000	9.800	9.600
Rheinland-Pfalz	2.400	2.300	2.200	2.100	2.000	1.900	1.800	1.700	1.600
Sachsen	4.200	4.100	4.000	3.900	3.800	3.700	3.600	3.500	3.400

The screenshot shows a web browser window with the URL www.deufamat.de/gesellschaft/bevoelkerungsstruktur-migration-minderheiten/einwanderung-und-probleme-der-integration-in-deutschland-seit-1960/demographische-umbrueche-in-deutschland-seit-1960.html. The page title is "Demographische Umbrüche in Deutschland seit 1960".

Gesellschaft
Soziale Integration: Ziele, Wege, Probleme
Die Auseinandersetzung um eine gesetzliche Regelung der Zuwanderung
Laizität und Religionen im heutigen Frankreich
Gesellschaftsvergleiche
Das Jahr 1968 und die Folgen
Begegnungen im Alltag

Dementsprechend verminderte sich die Bevölkerung in der DDR, zumal die Geburtenrate, wie auch in der Bundesrepublik, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr niedrig war [1]. Im Jahr 2001 hatte Deutschland mit 9 Geburten auf 1000 Einwohner die niedrigste Geburtenrate aller Länder in Europa. Schon seit 1972 übertrifft die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten.

Ohne die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern hätte es demnach bereits einen Bevölkerungsrückgang gegeben. Allein aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland von jährlich durchschnittlich 200.000 Personen gab es in Deutschland eine Bevölkerungszunahme, wobei die Entwicklung seit Beginn der 1990er Jahre jedoch rückläufig ist [4]. Da die zugewanderte Bevölkerung ein deutlich geringeres Durchschnittsalter hat als die eingesessene Bevölkerung, entwickelte sich die Altersstruktur etwas günstiger. Allerdings kann die allgemein beklagte Umkehrung der Alterspyramide dadurch nur geringfügig korrigiert werden. Alle Prognosen weisen darauf hin, dass die bisherige Zuwanderung nicht ausreicht, um die zunehmende Überalterung der Bevölkerung in Deutschland und letztlich auch den Bevölkerungsrückgang zu verhindern.

Der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung 1910, 1999, 2050

Quelle:
www.bmi.bund.de/dokumente/Artikel/ix_46900.htm

Anlage 22: Internetquelle 15

Sächsische Staatskanzlei: Daten und Fakten. Der Begriff Demografie. <http://www.demografie.sachsen.de/daten-und-fakten-4002.html>, gef. am 16.01.2019

The screenshot shows a web browser window with the following content:

- Navigation Menu (Left):**
 - Demografie
 - Daten und Fakten**
 - Entwicklungstrends
 - Demografiemonitor Sachsen
 - Folgen
 - Konzepte und Aktivitäten
 - Förderrichtlinie und Projekte
 - Sachsen und Partner
 - Aktuelles und Service
- Main Content:**

Der Begriff Demografie

Der Begriff Demografie (auch Demographie) kommt aus dem Griechischen (démōs – Volk, graphé – Schrift, Beschreibung). Die Demografie ist eine wissenschaftliche Disziplin, die sich mit dem Leben, Werden und Vergehen menschlicher Bevölkerungen befasst. Die Demografie erfasst und untersucht die Bevölkerung selbst, die Bevölkerungsstruktur (z. B. Alter, Geschlecht, Nationalität, Haushaltsstruktur), die Bevölkerungsbewegung (räumliche Bevölkerungsbewegungen – Wanderungen, natürliche Bevölkerungsbewegungen – Geburten und Sterbefälle), die Bevölkerungsentwicklungen, die Bevölkerungsverteilung und die Bevölkerungsgeschichte. Dazu bedient sie sich der Statistik. Die bekanntesten Abbildungen sind die sog. Bevölkerungsbäume.

Der demografische Wandel
- Right Sidebar:**

Sachsen

[Zum »Demografiemonitor Sachsen«](#)

Weitere Informationen zum Themengebiet Bevölkerung

[beim Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen](#)

Anlage 23: Internetquelle 16

Sächsische Staatskanzlei: Entwicklungstrends. <http://www.demografie.sachsen.de/entwicklungstrends-4049.html#a-5246>, gef. am 28.01.2019

www.demografie.sachsen.de/entwicklungstrends-4049.html#a-5246

Entwicklungstrend: Geburten

Die Geburtenziffer (Anzahl der Kinder je Frau im gebärfähigen Alter) wird auf ähnlichem Niveau bleiben und weiterhin nicht das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Geburten je Frau erreichen. Die Zahl der Geburten wird sich langfristig verringern. Ursache ist die rückläufige Anzahl der potenziellen Mütter.

Nachdem sich die Geburtenzahlen bis 1994 gegenüber 1990 in Sachsen halbierten, stieg die Zahl der Lebendgeborenen wieder an und erreichte im Jahr 2015 einen neuen Höchstwert: 36 466 Kinder wurden lebend geboren. In Dresden und Leipzig werden seit einigen Jahren jährlich mehr Kinder zur Welt gebracht als 1990.

Sachsen wies 2015 im Bundesländervergleich mit 1,59 Kindern je Frau weiterhin die höchste zusammengefasste Geburtenziffer auf. Das reicht aber noch nicht für den natürlichen Erhalt der Bevölkerung aus. Dafür müssten im Durchschnitt pro Elternpaar etwas mehr als zwei Kinder geboren werden (zusammengefasste Geburtenziffer von 2,1 Kinder je Frau), die, wenn sie erwachsen sind, selbst wieder mindestens zwei Kinder bekommen müssten, um so die vorangegangenen Generationen zu ersetzen. Eine Geburtenziffer unter diesem sogenannten Bestandserhaltungsniveau führt zu einer sinkenden und alternden

www.demografie.sachsen.de/entwicklungstrends-4049.html#a-5246

Entwicklungstrend: Lebenserwartung

Die Lebenserwartung wird sich weiter erhöhen. Zu erwarten ist, dass sich der Abstand zwischen der Lebenserwartung von Männern und Frauen weiter reduziert. Die aktive Lebenszeit wird sich für viele Menschen verlängern.

Die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen stieg im Zeitraum der vergangenen 25 Jahre um jeweils rund 7 Jahre. Für neugeborene Mädchen liegt sie jetzt bei 83,6 Jahren, für neugeborene Jungen bei 77,6 Jahren. Angenommen wird eine Zunahme der Lebenserwartung (bei Geburt) in Sachsen bis 2030 bei den Frauen auf 85,8 Jahre und bei den Männern auf 80,2 Jahre.

Anlage 24: Internetquelle 17

Sächsische Staatskanzlei: Gesundheit und Pflege. <http://www.demografie.sachsen.de/gesundheit-und-pflege-5152.html>, gef. am 03.02.2019

Das deu | Wirtsch | Problem | Soziale | IW_Stuc | Solidari | demogr | Beitrags | Mehr G | Ges X | Demogr | Pflegeb

www.demografie.sachsen.de/gesundheit-und-pflege-5152.html

Demografie

- Daten und Fakten
- Folgen
- Familie und Gesellschaft
- Wirtschaft und Arbeit
- Bildung und Wissenschaft
- Finanzen und Verwaltung
- Raumentwicklung und Verkehr
- Gesundheit und Pflege**

Gesundheits- und Pflegesystem?

- Wie wirkt sich der demografische Wandel auf das Pflegewesen aus?
- Welche Folgen ergeben sich für die Gesundheitsversorgung im Freistaat?

Welche Auswirkungen hat der demografische Wandel auf das Gesundheits- und Pflegesystem?

Entgegen dem allgemeinen Trend rückläufiger Einwohnerzahlen im Freistaat wächst die Bevölkerungszahl in den Altersgruppen über 50 Jahre weiter an. Frauen und Männer in Sachsen bleiben zwar immer länger fit, werden jedoch auch immer älter. Bis 2025 wird sich die Zahl der für Krankheit und Pflege besonders anfälligen Altersgruppe der hochbetagten über 80-Jährigen auf etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung erhöhen. Dies kann zur Folge haben, dass sich der Leistungsbedarf im Gesundheits- und Pflegesystem zukünftig trotz der sinkenden Bevölkerungszahl weiter erhöht.

- Grafik zur Lebenserwartung (*.pdf, 22,53 KB)
- Daten zur Gesundheitsberichterstattung
- Statistisch betrachtet – Gesundheit in Sachsen (Ausgabe 2015)
- Medieninformation des Statistischen Landesamtes vom 6. Februar 2012 zur Vorausberechnung der Krankenhausbehandlungsfälle bis 2025
- Statistisch betrachtet »Krankenhausbehandlungen bis 2025«
- Statistisch betrachtet – Pflege in Sachsen (Ausgabe 2015)

Zur Suche Text hier eingeben

12:31 03.02.2019

Das deu | Wirtsch | Problem | Soziale | IW_Stuc | Solidari | demogr | Beitrags | Mehr G | Ges X | Demogr | Pflegeb

www.demografie.sachsen.de/gesundheit-und-pflege-5152.html

Folgen

- Familie und Gesellschaft
- Wirtschaft und Arbeit
- Bildung und Wissenschaft
- Finanzen und Verwaltung
- Raumentwicklung und Verkehr
- Gesundheit und Pflege**

Wie wirkt sich der demografische Wandel auf das Pflegewesen aus?

Häufig folgen junge Sachsen attraktiven Arbeitsangeboten und verlassen ihre vertraute Umgebung, um in der Nähe des Arbeitsortes sesshaft zu werden, während die Eltern am angestammten Wohnort in der Heimat verbleiben. Wenn die Eltern pflegebedürftig werden, ist es durch die weiteren Entfernungen dann für die Kinder schwerer, ausreichend unterstützen zu können. Die Lücke an familiärer Betreuung von Pflegebedürftigen wird mehr und mehr durch private Angebote an ambulanter und stationärer Pflege sowie Unterstützung aus der Nachbarschaft und ehrenamtliches Engagement geschlossen werden müssen.

- »Krankenausbehandlungen bis 2025«
- Statistisch betrachtet – Pflege in Sachsen (Ausgabe 2015)

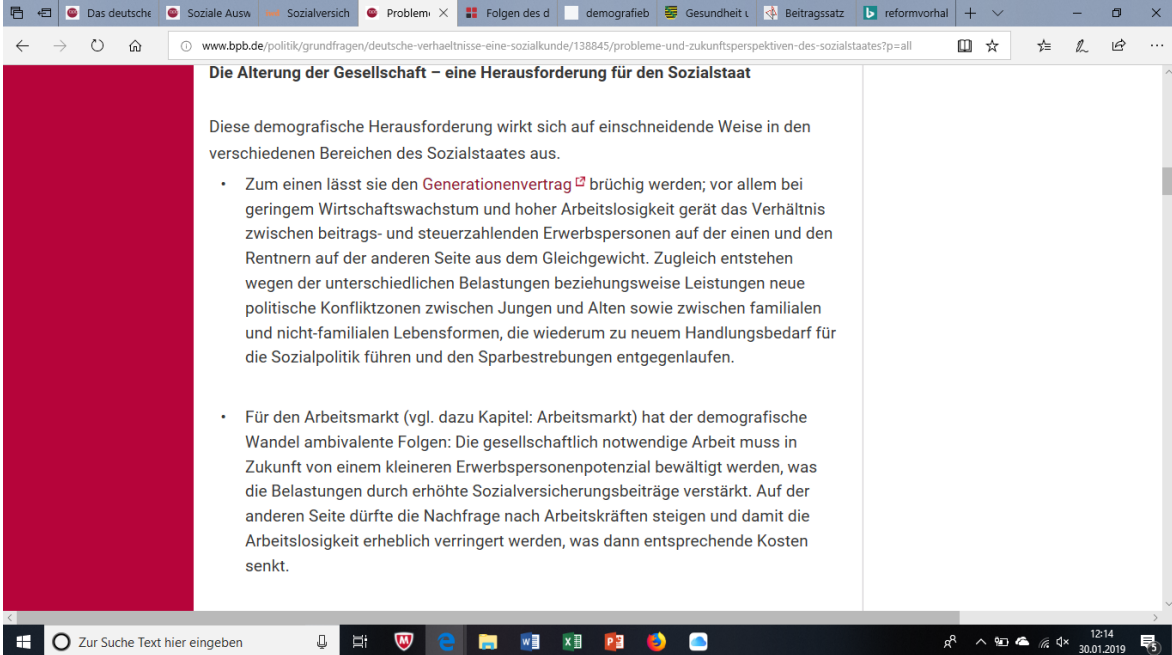
Screenshot gespeichert
Der Screenshot wurde Ihrem OneDrive hinzugefügt.
OneDrive

Zur Suche Text hier eingeben

12:31 03.02.2019

Anlage 25: Internetquelle 18

Schmid, Josef: Probleme und Zukunftsperspektiven des Sozialstaates.
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138845/probleme-und-zukunftsperspektiven-des-sozialstaates?p=all>,
gef. am 30.01.2019



The screenshot shows a web browser window with the following content:

- Browser tabs: Das deutsche, Soziale Ausw., Sozialversich, Problem, Folgen des d, demografieb, Gesundheit, Beitragssatz, reformvorhal.
- Address bar: www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138845/probleme-und-zukunftsperspektiven-des-sozialstaates?p=all
- Page title: Die Alterung der Gesellschaft – eine Herausforderung für den Sozialstaat
- Text: Diese demografische Herausforderung wirkt sich auf einschneidende Weise in den verschiedenen Bereichen des Sozialstaates aus.
- List-Group:
 - Zum einen lässt sie den **Generationenvertrag** brüchig werden; vor allem bei geringem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit gerät das Verhältnis zwischen beitrags- und steuerzahlenden Erwerbspersonen auf der einen und den Rentnern auf der anderen Seite aus dem Gleichgewicht. Zugleich entstehen wegen der unterschiedlichen Belastungen beziehungsweise Leistungen neue politische Konfliktzonen zwischen Jungen und Alten sowie zwischen familialen und nicht-familialen Lebensformen, die wiederum zu neuem Handlungsbedarf für die Sozialpolitik führen und den Sparbestrebungen entgegenlaufen.
 - Für den Arbeitsmarkt (vgl. dazu Kapitel: Arbeitsmarkt) hat der demografische Wandel ambivalente Folgen: Die gesellschaftlich notwendige Arbeit muss in Zukunft von einem kleineren Erwerbspersonenpotenzial bewältigt werden, was die Belastungen durch erhöhte Sozialversicherungsbeiträge verstärkt. Auf der anderen Seite dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen und damit die Arbeitslosigkeit erheblich verringert werden, was dann entsprechende Kosten senkt.

Anlage 26: Internetquelle 19

Schmid, Susanne/Schmid, Josef/Schmidt, Katrin: Bevölkerungspyramide. Ausführliche Definition. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bevoelkerungspyramide-31262>, gef. 16.01.2019

The screenshot shows a web browser window with the following content:

- Browser tabs:** Bevölkerungspyramide - Di, 13. koordinierte Bevölkerun, Bevölkerung Deutschland 2, Bevölkerungspyramide
- Address bar:** <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/bevoelkerungspyramide-31262>
- Page Header:** GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON, Das Wissen der Experten. Springer Gabler logo.
- Navigation:** SUCHE, Startseite, Gabler Banklexikon
- Main Content:**
 - Section:** Bevölkerungspyramide
 - Author Profile:** Katrin Schmidt, Bundesagentur für Arbeit, Zentrale, Referentin Arbeitsmarktberichterstattung, Autoren dieser Definition.
 - Definition:** Ausführliche Definition ist die grafische Darstellung des Altersaufbaus. Die nach männlichem und weiblichem Geschlecht getrennten Altersgruppen werden stufenförmig so angeordnet, dass die Neugeborenen am FuÙe der „Pyramide“ zu liegen kommen, am Kopfe die ältesten Jahrgänge. Bevölkerungspyramiden zeigen in markanten Einschnitten Krisen und Kriege (Sterbefälle, Geburtenausfälle), aber auch Zeiten hoher Heiratsneigung und Geburtenfreudigkeit (Babyboom nach dem 2. Weltkrieg). Die Bevölkerungspyramiden ändern ihre Gestalt mit der sozio-ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft: *Dreiecksform* (= rasch wachsend, Deutschland um 1900), *Glockenform* (= typisches Bild liefern Schweden und die Schweiz, weil wenig tangiert von Krisen und Kriegen des 20. Jahrhunderts), *Pilzform* (= typische Form moderner, demografisch stark alternder Bevölkerungen).
- Right Sidebar:** Überblick, Definition >, Mindmap >, Literaturverzeichnis/Weblinks >, Sachgebiete >, interne Verweise >, Zitierfähige URL >, Wikipedia-Version >, English, Drucken, Feedback, social media icons, Anzeige, Vergiss normale Casinos! (Melde Dich gratis an und starte mit 150.000 Chips Willkommenbonus. Nur jetzt)
- Taskbar:** Windows Start button, search bar (Zur Suche Text hier eingeben), taskbar icons, system tray (16:16, 16.01.2019)

Anlage 27: Internetquelle 20

Schneider, Norbert F.: Zahlen und Fakten. Anzahl der Pflegebedürftigen steigt vor allem bei den Hochbetagten. http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Pflegebeduerftige_Anzahl.html, gef. am 02.02.2019

Anzahl der Pflegebedürftigen steigt vor allem bei den Hochbetagten

Pflegebedürftige nach Altersgruppen, 1999-2060*
Anzahl pflegebedürftiger Personen (auf 1.000 gerundet)

Jahr	unter 65 Jahre	65 bis unter 80 Jahre	80 bis unter 90 Jahre	90 Jahre und mehr	Gesamt
1999	405.000	596.000	715.000	299.000	2.016.000
2015	488.000	773.000	1.123.000	475.000	2.860.000
2030	465.000	886.000	1.346.000	923.000	3.621.000
2045	420.000	881.000	2.048.000	1.160.000	4.509.000
2060	387.000	852.000	1.728.000	1.850.000	4.816.000

* Annahmen ab 2030: konstante alters- und geschlechtsspezifische Pflegequoten des Jahres 2015; Bevölkerungsentwicklung gemäß Variante 2 der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BIB
© BIB 2017 / demografie-portal.de

DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

ZAHLEN UND FAKTEN
Pflegebedarf vor allem bei hochaltrigen Frauen

Der Anteil pflegebedürftiger Menschen steigt mit zunehmendem Alter deutlich an. Ab dem 75. Lebensjahr ist die Pflegequote der Frauen höher als jene der Männer. [mehr](#)

ZAHLEN UND FAKTEN
Pflegebedürftige werden meistens zu Hause versorgt

Im Jahr 2015 wurde fast die Hälfte der 2,9 Millionen Pflegebedürftigen zu Hause allein durch Angehörige betreut. Mit steigendem Alter nimmt die Versorgung in Heimen zu. [mehr](#)

STUDIEN
Die zukünftige Versorgung pflegebedürftiger Menschen in Deutschland

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wird kontinuierlich ansteigen. Um große

Die Bevölkerung in Deutschland unterliegt einem raschen Alterungsprozess. Die Zahl älterer Menschen und ihr Bevölkerungsanteil nehmen zu. Da Menschen mit steigendem Alter vermehrt pflegebedürftig sind, wächst auch die Anzahl der pflegebedürftigen Personen. Zwischen 1999 und 2015 ist sie von 2,0 auf 2,9 Millionen gestiegen. Unter der Annahme, dass die alters- und geschlechtsspezifischen Pflegequoten unverändert bleiben und sich die Bevölkerung entsprechend der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung entwickelt, könnte die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2060 auf 4,8 Millionen steigen. Damit wären rund sieben Prozent der Gesamtbevölkerung pflegebedürftig, ein doppelt so hoher Anteil wie heute.

Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung sind die Babyboomer-Jahrgänge, die Ende der 1950er Jahre und in den 1960er Jahren geboren wurden und ab 2030 zunehmend die Altersgruppen mit einem höheren Pflegebedarf erreichen. Dies zeigt sich darin, dass die Zahl der Pflegebedürftigen ab diesem Zeitpunkt vor allem bei den über 80-Jährigen stark wächst. Sobald diese geburtenstarken Jahrgänge aus einer Altersgruppe herauswachsen, sinkt aufgrund schwächerer nachrückender Jahrgänge in der Regel auch wieder die Zahl der Pflegebedürftigen in dieser Altersgruppe.

Zur Mitte des 21. Jahrhunderts könnten drei von vier Pflegebedürftigen das 80. Lebensjahr überschritten haben. In dieser Altersgruppe ist der Anteil intensiv Pflegebedürftiger nach den Pflegestufen II und III sowie der Anteil der ambulant beziehungsweise stationär versorgten Menschen im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen besonders hoch. Daher stellt diese Entwicklung große Herausforderungen an die Pflegeversicherung und -versorgung.

Anlage 28: Internetquelle 21

Statista: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland nach Geschlecht in den Jahren von 1950 bis 2060 (in Jahren). <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/273406/umfrage/entwicklung-der-lebenserwartung-bei-geburt--in-deutschland-nach-geschlecht/>, gef. am 21.01.2019



Anlage 29: Internetquelle 22

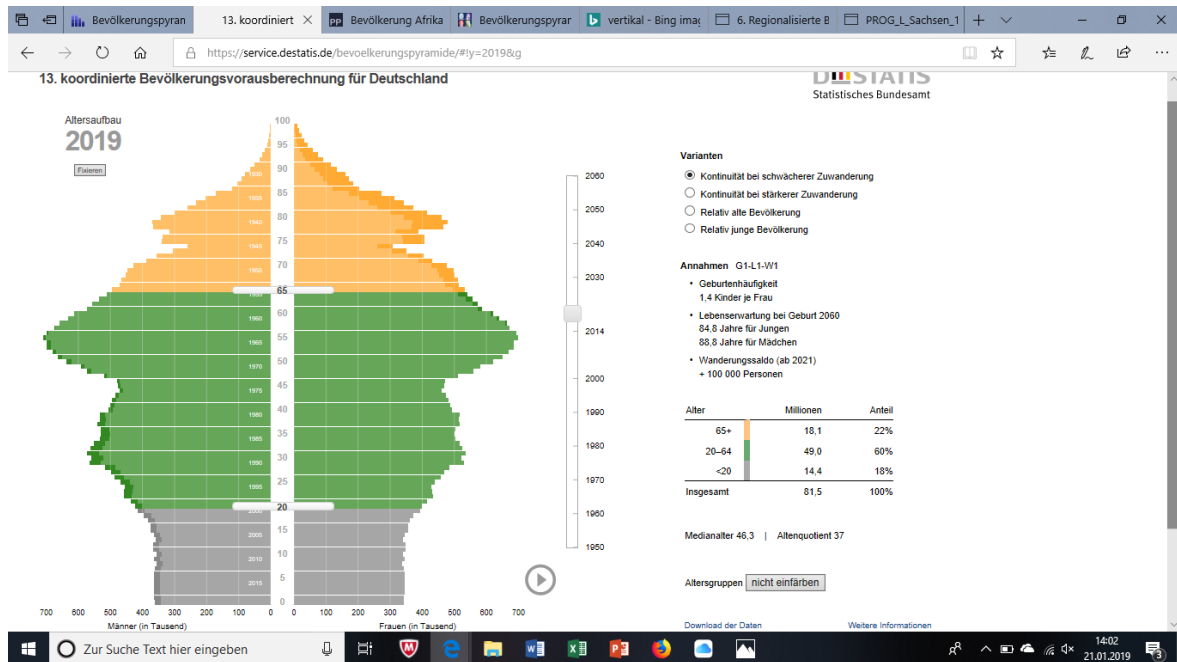
Statistisches Bundesamt (Destatis): Bevölkerung. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html>, gef. am 15.01.2019

The screenshot shows the Destatis website interface. The main navigation bar includes 'ZAHLEN & FAKTEN', 'PUBLIKATIONEN', 'PRESSE & SERVICE', 'METHODEN', and 'ÜBER UNS'. The left sidebar lists various indicators under 'Gesellschaft & Staat', with 'Bevölkerung' selected. The main content area features a section titled 'Bevölkerung' with an 'Animierte Bevölkerungspyramide' (Animated Population Pyramid) showing population distribution by age and gender from 1950 to 2060. A text box explains that the pyramid allows users to track changes in the age structure over time. To the right, a table titled 'AUF EINEN BLICK' provides key statistics for 2017 and 2018.

AUF EINEN BLICK		
Bevölkerung (30.06.)	2018	82,9 Mill.
ausländisch	2017	10,6 Mill.
mit Migrationshintergrund	2017	19,3 Mill.
Lebendgeborene	2017	784 901
Gestorbene	2017	932 272
Wanderungssaldo	2017	416 080
Private Haushalte	2016	41,0 Mill.
Alleinerziehende	2016	1,6 Mill.
Eheschließungen	2017	407 466
Ehescheidungen	2017	153 501

Anlage 30: Internetquelle 23

Statistisches Bundesamt (Destatis): 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. <https://service.destatis.de/bevoelkerungspyramide/#!y=2019&g>, gef. am 21.01.2019



Anlage 31: Internetquelle 24

Statistisches Bundesamt (Destatis): Aktualisierung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung – Basis 2015. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/AktualisierungBevoelkerungsvorausberechnung.html>, gef. am 24.01.2019

The screenshot shows the website of the Statistisches Bundesamt (Destatis) with the following content:

- Navigation:** Sitemap, Jobs, BITV, Kontakt, Datenschutz, Impressum, RSS, Leichte Sprache, Gebärdensprache, Deutsch, English.
- Menu:** ZAHLEN & FAKTEN, PUBLIKATIONEN, PRESSE & SERVICE, METHODEN, ÜBER UNS.
- Breadcrumbs:** Startseite > Zahlen & Fakten > Gesellschaft & Staat > Bevölkerung > Bevölkerungsvorausberechnung > Aktualisierung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung - Basis 2015
- Sidebar (Indikatoren):** Gesamtwirtschaft & Umwelt, Wirtschaftsbereiche, Gesellschaft & Staat, **Bevölkerung** (selected), Bevölkerungszustand, Bevölkerungsvorausberechnung, Haushalte & Familien, Migration & Integration, Geburten, Sterbefälle, Lebenserwartung, Eheschließungen, Ehescheidungen, Lebenspartnerschaften, Wanderungen, Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, Wohnen.
- Main Content:**
 - Section:** Aktualisierung der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung - Basis 2015
 - Text:** Die derzeit verfügbare 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung beruht auf Daten zur Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2013. Die massive Zuwanderung in den Jahren 2014 und vor allem 2015 hat seitdem die Bevölkerung in ihrer Größe und Struktur verändert. Wie und ob diese Zuwanderung auch die demografischen Trends beeinflussen wird, kann derzeit noch nicht zuverlässig bewertet werden. Für eine Neubewertung von Trends ist ein längerer Zeitraum erforderlich. Eine neue Bevölkerungsvorausberechnung ist deshalb heute noch nicht sinnvoll.
 - Text:** Um dennoch die Auswirkungen der veränderten Ausgangsbedingungen auf die künftige Bevölkerungsentwicklung zu berücksichtigen und zugleich eine adäquate Grundlage für weiterführende Vorausberechnungen zu schaffen (zum Beispiel die Haushaltsvorausberechnung), liegt nun eine der acht Varianten der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung in aktualisierter Fassung auf Basis des Jahres 2015 vor.
 - Section:** Ergebnisse im Überblick
- Right Column:**
 - Icon:** Bevölkerung
 - Section:** AUF EINEN BLICK
 - Table:**

Bevölkerungszahl		
Bevölkerung insgesamt	2013	80,8 Mill.
20- bis 64-Jährige		49,2 Mill.
Entwicklung bei schwächerer Zuwanderung		
Bevölkerung insgesamt	2060	67,6 Mill.

Anlage 32: Internetquelle 25

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.pdf?__blob=publicationFile, gef. am 24.01.2019

Kurzfassung

Die 13. zwischen den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Der ihr zugrunde liegende Bevölkerungsbestand am 31. Dezember 2013 beruht auf der justierten Bestandsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Die künftigen Veränderungen in der Größe und – vor allem – im Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands werden mit Hilfe der Bevölkerungsvorausberechnung quantifiziert und die Auswirkungen der aus heutiger Sicht absehbaren demografischen Entwicklungen aufgezeigt. Deutlich werden dabei die Langfristigkeit und Beständigkeit der bevölkerungsdynamischen Prozesse. Auch unter Berücksichtigung der nach dem Zensus 2011 erforderlichen Korrekturen behalten die wesentlichen Aussagen der vorherigen amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen ihre Gültigkeit.

Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung beruht auf Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland, woraus sich insgesamt acht Varianten der zukünftigen Entwicklung ergeben. Außerdem liegen drei zusätzliche Modellrechnungen für analytische Zwecke vor.

Die wichtigsten Ergebnisse werden hier anhand von zwei ausgewählten Varianten kurz zusammengefasst. Diese zwei Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die langfristigen demografischen Trends fortsetzen würden. Sie beschreiben die Entwicklung unter den Annahmen einer annähernd konstanten jährlichen Geburtenhäufigkeit, eines Anstiegs der Lebenserwartung um 7 (Männer) beziehungsweise 6 Jahre (Frauen) und unter zwei unterschiedlichen Wanderungsannahmen. Die erste Wanderungsannahme geht von einem Abflachen der anfangs sehr hohen jährlichen Nettozuwanderung von 500 000 auf 100 000 Personen innerhalb von sechs Jahren bis zum Jahr 2021 aus. Anschließend stabilisiert sich der Wanderungssaldo bei 100 000 Personen pro Jahr. Im zweiten Szenario wird angenommen, dass der jährliche Wanderungssaldo bis zum Jahr 2021 allmählich auf 200 000 Personen sinken und sich dann auf diesem Niveau verfestigen wird. In allen Übersichten dieser Broschüre sowie im Internet-Angebot von Destatis werden diese Varianten als „Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung“ (Variante 1) beziehungsweise „Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung“ (Variante 2) bezeichnet.

Die **Geburtenzahl** wird voraussichtlich noch bis zum Jahr 2020 relativ stabil bei etwa 700 000 Neugeborenen bleiben. Dafür sorgt eine günstige Altersstruktur der potenziellen Mütter: Die relativ gut besetzten Jahrgänge der 1980er Jahre (Kinder der Baby-Boomer) sind gegenwärtig im Alter von Mitte 20 bis Mitte 30, in dem die Geburtenhäufigkeit besonders hoch ist. Anschließend wird aber die Zahl der Geborenen zurückgehen und im Jahr 2060 zwischen 500 000 und 550 000 betragen. Tendenziell führt

Die amtlichen Bevölkerungsvorausberechnungen erheben keinen Anspruch, die Zukunft bis 2060 vorherzusagen. Sie helfen aber zu verstehen, wie sich die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsstruktur unter bestimmten demografischen Voraussetzungen entwickeln würden. Die Annahmen zur Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und zu den Wanderungen beruhen auf Untersuchungen der Verläufe im Zeit- und Ländervergleich sowie auf Hypothesen über die Weiterentwicklung der aus heutiger Sicht erkennbaren Trends (vgl. Kapitel 3). Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen mit zunehmender Vorausrechnungsdauer immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die aktuelle 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung liefert Ergebnisse sowohl für Deutschland insgesamt als auch für die einzelnen Bundesländer, die auf abgestimmten Annahmen und gleichen Berechnungsmethoden beruhen. In dieser Broschüre sind ausgewählte Ergebnisse für Deutschland dargestellt. Die ausführlichen

Statistisches Bundesamt 2015 Seite 9

Bevölkerung Deutschlands bis 2060

1 Mitten im demografischen Wandel

Im Ausgangsjahr der Vorausberechnung, 2013, ist der demografische Wandel in Deutschland längst angekommen. Ein Vergleich zum Altersaufbau im Jahr der deutschen Wiedervereinigung 1990 zeigt dies sehr anschaulich (Schaubild 1). In den vergangenen gut zwei Jahrzehnten hat die Zahl der Geborenen fast stetig abgenommen. Die stark besetzten Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre sind in das höhere Erwerbsalter gekommen. Die Anzahl der ab 70-Jährigen ist von 8,1 auf 13,1 Millionen gestiegen. Das Medianalter, welches die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, hat sich infolgedessen um acht Jahre von 37 auf 45 Jahre erhöht. Gleichzeitig ist die sogenannte Bevölkerungspyramide symmetrischer geworden. Insbesondere bei den oberen Altersklassen macht sich bemerkbar, dass mittlerweile nicht nur Frauen, sondern auch Männer ein höheres Lebensalter erreichen.

Schaubild 1
Altersaufbau der Bevölkerung 2013 im Vergleich zu 1990

The figure is a population pyramid with 'Alter in Jahren' (Age in years) on the x-axis, showing markers for 90 and 100. The y-axis represents population in millions. The left side is labeled 'Männer' (Men) and the right side 'Frauen' (Women). Two distributions are shown: a taller, narrower one for 1990 and a shorter, wider one for 2013. The 2013 distribution shows a significant increase in the number of people aged 70 and above, while the number of people aged 15 and below has decreased.

Deutsch-Franzö Staat & Gesells Bevoelkerui x Entwicklungstre Handlungskonz SH_6_RBV_2017 PROG_L_Sachse 13. koordinierte + -

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.f

2.1 Entwicklung der Bevölkerungszahl

Deutschlands Bevölkerung nahm in den Jahren 2011 bis 2013 erneut zu. Der Bevölkerungsrückgang zwischen 2003 und 2010 wurde aufgrund einer besonders starken Nettozuwanderung in den Jahren 2011 bis 2013 unterbrochen. Die grundsätzlichen Ursachen des Bevölkerungsrückgangs bestehen jedoch weiter fort und werden sich auf lange Sicht noch stärker als in der Vergangenheit auswirken. Die Bevölkerungszahl wird von 80,8 Millionen Menschen im Jahr 2013 je nach Ausmaß der Nettozuwanderung voraussichtlich noch fünf bis sieben Jahre steigen und anschließend abnehmen. Unter den Stand von 2013 sinkt sie frühestens 2023. 2060 wird die Einwohnerzahl zwischen 67,6 Millionen (kontinuierliche Entwicklung bei schwächerer Zuwanderung) und 73,1 Millionen (kontinuierliche Entwicklung bei stärkerer Zuwanderung) betragen. Auch nach der Variante 8 mit der maximal zu erwartenden Bevölkerungszahl – sie unterstellt eine steigende Geburtenhäufigkeit (G2), einen starken Anstieg der Lebenserwartung (L2) und langfristig einen jährlichen Wanderungssaldo von 200 000 Personen (W2) – würden 2060 in Deutschland etwa 78,6 Millionen Menschen leben und damit weniger als heute.

Schaubild 2
Bevölkerungszahl von 1950 bis 2060
 Ab 2014 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Millionen Personen
90

Zur Suche Text hier eingeben

Deutsch-Franzö Staat & Gesells Bevoelkerui x Entwicklungstre Handlungskonz SH_6_RBV_2017 PROG_L_Sachse 13. koordinierte + -

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.f

2015 - 15 - 0379

Die Bevölkerung geht langfristig zurück, weil die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen immer stärker übersteigt; die Nettozuwanderung – der Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland – kann die dadurch entstehende Lücke nicht auf Dauer schließen (Schaubild 3). Bei der niedrigen jährlichen Geburtenrate, die bereits seit über vier Jahrzehnten auf dem Niveau von 1,4 Kindern je Frau stagniert und für die Zukunft als annähernd konstant angenommen wird, fällt jeder neue Geburtsjahrgang kleiner aus als der seiner Eltern. Die Zahl der Geburten wird somit tendenziell sinken. Eine etwas höhere Geburtenhäufigkeit von 1,6 Kindern je Frau würde diesen Trend zwar abmildern, ihn aber nicht stoppen.

Statistisches Bundesamt 2015 Seite 15

Zur Suche Text hier eingeben

Deutsch-Franzö Staat & Gesells Bevoelkeru x Entwicklungstre Handlungskonz SH_6_RBV_2017 PROG_L_Sachse 13. koordinierte + -

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.f

Bevölkerung Deutschlands bis 2060

Die Zahl der Sterbefälle wird dagegen zunehmen, denn die geburtenstarken Jahrgänge, die heute im mittleren Alter sind, rücken im Vorausberechnungszeitraum in das hohe Alter auf, in dem die Sterblichkeit natürlicherweise größer ist. Die Differenz zwischen den Zahlen der Geborenen und der Gestorbenen bildet die sogenannte natürliche Bevölkerungsbilanz. Diese ist bereits seit Anfang der 1970er in Deutschland negativ und wird deshalb als „Geburtendefizit“ bezeichnet. Das Geburtendefizit erreichte im Jahr 2013 den bisher höchsten Stand von 212 000. Es ist damit höher als der langjährige Wanderungsüberschuss, der sogar einschließlich der starken Zuwanderungsperioden Mitte der 1990er Jahre und Anfang der 2010er Jahre durchschnittlich 186 000 pro Jahr betrug. Das Geburtendefizit wird nun bis Anfang der 2050er Jahre kontinuierlich auf über 500 000 ansteigen (Tabelle 1). Danach kommen anstelle der Baby-Boomer-Generation die schwächer besetzten Jahrgänge der 1970er Jahre ins hohe Lebensalter. Die Zahl der Sterbefälle wird folglich etwas sinken und auch das Geburtendefizit wird leicht zurückgehen. Im Jahr 2060 werden voraussichtlich etwa 500 000 mehr Menschen sterben, als Kinder geboren werden.

Bei einer steigenden Geburtenrate und stärkerer Zuwanderung wird sich die Altersstruktur günstiger entwickeln. Trotzdem wird im Jahr 2060 die Zahl der Geborenen die Zahl der Gestorbenen um 358 000 unterschreiten.

Schaubild 3
Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungssaldo

Zur Suche Text hier eingeben 20:37 25.01.2019

Deutsch-Franzö Staat & Gesells Bevoelkeru x Entwicklungstre Handlungskonz SH_6_RBV_2017 PROG_L_Sachse 13. koordinierte + -

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.f

2.2 Veränderungen im Altersaufbau

Die abnehmende Zahl der Geburten und das Altern der gegenwärtig stark besetzten mittleren Jahrgänge führen zu gravierenden Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung. Die aktuelle Bevölkerungsstruktur weicht schon lange von der Form der klassischen Bevölkerungspyramide ab, bei der die stärksten Jahrgänge die Kinder stellen und sich die Besetzungszahlen der älteren Jahrgänge allmählich als Folge der Sterblichkeit verringern. Einen Altersaufbau in Form einer Pyramide hatte beispielsweise das Deutsche Reich von 1910 (Schaubild 4). Im Altersaufbau von 1950 haben die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre deutliche Kerben hinterlassen. Heute wird der Bevölkerungsaufbau Deutschlands durch stark besetzte mittlere Altersklassen dominiert. Zu den älteren und den jüngeren Generationen gehören dagegen weniger Personen. Bis zum Jahr 2060 werden die stark besetzten Jahrgänge weiter nach oben verschoben und dabei schließlich ausdünnen und von zahlenmäßig kleineren Geburtskohorten ersetzt. Damit gehen signifikante Verschiebungen in der Relation der einzelnen Altersgruppen einher.

Relationen zwischen den Altersgruppen

Heute besteht die Bevölkerung zu 18 % aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61 % aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 21 % aus 65-Jährigen und Älteren (Schaubild 5). Bereits bis zum Jahr 2030 erfolgen im Altersaufbau entscheidende Verschiebungen, die sich anschließend noch verstärken werden. Bis zum Jahr 2060 wird – bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und einer langfristigen Nettozuwanderung von 100 000 Personen pro Jahr – der Anteil der unter 20-Jährigen auf 16 % und der Anteil der Menschen im Erwerbsalter auf 51 % sinken.

Zur Suche Text hier eingeben 09:50 26.01.2019

werden mitterlassen, heute wird der Bevölkerungsaufbau Deutschlands durch stark besetzte mittlere Altersklassen dominiert. Zu den älteren und den jüngeren Generationen gehören dagegen weniger Personen. Bis zum Jahr 2060 werden die stark besetzten Jahrgänge weiter nach oben verschoben und dabei schließlich ausdünnen und von zahlenmäßig kleineren Geburtskohorten ersetzt. Damit gehen signifikante Verschiebungen in der Relation der einzelnen Altersgruppen einher.

Relationen zwischen den Altersgruppen

Heute besteht die Bevölkerung zu 18 % aus Kindern und jungen Menschen unter 20 Jahren, zu 61 % aus 20- bis unter 65-Jährigen und zu 21 % aus 65-Jährigen und Älteren (Schaubild 5). Bereits bis zum Jahr 2030 erfolgen im Altersaufbau entscheidende Verschiebungen, die sich anschließend noch verstärken werden. Bis zum Jahr 2060 wird – bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und einer langfristigen Nettozuwanderung von 100 000 Personen pro Jahr – der Anteil der unter 20-Jährigen auf 16 % und der Anteil der Menschen im Erwerbsalter auf 51 % sinken. Im Gegenzug wird jeder Dritte (33 %) mindestens 65 Lebensjahre durchlebt haben und es werden doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, wirkt sich eine langfristig stärkere Zuwanderung (200 000 Personen statt 100 000 Personen jährlich ab 2021) nur marginal auf die relativen Anteile der Altersgruppen aus. Der absolute Bevölkerungsrückgang wird allerdings durch den höheren Wanderungssaldo geringer ausfallen. Vor allem die Anzahl der Menschen im Erwerbsalter wird im Jahr 2060 bei stärkerer Zuwanderung größer sein als bei der schwächeren und zwar um 3,6 Millionen.

Bevölkerung Deutschlands bis 2060

Die Alterung schlägt sich besonders gravierend in den Zahlen der Hochbetagten nieder. Im Jahr 2013 lebten 4,4 Millionen 80-Jährige und Ältere in Deutschland, dies entsprach 5 % der Bevölkerung. Ihre Zahl wird bis 2030 um gut 40 % wachsen und 2060 mit insgesamt 9 Millionen etwa doppelt so hoch sein wie heute. Es ist also damit zu rechnen, dass in 50 Jahren 12 % bis 13 % der Bevölkerung – das ist jeder Achte – 80 Jahre und älter sein werden.

Die Zahl der unter 20-Jährigen wird dagegen von heute 14,7 Millionen auf etwa 11 bis 12 Millionen im Jahr 2060 zurückgehen. Damit wird es im Jahr 2060 nur halb so viele junge Einwohner unter 20 Jahren geben wie Menschen im Alter von 65 Jahren und älter.

Schaubild 5 Bevölkerung nach Altersgruppen in %

Jahr	0 bis 19 (%)	20 bis 64 (%)	65 bis 79 (%)	80 und älter (%)
2013	18	80,8	15	5
2030 ¹	17	79,2	20	8
2060 ¹	16	67,6	20	13

Das so genannte Medianalter – es teilt die Gesamtbevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte – steigt besonders schnell in den nächsten drei Jahrzehnten und bewegt sich anschließend auf einem hohen Niveau (Schaubild 6 auf Seite 21). Nur bei einer steigenden Geburtenrate wird es nach einem etwas moderateren Anstieg ab Ende der 2040er Jahre wieder sinken. Im Ausgangsjahr 2013 betrug das Medianalter 45 Jahre. Bei kontinuierlicher Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung wird es bis 2060 je nach Zuwanderung auf rund 50 beziehungsweise 51 Jahre steigen. Bei einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung wird es in der Variante 3 „relativ alte Bevölkerung“ fast 52 Jahre erreichen. Bei einem leichten Anstieg der Geburtenrate und stärkerer Zuwanderung (Variante 6 „relativ junge Bevölkerung“) wird es dagegen mit 47 Jahren deutlich geringer ausfallen.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

Die Gesamtzahl der unter 20-Jährigen war im Ausgangsjahr 2013 mit 14,7 Millionen bereits rund 3 Millionen geringer als noch vor 20 Jahren (im Jahr 1993: 17,5 Millionen). Sie wird bis zum Jahr 2060 bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung weiter sinken. Je nach Stärke der Nettozuwanderung wird sie um 18 % beziehungsweise 26 % abnehmen. Bei einer leicht steigenden Geburtenrate und stärkerer Zuwanderung (Variante 6 „relativ junge Bevölkerung“) wird der Rückgang allerdings nur 4 % betragen.

Wie sich einzelne Altersgruppen im Betreuungs- beziehungsweise Schul- und Auszubildendenalter entwickeln, ist in Schaubild 7 (Seite 21) dargestellt. Bei beiden Altersgruppen kommt es bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung zu

Rückgängen. Die Anzahl der Kinder im Vorschulalter wird von der Geburtenentwicklung determiniert. Sie bleibt noch bis Anfang der 2020er Jahre voraussichtlich stabil und sinkt dann allmählich bis 2060 um etwa 1 Million. Die Anzahl der 6- bis 17-Jährigen geht dagegen noch bis Anfang der 2020er Jahre um etwa 400 000 bis 500 000 zurück, bleibt dann für etwa zehn Jahre auf diesem Niveau und sinkt anschließend bis 2060 je nach Zuwanderung um weitere 1,5 beziehungsweise um 1,9 Millionen. Lediglich in der Variante mit einer ansteigenden Geburtenrate entwickeln sich die Zahlen der Kinder und Jugendlichen auf lange Sicht positiv beziehungsweise nehmen nur geringfügig ab.

Bevölkerung im Erwerbsalter

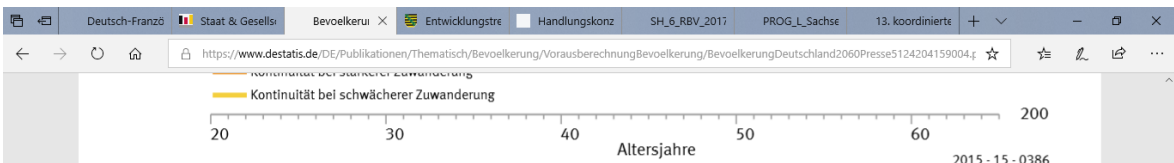
Die Bevölkerung im Erwerbsalter wird von Schrumpfung und Alterung stark betroffen sein. Als Erwerbsalter wird hier die Spanne von 20 bis 64 Jahren betrachtet. Im Jahr 2013 gehörten 49,2 Millionen Menschen dieser Altersgruppe an. Ihre Zahl wird erst nach 2020 deutlich zurückgehen und 2030 etwa 44 bis 45 Millionen betragen (Tabelle 3). 2060 werden dann etwa 38 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein (- 23 %), falls der Wanderungssaldo von rund 500 000 im Jahr 2014 stufenweise bis 2021 auf 200 000 sinkt und danach konstant bleibt (Variante 2 „Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung“). Geht die Zuwanderung bis 2021 auf 100 000 Personen zurück und bleibt anschließend konstant (Variante 1 „Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung“), gibt es 2060 ein noch kleineres Erwerbspersonenpotenzial: 34 Millionen oder - 30% gegenüber 2013.

2040	40	42
2050	38	41
2060	34	38

Die Höhe der Zuwanderung beeinflusst damit das Ausmaß der Schrumpfung bereits ab 2030 spürbar. Jedoch kann auch ein jährlicher Wanderungssaldo von 300 000 Personen den Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter nicht aufhalten (Schaubild 8). Ein Anstieg der Geburtenrate auf 1,6 Kinder je Frau würde sich auf die Bevölkerungszahl im Erwerbsalter erst ab den 2040er Jahren stabilisierend auswirken.

Wird das Erwerbsalter mit 67 statt mit 65 Jahren abgegrenzt, so werden 2030 noch etwa 46 bis 47 Millionen und 2060 noch etwa 36 bis 40 Millionen dazugehören (jeweils bei schwächerer beziehungsweise bei stärkerer Zuwanderung). Das sind 2060 dann rund 2 Millionen Personen mehr als bei einer Altersgrenze von 65 Jahren.

Schaubild 8
Bevölkerung im Erwerbsalter 20 bis 64 Jahre
 Ab 2014 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung



Die Anzahl der Menschen im Alter ab 65 Jahre wird besonders schnell in den kommenden zweieinhalb Jahrzehnten bis zum Jahr 2037 wachsen. Bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und einem schwächeren Wanderungssaldo wird sie 2037 gut 23 Millionen betragen und damit um etwa 40 % höher sein als im Jahr 2013 (17 Millionen). Bei einem starken Anstieg der Lebenserwartung würde sich die Zahl der Senioren sogar um 43 % auf 24 Millionen erhöhen. Zwischen 2037 und 2060 bleibt diese Altersgruppe – bei einer insgesamt sinkenden Bevölkerungszahl – fast unverändert.

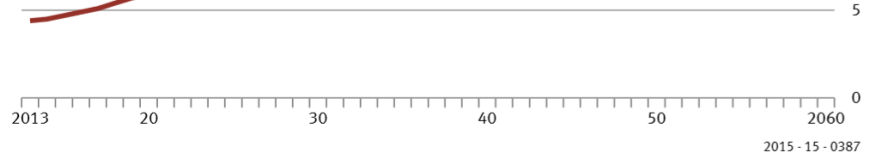
Die Entwicklungen bei den 65- bis 79-Jährigen und bei den ab 80-Jährigen unterscheiden sich indessen deutlich (Schaubild 10). Die jüngere Seniorengruppe wird vor allem

Bevölkerung Deutschlands bis 2060

zwischen 2025 und 2035 schnell wachsen bis die stark besetzten Jahrgänge allmählich ins höhere Alter wechseln. Im Jahr 2035 wird sie bereits um 30 % höher sein als 2013. Danach nimmt die Zahl der 65- bis 79-Jährigen ab und wird 2060 je nach Stärke der Zuwanderung „nur“ um 8 % beziehungsweise 14 % größer sein als heute.

Die Anzahl der Hochaltrigen nimmt dagegen fast kontinuierlich zu. Um 2050 wird sie ihr Höchstniveau mit rund 10 Millionen bei einer kontinuierlichen Entwicklung beziehungsweise 11 Millionen bei einem starken Anstieg der Lebenserwartung erreichen. Dann wird sie um 124 % beziehungsweise 147 % höher sein als im Jahr 2013 (4 Millionen). Der Anteil der ab 80-Jährigen an der gesamten Seniorengruppe wird dabei von heute 26 % auf 43 % beziehungsweise 45 % steigen. Zwischen 2050 und 2060 wird ihre Zahl um rund 1 Million sinken.

Schaubild 10
Bevölkerung im Alter ab 65 Jahre
 Ab 2014 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
 Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung



Erheblich mehr Senioren im Verhältnis zur Bevölkerung im Erwerbsalter

Neben der absoluten Zahl der Bevölkerung in einem bestimmten Alter ist die Beziehung zwischen den verschiedenen Altersgruppen ein Charakteristikum des Alterungsprozesses. Wird der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die jüngere Bevölkerung, für deren Aufwachen, Erziehung und Ausbildung gesorgt werden muss, gegenübergestellt, so ergibt sich der Jugendquotient. Wird die Zahl der Personen im Rentenalter, also der potenziellen Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme auf die Zahl der Personen im Erwerbsalter bezogen, ergibt sich der Altenquotient. Beide Quotienten zusammen addieren sich zum Gesamtquotienten, der aufzeigt, in welchem Ausmaß die mittlere Altersgruppe sowohl für die jüngere als auch für die ältere Bevölkerung, die nicht im Erwerbsleben stehen, im weitesten Sinne zu sorgen hat.

Deutsch-Franzö Staat & Gesells Bevoelkeru Entwicklungstre Handlungskonz SH_6_RBV_2017 PROG_L_Sachse 13. koordinierte

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.f

Bevölkerung Deutschlands bis 2060

Neben den getroffenen Annahmen bestimmt die Altersstruktur der heute in Deutschland lebenden Bevölkerung mit den stark besetzten mittleren und den schwach besetzten jungen Jahrgängen die Quotienten noch für lange Zeit.

Das Verhältnis der unter 20-Jährigen zu 100 Personen im Erwerbsalter (hier: von 20 bis 64 Jahren) – der sogenannte Jugendquotient – wird im Vorausberechnungszeitraum zwischen 30 und 32 schwanken (Schaubild 12). Bei einer höheren Geburtenrate von 1,6 Kindern je Frau wird er bis Mitte der 2030er Jahre auf 35 steigen und sich danach zwischen 34 und 36 bewegen.

Der Altenquotient wird dagegen stark zunehmen. Die Verschiebungen in der Altersstruktur bewirken, dass der Bevölkerung im Erwerbsalter künftig immer mehr Seniorinnen und Senioren gegenüberstehen werden. Im Jahr 2013 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (von 20 bis 64 Jahren) 34 Personen die mindestens 65 Jahre alt waren. Im Jahr 2060 werden es bei einer kontinuierlichen demografischen Entwicklung und schwächerer Zuwanderung 65 ältere Menschen sein. Beträgt der jährliche Zuzugsüberschuss langfristig 200 000 Personen, fällt der Altenquotient mit 61 Personen im Alter von 65 Jahren und höher je 100 Personen im Erwerbsalter nur wenig niedriger aus.

Eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bedeutet weniger Menschen im Renten- und mehr im Erwerbsalter, das dann von 20 bis 66 Jahre reicht. Die

Zur Suche Text hier eingeben

09:53
26.01.2019

Deutsch-Franzö Staat & Gesells Bevoelkeru Entwicklungstre Handlungskonz SH_6_RBV_2017 PROG_L_Sachse 13. koordinierte

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060Presse5124204159004.f

Anhebung führt damit zu einem niedrigeren Altenquotienten, der im Jahr 2060 zwischen 57 (Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung) und 54 (Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung) liegen würde. Ein ähnlich hoher Altenquotient von 58 würde auch bei der Altersgrenze von 65 Jahren erreicht, wenn es neben der höheren jährlichen Nettozuwanderung von langfristig 200 000 Personen zusätzlich zu einem Anstieg der Geburtenhäufigkeit auf 1,6 Kinder je Frau käme. In jedem Fall wird sich künftig der Altenquotient unabhängig von den getroffenen Annahmen allein aufgrund der gegebenen Altersstruktur deutlich erhöhen.

Der Anstieg des Altenquotienten wird sich nicht gleichmäßig bis 2060 vollziehen. Besonders schnell wird er bis Mitte der 2030er Jahre verlaufen. Danach bleibt der Altenquotient einige Jahre konstant und nimmt erst ab Mitte der 2040er Jahre langsam wieder zu.

Der Gesamtquotient – als Summe des Jugend- und Altenquotienten – wird von der Entwicklung des Altenquotienten determiniert (Schaubild 12). Bei kontinuierlicher Entwicklung und schwächerer Zuwanderung wird er von aktuell 64 bis zum Jahr 2037 auf 90 steigen, sich danach bis Mitte der 2040er Jahre stabilisieren und anschließend bis zum Jahr 2060 auf 97 klettern. Bei einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung wäre damit zu rechnen, dass im Jahr 2060 auf 100 Personen im Erwerbsalter 101 potenzielle Leistungsempfänger kommen würden. Bei einer Geburtenrate von 1,6 Kindern je Frau und stärkerer Zuwanderung wären es bei einem Gesamtquotienten von 94 sieben Personen weniger.

Schaubild 12

Zur Suche Text hier eingeben

09:53
26.01.2019

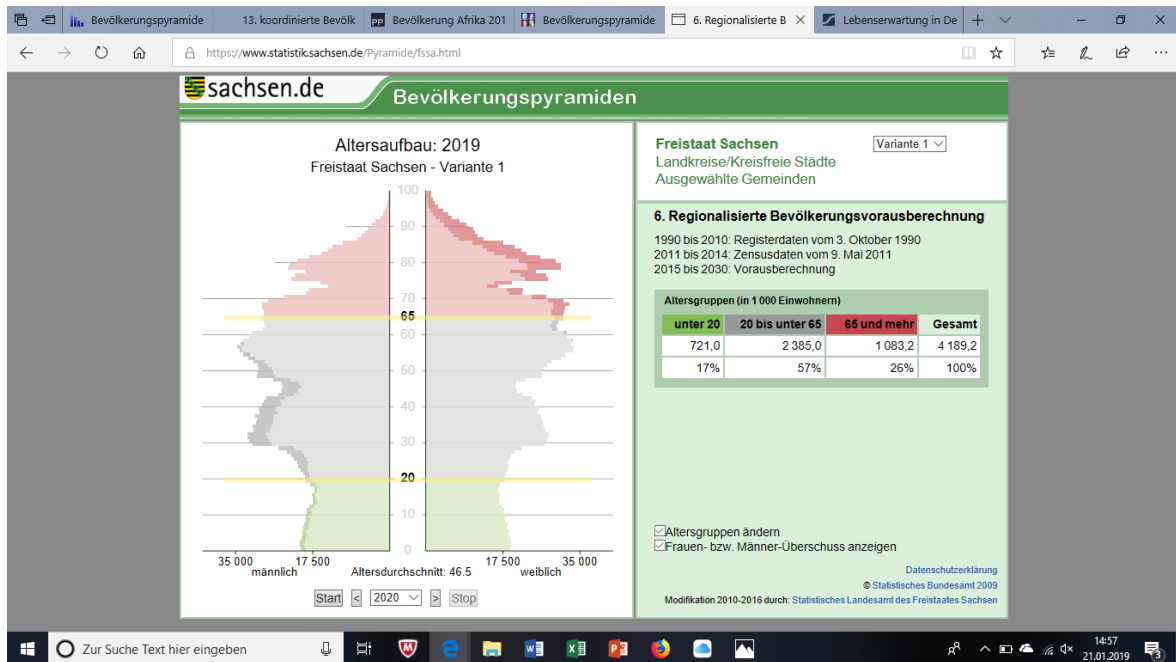
Anlage 33: Internetquelle 26

Statistisches Bundesamt: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern. <https://service.destatis.de/laenderpyramiden/>, gef. am 28.01.2019



Anlage 34: Internetquelle 27

Statistisches Bundesamt/Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Bevölkerungspyramiden. <https://www.statistik.sachsen.de/Pyramide/fssa.html>, gef. am 21.01.2019



Anlage 35: Internetquelle 28

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030. https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf, gef. am 28.01.2019

Einleitung

Mit der im April 2016 veröffentlichten 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (6. RBV) für den Freistaat Sachsen wird die Folge von Vorausberechnungen fortgesetzt, mit denen das Statistische Landesamt auf voraussichtliche Entwicklungen der Größe, der Struktur und der regionalen Verteilung der Bevölkerung in Sachsen hinweist.

Der vergleichsweise lange Zeitraum zwischen der vorangegangenen 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose (Veröffentlichung 2011) und der aktuellen Rechnung ist unter anderem in der Neujustierung des statistischen Systems zur Ermittlung der Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 begründet.

Maßgeblich für die Entwicklung der Annahmen in der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung war der Analysezeitraum 2011 bis 2014. Im ersten Vorausberechnungsjahr 2015 flossen des Weiteren, aktuelle Entwicklungstrends bezüglich der Zahl der Schutzsuchenden ein.

Die Ergebnisse der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass die grundlegenden Aussagen zur voraussichtlichen weiteren Bevölkerungsentwicklung – trotz der aktuellen Entwicklungen beim Wanderungsgeschehen und der höheren Geburtenrate – ihre Gültigkeit behalten. Das Ausmaß der demografischen Veränderungen wird allerdings voraussichtlich etwas abgemildert, so dass der Freistaat Sachsen auch künftig mit einem, wenn auch verlangsamteten Bevölkerungsrückgang

Die aktuell vorliegende Vorausberechnung wurde für zwei Varianten gerechnet. Diese markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungszahl voraussichtlich entwickeln wird. Wie bei der vorherigen Vorausberechnung wurden die Annahmen aus der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes weitestgehend übernommen und regionalisiert. Daraus wurde die untere der beiden Varianten gebildet (Variante 2). Durch die Einbindung dieser 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung in die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung kann die zukünftige regionale Entwicklung der sächsischen Bevölkerung in den bundesdeutschen Kontext eingeordnet werden. Darauf aufbauend erfolgte die Bildung der oberen Variante (Variante 1) aus überwiegend landesspezifischen Annahmeszenarien, die modellhaft die Auswirkungen höherer Zuzugzahlen von Schutzsuchenden berücksichtigen.

In dem Bericht werden ausgewählte Ergebnisse der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Sachsen, die Landkreise, die Kreisfreien Städte und für Gemeinden ab 5 000 Einwohner ausgewiesen sowie die methodischen Ansätze und die Annahmen beschrieben. Die abgebildeten Ergebnisse sind zum Gebietsstand 1. Januar 2016 aufbereitet. Alle Bevölkerungsdaten beziehen sich auf den 31. Dezember des betreffenden Berichts- bzw. Prognosejahres.

Datenangebot

Vorausrechnungszeitraum	2015 bis 2030	
Basiszeitraum	2011 bis 2014	
Annahmen für Sachsen		
Anzahl der Varianten	Variante 1 = obere Variante Variante 2 = untere Variante	
Geburtenhäufigkeit	Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder je Frau)	
	Ausgangswert 2014: 1,57	
	Variante 1: Anstieg auf 1,7 bis 2018, dann bis 2020 konstant, anschließend Absenkung auf 1,6 bis 2028, bis 2030 konstant	
Lebenserwartung bei der Geburt	Allgemeine Sterbetafel 2010/2012:	
	Jungen	77,3 Jahre
	Mädchen	83,3 Jahre
Binnenwanderungen	Anstieg bis 2030 auf:	
	Jungen	80,2 Jahre
	Mädchen	85,8 Jahre
Binnenwanderungen	Binnenwanderungsmuster stabilisieren sich bis 2030 auf dem Durchschnitt der letzten Jahre	
Wanderungssaldo mit dem Bundesgebiet und dem Ausland	Wanderungsgewinne im Vorausrechnungszeitraum 2015 bis 2030: Variante 1: 280 000 Personen Variante 2: 170 000 Personen	
Verfügbare Ergebnisse		

Deutsch-Französisch Staat & Gesellschaft BevölkerungDeut Entwicklungstrend: SH_6_RBV_201 PROG_L_Sachsen_1 13. koordinierte Be

https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

Ergebnisse der Vorausberechnung

Entwicklung der Bevölkerung bis 2030

Die Bevölkerungsentwicklung in Sachsen war ab 1990 durch einen rückläufigen Trend der Einwohnerzahl geprägt. Im Jahr 2014 lebten in Sachsen 4,06 Millionen Personen, die Einwohnerzahl war damit seit Ende 1990 um 720 600 Einwohner gesunken. Die Kernaussagen zur demografischen Entwicklung behalten auch in der Vorausberechnung ihre Gültigkeit. Schrumpfung und Alterung werden lediglich etwas gedämpft. Zuwanderung und höhere Geburtenraten können allerdings die Unterschiede zwischen den Altersgruppen langfristig nicht ausgleichen. Während sich in der oberen Variante die Bevölkerungszahl auf Grund der höheren Zuwanderungs- und Geburtenraten zunächst bis 2019 auf 4,19 Millionen erhöht, um dann bis 2030 auf knapp unter 4 Millionen zu sinken, sinkt die Bevölkerungszahl in der unteren Variante ab 2015 kontinuierlich auf 3,85 Millionen bis 2030. Damit werden 2030 zwischen 57 800 und 203 900 Personen weniger in Sachsen leben als 2014. Dies entspricht einem Rückgang von 1,4 bzw. 5,0 Prozent. Bestimmenden Einfluss auf die Entwicklung der Bevölkerung hat die jetzige Altersstruktur. Stärker besetzte Jahrgänge rücken in höhere Altersjahre vor und sind damit trotz steigender Lebenserwartung höheren Mortalitätsrisiken ausgesetzt. Trotz steigender Geburtenrate wird die Zahl der Geburten 2030 niedriger sein als 2014. Ursache hierfür ist die rückläufige Zahl potentieller Mütter. Die Zahl der Gestorbenen übersteigt in Zukunft kontinuierlich die Zahl der Geborenen und das Geburtendefizit wächst bis 2030 immer weiter an.

Tausend

Variante 1

Tausend

Variante 2

Überschuss der Zuwanderung bzw. Fortzüge (-)

Geburtendefizit

Zur Suche Text hier eingeben

Deutsch-Französisch Staat & Gesellschaft BevölkerungDeut Entwicklungstrend: SH_6_RBV_201 PROG_L_Sachsen_1 13. koordinierte Be

https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

Entwicklung der Altersstruktur

Der Rückgang der Gesamteinwohnerzahl wird von einer fortgesetzten Alterung der Bevölkerung begleitet. Das Durchschnittsalter steigt in Sachsen um etwa ein Jahr von derzeit 46,7 Jahre auf 47,6 Jahre in der oberen Variante bzw. in der unteren Variante auf 48,1 Jahre im Jahr 2030. Bedeutsam sind aber vor allem die sich verändernden Relationen zwischen den Altersgruppen. Ende 2014 waren knapp 16 Prozent der Bevölkerung jünger als 20 Jahre. Die Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren stellten 59,1 Prozent der Bevölkerung. Ein Viertel der sächsischen Bevölkerung war 65 Jahre und älter. Bis zum Ende des Prognosezeitraums 2030 wird der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl weniger stark steigen (bis zu 1,9 Prozentpunkte) als der Anteil der über 65-Jährigen (bis zu 5,6 Prozentpunkte). Dies hat zur Folge, dass der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamteinwohnerzahl auf bis zu 30,6 Prozent in Variante 2 ansteigt, während der Anteil der Personen im Erwerbsalter auf etwa 52,1 Prozent um bis zu 7,1 Prozentpunkte (V2) sinkt. Diese Veränderungen bei den Relationen der Altersgruppen basieren auf zum Teil deutlichen Änderungen in den Besetzungstärken der einzelnen Altersgruppen. Ende 2014 lebten in Sachsen 646 200 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Bis 2030 wird der Bestand in dieser Altersgruppe voraussichtlich um 3,4 bzw. 10,2 Prozent steigen. Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis 2030 um 176 300 bzw. 166 400 Personen auf fast 1,2 Millionen. Das entspricht einem Zuwachs um 17,4 bzw. 16,5 Prozent.

Abb. 6 Bevölkerung in Sachsen am 31. Dezember 2014 und 2030 nach Alter und Geschlecht

Die Bevölkerung im Erwerbsalter - derzeit 2,4 Millionen Personen - wird im Vergleich dazu deutlich schrumpfen und altern. Ende 2030 werden in dieser Altersgruppe 299 900 bzw. 392 500 Personen weniger in Sachsen leben als Ende 2014. Das entspricht einer Verringerung um 12,5 bzw. 16,4 Prozent.

Bevölkerung im Alter unter 25 Jahren

Die Bevölkerungsgruppe der jungen Leute im ausbildungsrelevanten Alter von unter 25 Jahren schließt den Bildungsaspekt mit ein. Typisch für den Ausbildungsweg eines jungen Menschen ist das Durchlaufen verschiedener Stationen. Nach der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung besuchen Kinder in der Regel im Alter von 6 bis unter 10 Jahren die Grundschule. Für die 10- bis unter 17-Jährigen ist der Besuch der Mittel-/Oberschule bzw. des Gymnasiums üblich. Bei den 17- bis unter 25-Jährigen beginnt die wanderungsaktive Phase. In dieser Phase absolvieren sie in der Regel ihr Abitur, Praktika, eine Ausbildung oder ein Studium. Die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in den unteren Altersgruppen wird vorrangig durch die Geburtenentwicklung beeinflusst. Die Abhängigkeit durch die Zugströme ist auch hier deutlich ausgeprägt. Am Ende des Vorberechnungszeitraums werden 901 000 (V1) bzw. 852 600 (V2) Personen unter 25 Jahren in Sachsen leben und damit 10,3 bzw. 4,4 Prozent mehr als 2014. Deutlich höhere Zuwächse zeigen sich für die Altersgruppe der 10- bis unter 17-Jährigen mit 28 000 bis 44 800 Personen bis zum Jahr 2030. Die Zahl der 10- bis unter 17-Jährigen erreicht gemäß Variante 1 mit rund 263 500 Personen den Maximalwert am Ende des Vorberechnungszeitraums. Das entspricht einer 20,6 Prozent

Zur Suche Text hier eingeben

Deutsch-Französisch Staat & Gesellschaft BevölkerungDeut Entwicklungstrend: SH_6_RBV_201 PROG_L_Sachsen_1 13. koordinierte Be

https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

einem Zuwachs um 17,4 bzw. 16,5 Prozent.

Abb. 6 Bevölkerung in Sachsen am 31. Dezember 2014 und 2030 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren

100
95
90
85
80
75
70
65
60
55
50
45
40
35
30
25
20
15
10
5
0

50 40 30 20 10 0 0 10 20 30 40 50
männlich weiblich

■ 2014 ■ 2030, Variante 1 ■ 2030, Variante 2

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen | Sonderheft 6 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030 | 10

sonen bis zum Jahr 2030. Die Zahl der 10- bis unter 17-Jährigen erreicht gemäß Variante 1 mit rund 263 500 Personen den Maximalwert am Ende des Vorausberechnungszeitraums. Das entspricht einer 20,5-prozentigen Steigerung gegenüber 2014. Den stärksten Zuwachs kann jedoch die Altersgruppe der 17- bis unter 19-Jährigen mit 32,7 bzw. 28,8 Prozent bis 2030 vorweisen. Auch in der Altersgruppe der Personen von 19 bis unter 25 Jahren wird es von 2014 bis 2030 zu einem Anstieg der Personenzahl kommen. Lebten 2014 noch 196 700 19- bis unter 25-Jährige in Sachsen, so werden es 2030 voraussichtlich 226 000 (V1) bzw. 220 000 Personen (V2) sein. Damit werden im Jahr 2030 14,9 bzw. 11,9 Prozent Personen mehr in dieser Altersgruppe im Freistaat Sachsen leben als 2014.

I Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zählen alle 20- bis unter 65-Jährigen. Ende 2014 lebten 2 397 900 Personen dieser Altersgruppe in Sachsen. 1990 waren es 2 878 500 Personen, das entspricht einem Verlust von 16,7 Prozent. Dieser Negativtrend wird sich bis 2030 fortsetzen. Zu diesem Zeitpunkt werden noch 2 097 900 (V1) bzw. 2 005 400 Personen (V2) im erwerbsfähigen Alter in Sachsen leben, 12,5 bzw. 16,4 Prozent weniger als 2014. Die Diskrepanz zwischen dem Berufseinstiegepotential und den Personen, die aus dem Erwerbsleben aussteigen, wird weiter bestehen bleiben. Die erhöhte Zuwanderung kann diesen Effekt nicht ausgleichen.

Deutsch-Französisch Staat & Gesellschaft BevölkerungDeut Entwicklungstrend: SH_6_RBV_201 PROG_L_Sachsen_1 13. koordinierte Be

https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

In beiden Varianten werden die Bevölkerungszahlen im erwerbsfähigen Alter bis 2030 schrumpfen. Die größten Verluste verzeichnen voraussichtlich die jungen und älteren Erwerbsfähigen mit insgesamt knapp 294 700 (V1) bis 341 600 Personen (V2), das entspricht einer Veränderung von -18,0 bzw. -20,9 Prozent. Bei den Erwerbsfähigen im Alter von 35 bis unter 50 Jahren hingegen ist der Verlust mit 0,7 bzw. 6,7 Prozent deutlich geringer.

I Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren

Dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter steht ein kontinuierlicher Anstieg der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren gegenüber. 2030 werden 1 187 600 bzw. 1 177 600 Personen dieser Altersgruppe im Freistaat Sachsen leben. Das entspricht einem Anstieg von 17,4 bzw. 16,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014, als 1 011 200 Personen dieser Altersgruppe in Sachsen lebten. Damit wird 2030 fast jeder dritte in Sachsen Lebende 65 Jahre und älter sein.

Für den Bevölkerungsanstieg dieser Altersgruppe sind primär zwei Teilgruppen verantwortlich. Die Bevölkerung im Alter von 65 bis unter 75 Jahren wird bis 2030 voraussichtlich um 18,7 bzw. 17,6 Prozent steigen, die der 75-Jährigen und Älteren sogar um 58,6 bzw. 56,8 Prozent. Aufgrund der geringeren Besetzungsstärke der 85-Jährigen und Älteren wird der absolute Gewinn jedoch leicht unter dem der Altersgruppe der 65- bis unter 75-Jährigen liegen. Die mittlere Altersgruppe der 75- bis unter 85-Jährigen steigt mit 2,1 bzw. 1,5 Prozent dagegen eher geringfügig an. Die bestimmende Einflussgröße für diese Entwicklung ist die Altersstruktur im Basisjahr 2014.

I Jugend-, Alten- und Gesamtquotient

Der **Jugendquotient** ist das Verhältnis der unter 20-Jährigen zu 100 Personen derselben Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahre. Er ist ein Indikator für das Verhältnis zwischen der jungen noch nicht erwerbsfähigen Bevölkerung und den Personen im erwerbsfähigen Alter. Dieser Quotient betrug 1990 etwa 39,8 und ist seitdem kontinuierlich bis 2010 bis auf 23,9 gesunken. Im Jahr 2014 lag der Jugendquotient wieder bei 26,9. Bis 2030 steigt der Jugendquotient weiter bis auf 33,9 bzw. 33,3 an. Ein Anstieg der Bevölkerung im Alter unter 20 Jahren seit 2010 und der gleichzeitige Rückgang der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren bewirken diese Trendwende, die für die Kreisfreien Städte wie auch Landkreise gleichermaßen gilt.

Der **Altenquotient** ist das Verhältnis der Anzahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren bezogen auf 100 Personen derselben Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren. Er ist somit ein Indikator für das Verhältnis zwischen den Personen, die ihr aktives Erwerbsleben abgeschlossen haben und den Personen im erwerbsfähigen Alter. 1990 betrug der Altenquotient nach dieser Definition 26,1 und ist seitdem kontinuierlich auf 42,2 im Jahr 2014 angestiegen. Auch bis 2030 wird sich diese Tendenz fortsetzen. Der Altenquotient wird dann 56,6 bzw. 58,7 betragen. Dieser Anstieg ist das Resultat der gegenläufigen Entwicklungstendenzen der beiden für die Errechnung des Altenquotienten maßgeblichen Bevölkerungsgruppen. Die Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nimmt ab, während die Zahl der Personen, welche 65 Jahre oder älter sind, stetig ansteigt.

Der **Gesamtquotient** vereint die Aussagen von Jugend-

Deutsch-Französisch Staat & Gesellschaft BevölkerungDeut Entwicklungstrend: SH_6_RBV_201 PROG_Sachsen_1 13. koordinierte Be

https://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Faltblatt/SH_6_RBV_2017_SN.pdf

... die demographische Entwicklung ist die Altersstruktur im Basisjahr 2014.

I Jugend-, Alten- und Gesamtquotient
 Neben der Betrachtung ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung sind insbesondere die demographischen Abhängigkeitsquotienten dazu geeignet um den Alterungsprozess abzubilden. Diese beschreiben das Verhältnis der Zahl der Personen im nichterwerbsfähigen Alter zu der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Hierzu werden drei verschiedene Quotienten – der Jugend-, Alten- und Gesamtquotient – betrachtet.

Der **Gesamtquotient** vereint die Aussagen von Jugend- und Altenquotient. Er ist definiert als das Verhältnis der Anzahl der Personen einer Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter zu 100 Personen derselben Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und stellt damit die Summe aus Jugend- und Altenquotient dar.
 1990 betrug der Gesamtquotient 65,9 und ist bis 1999 auf 60,5 gefallen. Dabei hatte die sinkende Tendenz des Jugendquotienten einen stärkeren Einfluss als die steigende Tendenz des Altenquotienten. Von 2000 bis 2014 kehrte sich dieses Verhältnis um. Die relativ großen jährlichen Steigerungsraten des Altenquotienten und der ansteigende Jugendquotient führen dazu, dass auch der Gesamtquotient wieder anstieg. Er lag 2014 bei 69,1. Dieser Anstieg wird sich im Vorausberechnungszeitraum fortsetzen. Er erfolgt kontinuierlich und führt dazu, dass der Gesamtquotient 2030 bei 90,5 bzw. 92,1 liegen wird.

Entwicklung der Kreisfreien Städte und Landkreise
 Auf der Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise verlaufen die Entwicklungen sehr differenziert. Während die Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig bis 2030 Bevölkerungsgewinne verzeichnen können, sind Chemnitz und die anderen Landkreise hingegen durch Verluste geprägt. Ausschlaggebend sind der zunächst herrschende Geburtenüberschuss in Dresden und Leipzig sowie die anhaltenden Wanderungsgewinne innerhalb wie auch außerhalb Sachsens für die beiden Kreisfreien Städte.

Abb. 10 Jugend-, Alten- und Gesamtquotient
 Quotient

Jahr	Jugendquotient	Altenquotient	Gesamtquotient
1990	35	30	65,9
2000	30	30	60,5
2010	30	35	65
2014	30	39,1	69,1
2020	30	40	70
2030	30	60,5	90,5

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen | Sonderheft 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030 | 12

Zur Suche Text hier eingeben

12:23 28.01.2019

Anlage 36: Internetquelle 29

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): Datenblatt. 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030. https://www.statistik.sachsen.de/download/080_RegBevPrognose_RegEinheiten-PDF/PROG_L_Sachsen_14.pdf, gef. am 28.01.2019

Am Jahresende 2014 lebten knapp 4,1 Millionen Einwohner in Sachsen. Im Jahr 2030 wird der Freistaat Sachsen voraussichtlich zwischen knapp 3,9 und 4,0 Millionen Einwohner haben. Das bedeutet, 2030 leben voraussichtlich zwischen 58 000 und 204 000 bzw. 1,4 bis 5,0 Prozent weniger Menschen im Freistaat Sachsen als Ende 2014. Der Bevölkerungsrückgang verläuft nach den neuen Erkenntnissen langsamer als in der 2011 veröffentlichten 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose ermittelt.

Nach den Ergebnissen der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung weiter anhalten.

Trotz steigender Geburtenrate wird die Zahl der Geburten 2030 niedriger sein als 2014. Ursache hierfür ist die rückläufige Anzahl der potentiellen Mütter. Gegenüber derzeit 36 000 Lebendgeborenen werden 2030 zwischen 29 000 und 31 000 Lebendgeborene erwartet. Das entspricht ungefähr der Zahl der Lebendgeborenen in Sachsen am Ende der 1990er Jahre. Als unmittelbare Folge des Alterungsprozesses der Bevölkerung ist langfristig trotz steigender Lebenserwartung mit einer weiteren Zunahme der Sterbefälle von derzeit 51 000 auf 57 000 bis 2030 zu rechnen. Stärker besetzte Jahrgänge rücken in höhere Altersjahre vor und sind somit höheren Mortalitätsrisiken ausgesetzt. Damit übersteigt die Zahl der Gestorbenen immer mehr die Zahl der Geborenen. Das Geburtendefizit wächst dadurch von 15 000 Personen im Jahr 2014 auf 26 000 bzw. 27 000 Personen im Jahr 2030. Die Differenz der Zu- und Fortzüge bleibt entsprechend den Annahmen bis auf wenige Jahre im positiven Bereich. Der modellierte Wegzug der Schutzsuchenden übersteigt nur in einem kleinen Zeitfenster um das Jahr 2025 die erwarteten Zuzüge. In der Variante 2 wirkt sich dieser Effekt nicht in diesem Maße aus. Das Geburtendefizit wird über den Prognosezeitraum betrachtet die bestimmende Größe der Bevölkerungsbilanz bleiben.

Der Rückgang der Gesamteinwohnerzahl wird von einer fortgesetzten Alterung der Bevölkerung begleitet. Das Durchschnittsalter, ein Indikator für die Alterung einer Bevölkerung, steigt in Sachsen um etwa ein Jahr von derzeit 46,7 Jahre auf 47,6 Jahre bzw. 48,1 Jahre im Jahr 2030.

Bedeutsam sind aber vor allem die sich verändernden Relationen zwischen den Altersgruppen. Ende 2014 waren knapp 16 Prozent der Bevölkerung jünger als 20 Jahre. Die Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren stellten 59 Prozent der Bevölkerung. Ein Viertel der sächsischen Bevölkerung war 65 Jahre und älter. Bis zum Ende des Prognosezeitraums 2030 wird der Anteil der unter 20 Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl weniger stark steigen (bis zu 2 Prozentpunkte) als der der über 65 Jährigen (etwa 5 Prozentpunkte). Dies hat zur Folge, dass der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl auf bis zu 31 Prozent 2030 steigt, während der Anteil der Personen im Erwerbsalter auf 52 Prozent um bis zu 7 Prozentpunkte sinkt.

Anlage 37: Internetquelle 30

Thurm, Stephan/Wüller, Michael: Unfaire Grundrente: Ärztepaar erhält Höchstsatz, Pfleger gehen leer aus!. <https://www.derwesten.de/politik/grundrente-beduerftige-rente-einkommen-id216376137.html>, gef. am 09.02.2019

3 °C Angebote aus deiner Region

DERWESTEN PROSPEKTE JOBS TICKETS

HOME ESSEN DUISBURG BOCHUM MEHR STÄDTE 1. BUNDESLIGA BVB S04 SPORT NEWS

ANZEIGE

Die Forderung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), in Deutschland eine Grundrente einzuführen, hat durchaus Unterstützer, aber sicher auch genauso viele Kritiker. Zu ihnen zählt unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Das Idee sieht folgendermaßen aus: Geringverdiener sollen nach einem langen Arbeitsleben höhere Renten bekommen. Die Grundrente steht denjenigen Rentnern zu, die mindestens 35 Beitragsjahre angesammelt haben, also 35 Jahre lang gearbeitet oder in dieser Zeit Kinder erzogen bzw. Angehörige gepflegt haben.

ANZEIGE **ZUHAUSE VOLLES WLAN IN JEDEM**

ANZEIGE

Renten sollen damit um bis zu 448 Euro aufgestockt werden.

Die jährlichen Kosten sollen sich Schätzungen zufolge auf eine einstellige Milliardenhöhe belaufen, die Steuermittel finanzieren sollen. Etwa drei bis vier Millionen Rentner sollen profitieren.

Doch ist es wirklich so einfach? Diese Frage hat sich auch „Spiegel Online“ gestellt und dazu vier fiktive Rechenbeispiele aufgestellt, die zeigen, welche Probleme mit der Grundrente kommen. Vor allem anhand zweier ausgesuchter Beispiele ist zu erkennen, wo das Konzept Mängel hat.

ANZEIGE **ZUHAUSE VOLLES WLAN IN JEDEM**


Expertenbefrag Erstellung von i WE Grundrente x Bald mehr über Man reduziert Deutsche Rente Bevölkerungser Beitragsbemess + -

https://www.derwesten.de/politik/grundrente-beduerftige-rente-einkommen-id216376137.html

3 °C Angebote aus deiner Region DERWESTEN PROSPEKTE JOBS TICKETS

HOME ESSEN DUISBURG BOCHUM MEHR STÄDTE 1. BUNDESLIGA BVB S04 SPORT NEWS

Speed Home WiFi
79,95 €
Jetzt bestellen!




Fazit: Durch die Grundrente sollen Geringverdiener mehr Rente bekommen. Doch wird anhand der gezeigten Beispiele klar: Für viele Geringverdiener gibt es keinen Vorteil - dafür aber für Menschen, die ein Plus eigentlich nicht nötig haben. Während ein gut situiertes Ärztehepaar den Höchstsatz der Grundrente bekommt, geht ein Ärztehelferehepaar leer aus, weil das Konzept alle Rentner ausschließt, die weniger als 35 Beitragsjahre angesammelt haben - auch, wenn sie nur knapp an den 35 Jahren vorbeigeschrapt sind. Nach Bedürftigkeit unterscheidet Heils Konzept nämlich nicht. (cs)

Gesponsert Smartfeed

Zur Suche Text hier eingeben 15:31 09.02.2019

Anlage 38: Internetquelle 31

Tiesbohnenkamp, Werner: Bevölkerungspyramide. <https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx>, gef. 17.01.2019



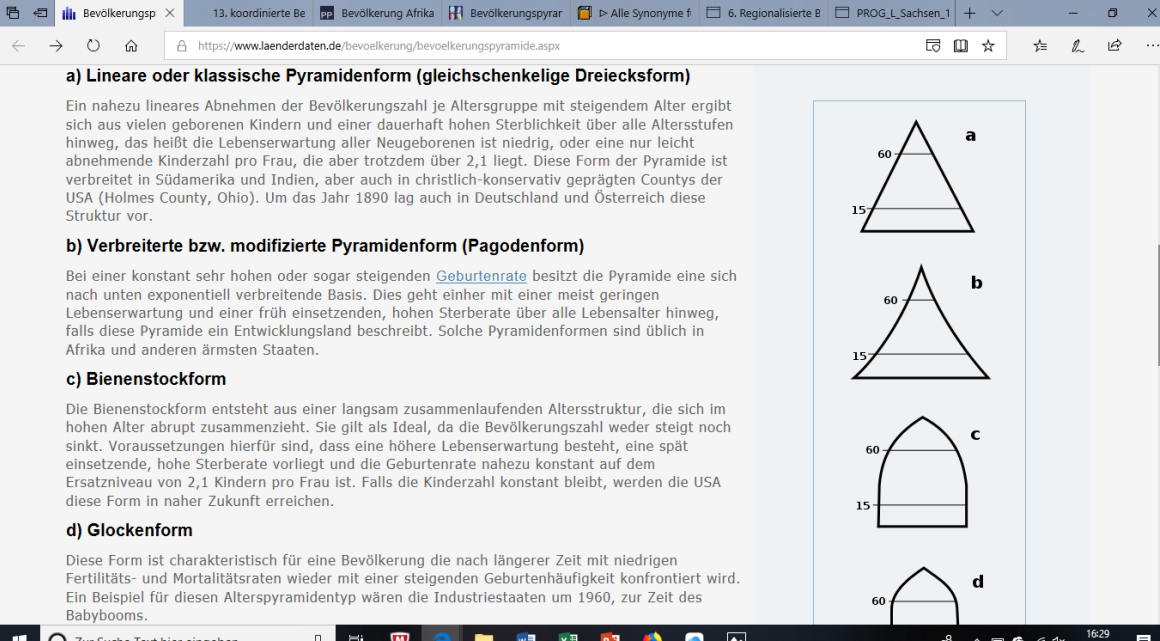
Bevölkerungspyramide

Die **graphische Darstellung der Altersstruktur** wird auch als **Alterspyramide** oder **Bevölkerungspyramide** bezeichnet, wobei die Altersstruktur getrennt nach Frauen und Männern auf zwei Seiten dargestellt wird. Eine solche Graphik ist wie folgt aufgebaut:

- X-Achse: Anzahl oder Anteil Menschen zu einem Jahrgang (Lebensalter)
- Y-Achse: Lebensalter der Menschen
- Durch die Anordnung der Y-Achse in der Mitte der X-Achse werden in die eine Richtung der X-Achse die Anteile der Frauen und in die andere Richtung der X-Achse die Anteile der Männer dargestellt.

Aus dieser Anordnung der Achsen und Werte entstehen verschiedene graphische Formen, die in ihrer Entstehung und in den sozialen Auswirkungen unterschiedlichste Ursachen und Ergebnisse haben. Der Begriff Alterspyramide ist aus den ersten derartigen Darstellungen entstanden, die pyramidenförmig aussehen, da hier die jüngsten Jahrgänge, die die Basis der Grafik bilden, die meisten Vertreter stellen und die Zahl der Angehörigen eines Jahrgangs mit zunehmendem Alter abnimmt. Auch wenn sich in den allermeisten Industriestaaten die Altersstruktur aufgrund der verringerten **Sterberate**, der gestiegenen **Lebenserwartung** und der gesunkenen **Geburtenrate** schon längst von der ursprünglichen Alterspyramide weg entwickelt hat (Begriff der so genannten **Überalterung**), wird dieser Begriff allgemein verwendet. In Entwicklungs- und Schwellenländern findet sich teilweise noch heute die namensgebende Pyramidenform.

Entsprechend der Geschichte einer Bevölkerung sind bestimmte grafische Formen als Ergebnis zu erwarten. Dabei sorgen unterschiedliche Ereignisse in der Entwicklung der Bevölkerung für erkennbare Veränderungen oder Verformungen. Beispiele hierfür sind **Kriege**, **Naturkatastrophen** und Veränderungen im kulturellen und sozialen Verhalten der Menschen (zum Beispiel **„Pillenknick“**).



a) Lineare oder klassische Pyramidenform (gleichschenkelige Dreiecksform)

Ein nahezu lineares Abnehmen der Bevölkerungszahl je Altersgruppe mit steigendem Alter ergibt sich aus vielen geborenen Kindern und einer dauerhaft hohen Sterblichkeit über alle Altersstufen hinweg, das heißt die Lebenserwartung aller Neugeborenen ist niedrig, oder eine nur leicht abnehmende Kinderzahl pro Frau, die aber trotzdem über 2,1 liegt. Diese Form der Pyramide ist verbreitet in Südamerika und Indien, aber auch in christlich-konservativ geprägten Countys der USA (Holmes County, Ohio). Um das Jahr 1890 lag auch in Deutschland und Österreich diese Struktur vor.

b) Verbreiterte bzw. modifizierte Pyramidenform (Pagodenform)

Bei einer konstant sehr hohen oder sogar steigenden **Geburtenrate** besitzt die Pyramide eine sich nach unten exponentiell verbreitende Basis. Dies geht einher mit einer meist geringen Lebenserwartung und einer früh einsetzenden, hohen Sterberate über alle Lebensalter hinweg, falls diese Pyramide ein Entwicklungsland beschreibt. Solche Pyramidenformen sind üblich in Afrika und anderen ärmsten Staaten.

c) Bienenstockform

Die Bienenstockform entsteht aus einer langsam zusammenlaufenden Altersstruktur, die sich im hohen Alter abrupt zusammenzieht. Sie gilt als Ideal, da die Bevölkerungszahl weder steigt noch sinkt. Voraussetzungen hierfür sind, dass eine höhere Lebenserwartung besteht, eine spät einsetzende, hohe Sterberate vorliegt und die Geburtenrate nahezu konstant auf dem Ersatzniveau von 2,1 Kindern pro Frau ist. Falls die Kinderzahl konstant bleibt, werden die USA diese Form in naher Zukunft erreichen.

d) Glockenform

Diese Form ist charakteristisch für eine Bevölkerung die nach längerer Zeit mit niedrigen Fertilitäts- und Mortalitätsraten wieder mit einer steigenden Geburtenhäufigkeit konfrontiert wird. Ein Beispiel für diesen Alterspyramidentyp wären die Industriestaaten um 1960, zur Zeit des Babybooms.

Bevölkerungssp × 13. koordinierte Be Bevölkerung Afrika Bevölkerungspyram Alle Synonyme f 6. Regionalisierte B PROG_L_Sachsen_1 +

← → ↻ 🏠 🔒 https://www.laenderdaten.de/bevoelkerung/bevoelkerungspyramide.aspx

e) Zwiebelform oder Urnenform (überspitzte Zwiebelform)

Viele Industriestaaten weisen diese Form der Altersstruktur auf, da hier eine niedrige Geburtenrate im Übergang zu einem Überhang älterer Menschen führt. Gleichzeitig nehmen die jüngeren Jahrgänge jeweils von Jahr zu Jahr ab. Dieses Phänomen wird meist als **Überalterung** bezeichnet. Voraussetzungen sind die bei unter 2,1 Kindern pro Frau liegende **Geburtenrate**, eine hohe Lebenserwartung mit einer erst spät einsetzenden, hohen Sterberate. Die altersspezifische Mortalität bleibt allerdings gleich. Alterspyramiden ökonomisch hoch entwickelter Staaten, wie jene des heutigen Westeuropas können in der Regel diesem Typ zugeordnet werden. Umgangssprachlich wird diese Struktur auch als **Bevölkerungsdöner** bezeichnet, da sie wie ein Querschnitt durch einen Dönerspieß aussieht

f) Tannenbaumform oder Tropfenform

Die Tannenbaumform besteht aus einem sehr schmalen Stamm in den jungen Altersgruppen, der ab den 20-Jährigen massiv breiter wird und ab den etwa 35–40-Jährigen sich langsam zusammenzieht. Die größten Altersgruppen sind die 25–30-Jährigen. Vor allem in Industriestaaten besitzen Großstädte und insbesondere die Innenstädte dieser Großstädte tannenbaumförmige Bevölkerungspyramiden. Das hängt damit zusammen, dass die innerstädtischen Bezirke wenig für Familien und ältere Leute, dafür aber für junge Erwachsene sehr attraktiv sind. Besonders stark ausgeprägt ist die Tannenbaumform in Universitätsstädten oder Szenevierteln.

Die Begriffe Pyramide, Glocke und Urne gehen auf Friedrich Burgdörfer zurück.

Die Übergänge zwischen diesen Formen sind fließend, jedoch können sie aus den kulturellen und sozialen Gegebenheiten der betrachteten Bevölkerung vorhergesagt werden. Auch wenn der Entwicklungsstand eines Landes nicht dem demographischen Stand gleichzusetzen ist, lässt sich durch die Form der Altersstruktur dieser oft erahnen. Ist der prozentuale Anteil der Unter-20-Jährigen größer oder gleich 50 % so spricht man in der Regel von einem Entwicklungsland.

Die typische Reihenfolge ist: $(a) \rightarrow (b) \rightarrow (f) \rightarrow (c) \rightarrow (e)$

15 60 15 e

60 15 f

Zur Suche Text hier eingeben

16:29 17.01.2019

Anlage 39: Internetquelle 32

Von der Heide, Dirk: Wichtige Eckzahlen. Statistische Zahlen kurz zusammengefasst.

https://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Navigation/6_Wir_ueber_uns/02_Fakten_und_Zahlen/03_statistiken/wichtige_eckzahlen_node.html, gef. am 09.02.2019

Zahlen aus dem Forschungsportal

Statistikportal der Deutschen Rentenversicherung

Jahresbericht

Rentenatlas 2018

Reha-Berichte

Versichertenbericht

Tabelle: Aktuelle Eckzahlen zur Statistik der Deutschen Rentenversicherung insgesamt

Thema	Zeitpunkt/Zeitraum	Anzahl in Millionen
Versicherte ohne Rentenbezug	31.12.2016	54,445
Gezahlte Renten	31.12.2017	25,662
Rentner und Rentnerinnen ohne Waisenrenten	01.07.2018	21,043
Rentenueuanträge	2017	1,626
Rentenzugänge	2017	1,309
Rentenwegfälle	2017	1,386
Anträge auf Leistungen zur Rehabilitation	2017	2,056
Abgeschlossene Leistungen zur Rehabilitation	2017	1,180
Personal der Deutschen Rentenversicherung (in Vollzeitbeschäftigte umgerechnet)	30.6.2018	0,060

(keine Auswahl) Los

Wer ist mein Rentenversicherer?

Ihre Sammelmappe

Hier gelangen Sie zur Sammelmappe, in der sich alle Publikationen befinden, die Sie bisher zur Bestellung / zum Download vorgemerkt haben.

Sammelmappe

Passende Broschüren:

Statistikpublikationen

Zur Suche Text hier eingeben

13:08 09.02.2019

Anlage 40: Internetquelle 33

Waizmann, Maximilian: Mehr Geld für die Pflege – doch wer soll das finanzieren?.

<https://www.pflegeversicherung-experten.de/news/items/mehr-geld-fuer-die-pflege-wer-soll-das-finanzieren.html>, gef. am 02.02.2019

The screenshot shows a web browser window with the URL <https://www.pflegeversicherung-experten.de/news/items/mehr-geld-fuer-die-pflege-wer-soll-das-finanzieren.html>. The article title is "Beitragssatz in der Pflegeversicherung steigt für 2019 - doch reicht das aus?". The text discusses the increase in contributions for 2019 and the financial challenges of the nursing insurance system. A vertical sidebar on the left contains the text "kostenlose Beratung". The Windows taskbar at the bottom shows the time as 11:42 on 02.02.2019.

Das de... Wirtsch... Problem... Soziale... IW_Stuc... Solidari... demogr... Beitrags... Mel x... Gesund... Demogi... Pflegeb... + v... - ... x

← → ↻ 🏠 <https://www.pflegeversicherung-experten.de/news/items/mehr-geld-fuer-die-pflege-wer-soll-das-finanzieren.html> ☆ ☆ ⌂ ...

... und die gesetzliche Pflegeversicherung in eine **Versicherung** umwandeln. Wer sich darüber nicht vorstellen möchte, muss über eine **private Pflegeversicherung** nachdenken, wenn er nicht später seine Kinder finanziell belasten will.

Beitragssatz in der Pflegeversicherung steigt für 2019 - doch reicht das aus?

Hinzu kommt wohl auch noch, dass die Ausgaben der **gesetzlichen Pflegeversicherung** auch durch die Änderungen der Pflegereform in Zukunft noch deutlich ansteigen werden, weil nach dem neuen Pflegebegriff **deutlich mehr Menschen Ansprüche auf Leistungen** haben wie früher.

Um diese Mehrkosten zu decken, reicht sicherlich auch nicht die Anhebung der **Beiträge in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,3% ab 2019**. Menschen mit Kindern zahlen ab 2019 dann 2,85%, Kinderlose sogar 3,1%. Damit haben sich die Beiträge für die **gesetzliche Pflegeversicherung seit Einführung im Jahr 1995 in etwa verdreifacht** (ursprünglich waren 1% vom Bruttoeinkommen als Beitragssatz in der sozialen Pflegeversicherung geplant).

Ein Ende dieser Entwicklung ist vor dem Hintergrund der geplanten Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Bedingungen für Beschäftigte in der Pflege, sicherlich nicht in Sicht. Das Gesundheitsministerium hatte zwar zur Finanzierung der Pflegereform vor 2 Jahren bereits die Beiträge erhöht, doch offenbar wurde die **Dynamik der Ausgabensteigerung vollkommen unterschätzt**. Dadurch erzielte die gesetzliche Pflegeversicherung in 2017 erstmals seit Jahren keinen Überschuss mehr, sondern stattdessen einen dicken **Fehlbetrag in Höhe von 2,4 Milliarden Euro**. Man darf gespannt oder besorgt abwarten, wie sich die Finanzierungssituation in der Pflege weiter entwickelt.

[Zurück](#)

kostenlose Beratung

NACH OBEN

Zur Suche Text hier eingeben

11:42 02.02.2019

Anlage 41: Internetquelle 34

Weller, Dirk Oliver. Expertenbefragung. https://lehrerfortbildung-bw.de/st_kompetenzen/weiteres/projekt/projektkompetenz/methoden_a_z/expertenbefragung.htm, gef. am 04.02.2019



The screenshot shows a web browser window with the following content:

- Navigation Menu (Left):**
 - Projektkompetenz
 - Neue Medien
 - Definition -
 - Merkmale
 - Management -
 - Phasenmodelle für Projekte
 - Planung
 - Durchführung
 - Bewertung
 - Methoden -
 - Definition Methoden
 - In der Planung
- Main Content (Right):**
 - # Expertenbefragung
 - ## Experten

Experten sind fachlich qualifizierte und meist auch wissenschaftlich ausgebildete Fachleute, in weiterem Sinn aber auch alle, die in einem Problembereich, z. B. als Beteiligte oder Betroffene, sich besonders gut auskennen.
 - ## Ziel

Ziel einer Expertenbefragung ist es, genauere Kenntnisse über ein Problem zu erhalten, zu dem die Grundlagen schon erarbeitet worden sind und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, an denen andere schon gearbeitet haben bzw. Erfahrungen sammeln konnten.

Ohne Vorinformationen macht eine Expertenbefragung keinen Sinn. Sie kann also immer erst *nach* der Recherche (z. B. Fachliteratur oder Internet) erfolgen. (Will man z. B. einen Experten zu seinen Prognosen über die Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes befragen, muss man die aktuellen Daten und die Entwicklung der letzten Monate kennen!)

The browser's address bar shows the URL: https://lehrerfortbildung-bw.de/st_kompetenzen/weiteres/projekt/projektkompetenz/methoden_a_z/expertenbefragung.htm. The taskbar at the bottom shows the time as 14:25 on 04.02.2019.

Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Bachelorarbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Weiterhin erkläre ich, dass die gedruckte Form (einschließlich der auf dem Datenträger beigefügten Anlagen) und die digitalisierte Form der Bachelorarbeit identisch sind.

Meißen, 15.02.2019

Unterschrift:

Mareike Erözim